

6 Kabul: Die Machtzentrale

6.1 DER ORT DES INTERVIEWS UND SEINE IMPLIKATIONEN

Bereits am ersten Abend der Feldforschung im November 2014 habe ich ein Gruppeninterview mit zwei Künstlerinnen und einem Schriftsteller durchgeführt, um meine Forschungszeit in Kabul optimal zu nutzen. Die erste angefragte Interviewpartnerin, Dunia, sagte zu und formulierte telefonisch die rhetorische Frage, wie sie denn hätte diese Anfrage ablehnen können. Natürlich war sie bereit, in ein wissenschaftliches Projekt eingebunden zu werden. Ihre Zusage ist auch der Tatsache geschuldet, dass mein Vater neben seiner Rolle als ehemaliger hochrangiger Politiker als Unterstützer der afghanischen Zivilgesellschaft, der Pressefreiheit sowie der Kunst und Literatur bekannt ist, und sie wusste, wer ich bin. Mein Vater hat Journalist*innen gefördert und verfolgten Schriftsteller*innen geholfen, aus dem Gefängnis entlassen und rehabilitiert zu werden; manch einer wurde zuvor als Blasphemiker zum Tode verurteilt (Human Rights Watch 2008). Diese Hilfeleistungen erfolgten meist hinter den Kulissen, weil sie nicht zu seinem primären Aufgabenbereich gehörten und weil er nicht zur Zielscheibe konservativer Eliten werden wollte.

Wie bei allen Interviews, die zu Hause stattfanden, begrüßt mein Vater unsere drei Gäste, Dunia, Narges und Yassin, und heißt sie in der Empfangshalle seines Hauses willkommen. Eine weitere bisher nicht angesprochene Rolle meines Vaters tritt aus der direkten Ansprache zu Tage. Diese Künstlerinnen und der Schriftsteller, auch andere ehemalige Studierende und Intellektuelle des Landes, sprechen meinen Vater weiterhin als Dozenten (Farsi: *ustad*) und nicht mit seinem protokollarisch korrekten Namen „Minister“ (Farsi: *wasir*) an. Mein Vater lässt sie gewähren, manche ehemalige Studierende und politischen Freund*innen signalisieren ihm auf diese Art, dass sie seine Mitarbeit in der Regierung über all die Jahre missbilligen. Seine ehemaligen Studierenden kennen ihn als einen der ersten zurückgekehrten afghanischen Akademiker, nachdem das Taliban-Regime im November 2002 entmachtet worden ist. An der Fakultät für Jura und Politikwissenschaften führte er eine unkonventionelle Art des Lehrens und kritischen Denkens ein, die er sowohl in der Theorie aber besonders sichtbar in der Praxis im alltäglichen Umgang als nahbarer Dozent konkret vermittelte. Als Lehrkraft kritisierte er das politische Establishment und seine korrupten Strukturen, wurde dann aber auf Anfrage Teil eben jenes Systems. Aus diesem Grund sind einige Studierende enttäuscht und sprechen ihn weiterhin mit dem Titel Dozent (Farsi: *ustad*) an.

Im unteren Bereich des Hauses werden Gäste empfangen, die nicht der Familie angehören. Die zweite Etage ist dem engeren Familienkreis und langjährigen Freund*innen vorbehalten. Für den mitteleuropäischen Standard dürfte dieses Wohnzimmer sehr pompös, mondän und groß wirken. In Kreisen des politischen Establishments in Kabul hingegen, wo die Gastfreundschaft über die politische Unterstützung entscheidet und Empfangshallen für mindestens 100 Gäste konstruiert werden, ist dieses Wohnzimmer vergleichsweise karg und klein. Öffentliche Empfänge von Elitenvertreter*innen, die in Sälen oder Hotels organisiert werden, sind eher eine Seltenheit, dies ist sowohl kulturell bedingt als auch aus Sicherheitsgründen für einige Gastgeber*innen ein zu hohes Risiko.

Aufgrund der Sicherheitslage war ich insbesondere im November 2014 daran gebunden, die sieben Interviews im gemieteten Haus meines Vaters zu halten, was ich aus wissenschaftlichen Gründen mit Widerwillen befolgte. Denn nun befand ich mich sowohl in der Gastgeberinnenrolle, in der Rolle der Tochter als auch in der der Forscherin, die ich lernen musste, während des Interviews auszubalancieren. Zudem konnte ich mir in diesen Fällen keinen tieferen Einblick in die Arbeits- und Lebensumgebung der jeweiligen Interviewpartner*innen verschaffen. Drei Interviewpartner*innen kannten die Eingangshalle des Hauses, waren also mit der Interviewumgebung vertraut. Die Eingangshalle meines Vaters besteht aus zwei Sofagarnituren, die einander gegenüberstehen. Die kleinere Sofagarnitur aus rotbraunem Leder auf der rechten Seite stammt aus einer Tischlerei, die in den ersten ruhigeren Jahren um 2005 handgefertigt und von den afghanischen Gästen meist als zu hart und insbesondere zu klein empfunden wurde. Nun dient sie meinen Cousins und anderen Begleiter*innen der Gäste, die nicht auf der größeren Sofagarnitur Platz nehmen sollen.

Die größere Sofagarnitur besteht aus einem ausladenden Drei-, Zwei- und einem Einsitzer, auf dem letzteren nimmt mein Vater Platz und empfängt seine Gäste am Wochenende in der traditionellen Kleidung des *pērāhan wa tunbān* (längliches Hemd und weite Hose)¹ mit dem landesüblichen Kaftan (Farsi Umschrift: *čāpān*). Durch den Platz auf dem Einsitzer nimmt mein Vater die höchste Sitzposition im Wohnzimmer ein und signalisiert die Position des Hausherrn und gleichzeitig des Gastgebers. Lediglich meine Mutter durfte auch in diesem Sessel sitzen und mein Vater gewährte ihr den Sitz auch beim Empfang von Gästen. Dies führt zu Irritationen, aufgrund des Verständnisses, dass der Mann die Führungsrolle innerhalb der Familie einnimmt. Diese Garnitur ist mit gelbem Stoff überzogen und um einiges weicher als die gegenüberliegende Garnitur. Von seinem Einsitzer aus kann mein Vater jederzeit seine Bediensteten mit einer elektronischen Klingel herbeirufen; eine Praxis, die bei allen politischen Eliten aus den oberen Regierungsämtern ähnlich gehandhabt wird.

6.1.1 Die treuen Bediensteten in einer volatilen Umgebung

Einige afghanische Eliten lassen ihre Bediensteten in ihren regionalüblichen Trachten ihrer*s Patronin*s in erreichbarer Nähe stehen, so dass sie schnell die Gäste und die Hausdame oder den Hausherrn bedienen können. Die regionalen Trachten sind an

1 Oft wird diese Kleidung, die in Indien und Pakistan auch verbreitet ist, als *shalwar kameez* bezeichnet.

die Moderne adaptiert, und verbinden die Tradition mit der Renaissance der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeiten. Denn in Afghanistan hat jede Region mit ihren unterschiedlichen Stämmen sowie ethnischen Zugehörigkeiten verschiedene Stickereien und Muster auf der Kleidung (Dupree 2002: 979).

Da die Hausangestellten meist demselben Stamm angehören, wird die Arbeit nicht als inhuman oder degradierend empfunden, sondern eher als ehrenhafte Aufgabe, durch Gastfreundschaft dem Stamm zu Ehre und Ruhm zu verhelfen und gleichzeitig für die eigene Familie erstens Grades auf diesem Wege Geld in der Hauptstadt des Landes zu verdienen. Außerdem ist der Hausangestellte mit den politischen Abläufen und teilweise geheimen Entscheidungen vertraut, kann gleichzeitig die Anliegen der geographisch und genealogisch entfernten Verwandtschaft einbringen und weiterleiten und auf dieser Kommunikationsebene zumindest beeinflussen. Diese Stellung eines engen persönlichen Hausangestellten, der eine Art persönlicher Referent im Hause afghanischer Eliten ist, aber auch bei offiziellen Treffen als persönlicher Leibwächter fungiert, ist keine Seltenheit und besitzt somit ein hohes soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital. Es handelt sich insofern um ein Konglomerat an diesen drei Kapitalsorten. Persönliche Leibwächter können zum Teil mitentscheiden, wieviel Besucher*innen am Tag zur*m Elitenvertreter*in durchkommen und wieviel Zeit ihnen eingeräumt wird. Diese Möglichkeit besteht natürlich nur, wenn die*der Anfragende* über keinen direkten Kontakt zur*m Elitenvertreterin* verfügt.

Sobald ein*e Besucher*in der*n Elitenvertreter*in erreicht hat, wird meist ein sehr konventionelles soziales Konzept angewandt, dass sich *wasitah* nennt. Das Wort stammt aus dem Arabischen und kann mit dem deutschen Wort „Vermittlung“ übersetzt werden. Vermittlung hat in der afghanischen Kultur zwei gesellschaftliche Aufgaben. Primär bezog sie sich auf Konfliktlösungsstrategien zwischen zerstrittenen Parteien oder Familienmitgliedern, um das Gesicht in einer von Scham und Ehre geprägten Gesellschaft in einer gleichzeitig hierarchisierten und äußerst höflichen Umgangsform zu wahren. Heute dominiert die zweite Funktion des *wasitah*-Systems: die verbreitete Praxis, eine*n politisch*en einflussreiche*n Elitenvertreter*in (Patron*in) um einen Gefallen zu bitten.² Das neue *wasitah*-Konzept ist ein Nachkriegsphänomen, das sich einseitig auf die Vermittlungen von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital konzentriert, um die nötigen finanziellen Quellen für die eigene Familie zu akquirieren. Diese einst nicht hoch angesehene Form des *wasitahs* ist nun zu einem legitimen Mittel zum Eintritt in das Feld der Macht geworden, da sich die Klientel der*m Patron*in gegenüber berechtigt sieht, im sozialen Raum um die Kapitalsorten zu buhlen. Bei diesen Treffen werden Studienplätze, Stipendien-, Visa-, Jobs und Kandidaturen für Bezirks- und Provinzwahlen der Stammesmitglieder und Freund*innen reguliert und verteilt. Die Kandidaturen werden auch innerhalb der Stämme besprochen und es wird aufgrund des Wahlgesetzes mit der Frauenquote und des SNTV-Systems strategisch entschieden, ob aufgrund der Quotenregelung eine Frau oder ein Mann zur Kandidatur in einem Bezirk oder einer Provinz antreten soll.

2 Es gibt weitere wissenschaftliche Aufsätze zu diesem kulturellen Konzept der Vermittlung (geschrieben: *wasta*) im Irak und Jordanien, die persönliche Beziehungen, wie Nepotismus und Klientelismus innerhalb von Stammesstrukturen beschreiben (Strakes 2011; Ronsin 2010; Cunningham/Sarayrah 1993).

Nach der in der Verfassung verankerten Frauenquote müssen 64 Sitze in der *wolesi jirga* (Unterhaus) mit Frauen besetzt werden, und 50 Prozent der von*in Präsident*in ernannten Abgeordneten (1/3 der Mitglieder der *meshrano jirga*/des Oberhauses) müssen Frauen sein (Verfassung Afghanistan 2004, Kap. 5, Art. 83, 84: 19). Nicht selten kommt es innerhalb eines Stammes zu Disputen, wer sich zur Wahl stellen darf, denn die Wählerschaft besteht weiterhin meist aus Stammesmitgliedern und die Entscheidungen, wer als Repräsentant*in in die Provinzräte oder Kammern gewählt wird, werden oftmals, um einen Stimmenverlust gegenüber anderen Stämmen zu vermeiden, pragmatisch von einem Familienoberhaupt vor den Wahlen angeordnet. Durch dieses Interessennetzwerk wird auch wiederum sichergestellt, dass die Stammes-Klientel für ihre ihnen mittelbaren und vertrauten Kandidat*innen stimmt, da sie aus ihrer peripheren Lage heraus (geographisch und sozial betrachtet) den Kandidat*innen vertrauen, der*die über die Bezirks-, Provinzräte und die Nationalversammlung (*meshrano jirga* und *wolesi jirga*) ihre Interessen repräsentiert.

Meist vertrauen hohe Elitenvertreter*innen nur ihrer eigenen Verwandtschaft, decken durch ihre Anstellungspolitik sowohl den Versorgungsaspekt für ihre nächsten Verwandten als auch den Sicherheitsaspekt für sich selbst ab. Diese Art des Angestelltenverhältnisses von Diener*innen und persönlichem Sicherheitspersonal erscheint präventiv oder gar anachronistisch, ist aber durchaus eine habituell wichtige Komponente des elitären Establishments, weil sie innerhalb präbendalistischer³ Strukturen eine Kombination eines klassischen Elitenklientelismus und Elitenklientelismus darstellt (van de Walle 2007: 114f). Diese Stammesmitglieder sind mit ihrer*in Patron*in innerhalb des präsidentiellen Systems von der finanziellen Quelle der Exekutive abhängig. Dieses Angestelltenverhältnis hat jedoch in der afghanischen Gesellschaft schon althergebrachte Grenzen, die sich in Hierarchieschattierungen widerspiegeln.

Um ein besseres Verständnis der mikrosoziologischen Tiefenstruktur der (häuslichen) Lebenswelt von afghanischen Eliten zu bieten, kann ein Exkurs zur ethnischen Volksgruppe der Hasara in diesem Kontext dienlich sein. Eine nähere mikrosoziologische Untersuchung der afghanischen Elitenvertreter*innen und ihrer Klientel ermöglicht, die makrosoziologischen Lebenswelten mit ihren ethnopolitischen Konfliktherden im Laufe dieses gesamten Kapitels besser zu verstehen. Paradoxiertweise sind nämlich die meisten Reinigungskräfte Frauen und gehören meist der Volksgruppe der Hasara an, wobei auch hier vorzugsweise Schiit*innen der ismaelitischen Schia und Zwölfer-Schia angestellt werden.

Wie mehrere Afghanistan-Experten*innen näher untersucht haben, gibt es neben der mehrheitlich sunnitisch-hanafitischen Rechtsschule, der sich 80 Prozent der Bevölkerung zugehörig fühlen, seit der Staatsgründung im Jahre 1747 regional-traditionelle Variationen, wie die pashtunwali, Sufi-Strömungen, Sitten und Bräuche und traditionelle Konfliktlösungsstrategien wie die Ältestenräte (Paschto: *jirga*, Farsi: *shura*) (Noelle-Karimi 2013; Schetter 2007a; Roy 1990c: 30-53; Steul 1981). Das

3 Der Begriff des Präbendalismus wurde im Definitionskapitel erklärt und geht ursprünglich auf Weber zurück. Kerngedanke der modernen Form des Präbendalismus ist, dass Kerneliten ihre Klientel durch die Vergabe von Staatspositionen und -ressourcen an sich binden (van de Walle 2007: 114f).

bedeutet, dass eine homogene hanafitische Rechtsauslegung oder das Staatsrecht, neben diesen traditionellen Konfliktregulierungsmechanismen, für die mehrheitliche Bevölkerung in ihrer alltäglichen Lebenspraxis keine bindende Rechtsgrundlage darstellt. Natürlich wären die oben aufgeführten unterschiedlichen traditionellen Konfliktregulierungsmechanismen, je nach Region und Milieuzugehörigkeit unterschiedlich zu gewichten und zu analysieren. Dies würde jedoch für den vorliegenden Kontext den Rahmen sprengen.

Hinzu kommen ca. 19 Prozent Schiit*innen, die mehrheitlich der jaffaritischen Rechtschule angehören und auf den zwölften verborgenen Imam warten. Denn „der zwölfte Imam, Muhammad ibn Hassan, soll von 874 bis 940 n. Chr. in kleiner Entrückung oder Verborgenheit gelebt haben und seit 940 n. Chr. in der großen Verborgenheit weiterleben“ (Khoury/Hagemann/Heine 2001: 664f). Zu einem geringen Anteil gibt es noch die Ismaelit*innen, die sich der Siebener-Schiia zurechnen, da sie auf die Erscheinung des siebten Imams warten. Die verbleibenden 1 Prozent werden den Hindus und Sikhs zugeordnet.

Unter den afghanischen Eliten und insbesondere den westlichen *expatriats* hält sich hartnäckig die Überzeugung, dass sie nicht stehlen und ihre Arbeit äußerst gewissenhaft durchführen. Viele der Hasaras, die bei afghanischen Familien mit einer anderen ethnischen Abstammung angestellt waren, wechselten zu westlichen Arbeitgeber*innen, die höhere und bessere Gehälter bezahlen konnten. Seit 2014 sind einige internationale Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen abgezogen, so dass sich der Markt hier wieder zugunsten der afghanischen Eliten verschoben hat.⁴ Alle von mir befragten Reinigungskräfte (ca. zehn), die meist parallel die anstrengende körperliche Arbeit einer Haushaltshilfe ausrichten, können mit einem Gehalt von 250 bis 500 US-Dollar im Monat ein relativ gutes Leben führen und verdienen so mehr oder fast genauso viel wie Lehrer*innen oder Beamte*innen mit jahrelanger Berufserfahrung und höherem universitären Abschluss. Alle von mir befragten Hasaras investieren viel Geld in die Ausbildung und extra-curriculare Förderschulen für ihre mindestens drei bis fünf Kinder. In ihren Familien werden Jungen und Mädchen gleichermaßen und fast ausnahmslos gleichberechtigt gefördert.

Es müsste systematisch erforscht werden, ob es an der religiösen Prägung des Schiitentums *per se* liegt, welche es ihnen beispielsweise erlaubt, durch eine religiös und stärker liberale Analogie⁵ durch Rechtsgelehrte kulturell progressiver zu leben.⁶

4 Das *International Center for Not-for-Profit Law* hat die Zahlen der aktiven und die inaktiven NGOs nach dem afghanischen Finanzministerium wiedergegeben. Zur besseren Übersicht seien hier die weiterhin sehr hohen Zahlen der aktiven NGOs erwähnt: Es gibt 1.971 aktive NGOs und 279 aktive internationale NGOs, die in der Datenbank des Finanzministeriums registriert sind (The International Center for Not-for-Profit Law 2016). Im Vergleich hierzu zitierte die *New York Times* im Jahre 2013, dass es 2.320 inländische und 3.337 internationale NGOs gab (Nordland 2013).

5 Die Definition für eine religiöse Analogie lautet: „Bei der Feststellung der Rechtsnormen und ihrer Anwendung auf die konkrete Situation ist neben dem Koran und der Überlieferung die Übereinstimmung der gesamten islamischen Gemeinschaft (*idjma'*) verbindliche Richtschnur. Mittels der Methode der Analogie (*qiyas*) werden die grundsätzlichen Normen auf Einzelfälle im Alltag angewandt. Ist die Rechtslage nicht eindeutig, dann ist der

Ein weiterer Grund liegt sehr wahrscheinlich auch darin, dass es ihre Armut ihnen nicht erlaubt, eine einseitig männlich-orientierte Förderung zu verfolgen. Die Bildung wird zuallererst als Instrument zur Befreiung von historisch bedingter und institutioneller Diskriminierung sowie gesellschaftlicher Unterdrückung erkannt, die zudem als nachhaltige Altersvorsorge für die hartarbeitenden Eltern betrachtet wird (Changezi/Biseth 2011; Emadi 2002). Im nächsten Abschnitt wird dieser Aspekt im Interview mit einem der wichtigsten Elitenvertreter der Hasara näher beleuchtet.

Einer der schiitischen Elitenvertreter der Hasara, Bahram, empfing mich bei meinem ersten Feldforschungsaufenthalt im April 2013 in seinem offiziellen Büro, das sich in einem sehr großen und repräsentativen Gebäude befand. Die meisten seiner Mitarbeiter stammen derselben Ethnie ab und dies ist bei politischen Eliten in Afghanistan eher die Regel. Im Empfangssaal hätten Dutzend Gäste zum selben Zeitpunkt empfangen werden und auf goldgelben Sofas hinter farbgleichen Tischen mit üppig beladenen Trockenfrüchten eine Audienz erhalten können. Während des Interviews sprach er mich fälschlicherweise ein paar Mal auf Farsi mit dem Titel für Großgrundbesitzer (Farsi: *khan*) an. Er entschuldigte sich verlegen und schob nach, dass er täglich mehrere *khans* mit ihren Anliegen empfangen und sich erst einmal an diese Interviewsituation gewöhnen müsse. Er war der einzige Interviewpartner, der Darius den Zutritt verweigerte und er war sehr vorsichtig bei seinen Formulierungen, sobald das Aufnahmegerät lief. Als Anführer einer wichtigen schiitischen Splitterpartei wies Bahram besonders auf die Lernbereitschaft der Hasara hin:

„In jeder Straße und Gasse der Städte gibt es Bildungskurse, Sprachkurse, Computerkurse, dies ist ein sehr guter Zustand in diesem Land. Auch wenn man sich auf der Ebene des täglichen Lebens anschaut, dann stellt man fest, dass Frau, Mann wollen, dass ihr Kind lernt. Paschtunen haben eine Motivation, Tadschiken haben diese Motivation, Usbeken haben diese Motivation, Hasara haben sehr viel, noch mehr Motivation. Auf der einen Seite ist diese Motivation im Land, die ich gutheiße.“⁷

Rechtsgelehrte gehalten, sich ein möglichst ausgewogenes Urteil (*ra'y*) zu bilden; dabei hat er sich in seinen persönlichen Bemühungen (*idjtihad*) an den grundlegenden Vorschriften zu orientieren und gültige Bräuche (*'urf*) sowie anerkannte Meinungen mit in Betracht zu ziehen.“ (Khouri/Hagemann/Heine 2001: 403) Ein kurzer Aufsatz von Safi beschreibt die innerislamische Debatte zwischen iranischen Intellektuellen und bietet einen guten Überblick zu dieser progressiven und gleichzeitig höchst politisierten Debatte sowie der eigentlichen Bedeutung des *idjtihad* (Safi 2010).

- 6 In diesem Zusammenhang ist es in Afghanistan sehr beliebt, die flexible, aber finanziell und vertraglich regulierte Kurzehe oder auch Genussehe (Farsi: *šīgeh*) für die Zwölfen Schiiten*innen als religiös legitime Vereinbarung zwischen Mann und Frau anzubringen. Diese sogenannte Kurzehe kann von Minimum einer halben Stunde bis zu 99 Jahre vertraglich vereinbart werden (Ende 1980). Nun gibt es auch Dokumentationen, die diese Praxis aus dem Iran eher als eine legalisierte Form der Prostitution beleuchtet. Aber es gibt auch Stimmen, die in dieser Form einer legalisierten Partnerschaft auf Zeit neue Freiheiten sehen (Brehmer 2013; Sciolino 2000).
- 7 Vgl. Interview Nr. 9, mit Bahram in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 125.

Seit der Post-2001-Phase, seit durchgehend ein hasarischer⁸ Vizepräsident die Interessen seiner Ethnie in der Regierung repräsentierte, eine zum Teil sehr gut alphabetisierte, und zum Teil im Iran ausgebildete junge Generation nach ihrer Rückkehr erfolgreich in Berufe einstieg und sogar die Kulturlandschaft durch Maler*innen, Schriftsteller*innen und Musiker*innen bereichern, konnten die Hasara einen sozialen Aufstieg vollziehen, von dem sich andere Ethnien bedroht fühlen. Diese Tatsache betonte Bahram mehrmals auch in anderen Kontexten während des Interviews. Tatsächlich ist bereits absehbar, dass die junge Generation der Hasara, die auch eine starke Zivilgesellschaft bilden, die aktiv in Hungerstreiks an Universitäten gegen korrupte Entscheidungsprozesse tritt, im Ministerium für Information und Kultur sowie im gesamten Bereich der Medien (digitalen Medien, Printmedien, sozialen Netzwerke) einen starken Mittelbau bilden, zu einer zumindest gebildeten und vielleicht einflussreichen Minderheit werden. Jüngere paschtunische und tadschikische Elitenvertreter*innen, die bereits in Ministerien angestellt sind, sehen dies als Bedrohung. Erstens, weil dies an die Bürgerkriegsjahre besonders von April 1992 bis März 1993 erinnert, in denen die Hauptstadt entlang der ethnischen *tanzims* geteilt war und an den jeweiligen anderen ethnisch-regional und konfessionellen Gruppierungen Folterungen, Morde, Vergewaltigungen, Verhöre und Plünderungen verübt wurden.⁹ Zweitens, weil die ehemaligen Mitglieder dieser hasarischen *tanzims*, jetzt die *Wahdat*-Partei bilden, die mit Khalili (2002-2014) und mit Sarwar Danesh (seit 2014) als Vizepräsidenten und Muhammad Mohaqeq als Vize-Regierungsvorsitzenden (Vize-CEO) (seit 2014) an der Macht kontinuierlich beteiligt werden.

Dieser Exkurs zu den Angestellten der Residenzen von Eliten und die interne Hierarchie ist wichtig, weil sie kein Einzelfall ist, sondern reale Ausschnitte der Lebenswelt der Elitenvertreter*innen zeigt. Zurück zum Wohnzimmer meines Vaters: Auf dem länglichen Sofatisch, der aus dunkelbraunem Holz handgefertigt wurde und mit einer Glasplatte abgedeckt ist, befinden sich die landesüblichen Trockenfrüchte, nach dem Essen wird das saisonale Obst gereicht. Die zwei Sofatische sind handgefertigte Holztische, die für afghanische Gäste beim Griff zum Tee oder den Trockenfrüchten zu niedrig und beim ersten Besuch somit als Fehlkonstruktion angesehen oder zumindest verwundert wahrgenommen werden. Diese Sofatische sind ein klassischer Fall von verfehlter Funktion durch importierte Ästhetik aus dem Westen,

-
- 8 Die Hasara sind farsisprachig und gehören meist, wie bereits im Text beschrieben der schiitischen Konfession an (s. auch Kap. 2.2 *Afghanischer Staat oder Staatswerdungsprozess: Afghanistan seit dem 19. Jahrhundert* Fußnote 18). Der Dialekt *hasaragi* wird nicht von allen Hasara gesprochen, verbreitet sprechen sie auch Farsi. Adjektive, wie afghanisch, paschtunisch, tadschikisch, usbekisch, chinesisches oder europäisch verweisen auf nicht-homogene semantische Inhalte, daher sollten auch dialektale Unterschiede oder ein unterschiedliches Nationalbewusstsein bei den Hasara – manche Hasara, die in Pakistan leben, sehen sich als Pakistaner*innen – kein Grund sein, den Hasara nicht auch das Adjektiv „hasarisch“ zuzuordnen; eine bewusste lexikalische Schöpfung, die ich in dieser Arbeit verwende.
- 9 Im *Human Rights Report* wurden die jeweiligen Verbrechen der *tanzim* (*Wahdat*, *Ittihad*, *Hezb-e Islami*, *Jamiat*, *Junbish*, *Harakat*) besonders in den Jahren 1992 bis 1993 anhand von Zeugenaussagen beschrieben (Human Rights Watch 2005).

denn sie wird im afghanischen Kontext als unbequem und unpraktisch empfunden. Die Trockenfrüchte werden in handbemalten und handgefertigten Tonschüsseln aus Herat gereicht, die als karg angesehen werden und der allgemein vorherrschenden Vorliebe für Kristallschüsseln widersprechen. Im Wohnzimmer ist über dem Esstisch ein Bild des ersten säkular orientierten Königs Amanullah Khan angebracht und über der großen Sitzgarnitur ist ein weiteres Gruppenbild mit Amanullah Khan, seiner Ehefrau Soraya und dem damaligen Außenminister Mahmud Tarzi ebenfalls mit seiner Ehefrau sowie dem laizistischen ersten türkischen Präsidenten Mustafa Kemal Atatürk während des Staatsbesuches in der Türkei zu sehen. Die Ehefrauen der beiden höchsten afghanischen Staatsmänner tragen modische Hüte. Anfang des 20. Jahrhunderts waren Frauen ohne eine adäquate Verschleierung ein Politikum, mit dem die beiden säkularen Vordenker versuchten, das Land in die Moderne zu schieben (Khattak 2004: 217). Beide – Amanullah und Tarzi – gelten als Modernisierer und Säkularisten, die Afghanistan zwar die Unabhängigkeit von der britischen Krone im Jahre 1919 brachten, nach dem allgemeinen Verständnis jedoch an der traditionell-religiösen Bevölkerung und den starken Stammesstrukturen an der Peripherie scheiterten (Olesen 1995; Grevenmeyer 1987).¹⁰

Persische und chinesische Kalligraphie und chinesische Vasen zieren die wenigen freien Stellen des Wohnzimmers und bezeugen die guten Beziehungen zu China sowie die kulturelle und linguistische Zugehörigkeit zur alten Zivilisation des Landes. Mehrere weitere Bilderdrucke stammen von bekannten Künstlern wie Picasso und Jack Vettriano. Diese Kunstobjekte und die Dekorierung sind stumme Zeugen, die den Habitus meines Vaters repräsentieren und mit denen er sich modern und gegenüber einer mehrheitlich religiösen und traditionellen Elite streitbar zeigt. Er kann diese für manch eine*n Besucher*in provokanten Symbole ausstellen, weil er Teil der Elite des Landes ist. Diese symbolische Distinktion beschrieb Bourdieu bereits als symbolisches Kapital, dass „als selbstverständliches erkannt und anerkannt ist.“ (Bourdieu 1985b: 22) Für die vorliegende Untersuchung der afghanischen Eliten ist nachfolgender Absatz über die Legitimation von sozialer Welt ausschlaggebend: „Im Kampf um Durchsetzung der legitimen Sicht von sozialer Welt, in den auch die Wissenschaft unausweichlich verstrickt ist, besitzen die Akteure Macht jeweils proportional zum Umfang ihres symbolischen Kapitals, das heißt proportional zum Maß ihrer Anerkennung durch eine Gruppe.“ (Ebd.: 22f)

Außergewöhnlich ist auch für die meisten Gäste, dass sich kein Fernseher im Wohnzimmer befindet, denn fast alle Familien der Elite und der wachsenden Mittelschicht haben die modernste Technik zu Hause und können mit ihren Satellitenempfängern weltweit hunderte Fernsehkanäle empfangen. Die DVD-Player spielen die neuesten Kinofilme aus Bolly- und Hollywood ebenso die Verlobungs- und Hochzeitsvideos ihrer Verwandtschaft im *Dolby-Surround-System* ab. Viele Afghan*innen aus der Mittelschicht haben sich nach der Vertreibung der Taliban, die ein striktes Verbot von Fernsehen und teilweise Radio verfolgten, nun mit den neusten Modellen der TV- und Mobilfunktechnologie ausgestattet. Aus diesem Grund wirken die sichtbaren Bücher unter dem Sofatisch vor der kleineren Sofagarnitur wie ein verhärmt

10 In Kapitel 2.2.1 *Rentiercharakter im afghanischen Staatsbildungskontext* habe ich Amanullah Khans Reformversuche näher beschrieben.

Überbleibsel aus einem Zeitalter vor der Digitalisierung. Diese kleinen Dekorationsnoten und ein für afghanische Verhältnisse zu karg, aber doch mit Kunsthandwerk und politischen Symbolen ausgestattetes Wohnzimmer signalisiert den Gästen eindeutig das sozialpolitische Milieu, in das sie sich begeben haben. Nämlich in das Milieu eines intellektuellen Elitenvertreters, der aus dem Westen und als Teil einer sehr divers geprägten afghanischen Diaspora zurückgekehrt ist, und einen distinktiven Lebensstil als andere Elitenvertreter*innen als auch andere afghanische Milieus und Schichten verkörpert.

Diese Beschreibungen mögen den Leser*innen zu detailliert erscheinen, aber sie sollen bei der Interviewsituation, die sich nun siebenmal in fast identischer Form abläuft, mitberücksichtigt werden. Wie Bourdieu im Kapitel *Der ästhetische Sinn als Sinn für die Distinktion* schreibt, beleuchten diese Beschreibungen der afghanischen Lebenswelt den sozialen Raum. Er schreibt weiter:

„Sie [die ästhetische Einstellung] stellt darüber hinaus aber auch den *distinktiven Ausdruck* einer privilegierten Stellung innerhalb des Sozialraums dar, dessen Unterscheidungswert sich *objektiv* in Relation zu unter anderen Bedingungen erzeugten Manifestationen bemisst. [...] Der Geschmack ist die Grundlage alles dessen, was man hat – Personen und Sachen –, wie dessen, was man für die anderen ist, dessen, womit man sich selbst einordnet und von den anderen eingeordnet wird.“ (Bourdieu 1987a: 104)

Um im Bourdieu'schen Sinne den Schritt weiterzuführen, kann das Wohnzimmer meines Vaters als eine klare Betonung der „unabwendbaren Differenz“ (ebd.: 105) gegenüber anderen afghanischen Eliten und auch den nicht wohlhabenden Afghan*innen betrachtet werden. Die Dekoration und die Bilder können auch als Provokation empfunden werden und dann lässt sich eben doch um Geschmack streiten, so wie Bourdieu schreibt: „Die ästhetische Intoleranz kann durchaus gewalttätig werden“. (Ebd.: 105) Die Bücher und Bilder von verstorbenen Säkularisten, die Atatürks Laizismus nach Afghanistan zu übertragen versuchten, transportieren evidente politische Symbolik, von denen sich manch ein Gast provoziert fühlt.

Somit ist dieser Lebensbereich meines Vaters an dieser Stelle beschrieben worden und der nachfolgenden Interviewabschnitte der Interviewpartner*innen sollte sich die*der Leser*in diesen beschriebenen Kontext vor Augen halten.

6.1.2 Ablauf des Interviews

Wichtig ist auch der Ablauf der Interviews im Wohnhaus meines Vaters. Die soziale Hierarchie wird in der afghanischen Gesellschaft beginnend mit der Reihenfolge des Betretens eines Hauses, über das eigentliche Platznehmen und die Sitzordnung bis zum Beginn des Teetrinkens und die lang andauernden Begrüßungsformeln penibel durchexerziert und kann Anlass zu unausgesprochenen Unstimmigkeiten bis zu betretenem Missmut führen, wenn sie nicht beachtet oder übergangen werden. Sogar das Übereinanderschlagen der Beine und das Zeigen der Fußsohle von europäischen Gästen werden als störend empfunden, aber meist als westliches Verhalten geduldet und entschuldigt. Besonders beachtenswert ist, dass die Begrüßungsformeln bei dörflichen Zusammenkünften länger dauern als bei solchen in den urbanen Zentren. Die Länge der Begrüßungszeremonie, in der obligatorisch der Gemüts- und Gesundheits-

zustand aller Familienmitglieder abgefragt wird, nimmt mit der Nähe zum schnelllebigen Zentrum stetig ab. Diese kulturellen Rituale sind äußerst kompliziert, denn beispielsweise dürfen Männer sich nicht nach dem Befinden der weiblichen Familienmitglieder erkundigen. Dennoch suggeriert die allgemeine Frage nach der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Familie und den Kindern, dass der Fragende sich auch nach dem Befinden aller Familienmitglieder inklusive der Frauen erkundigt. Für Außenstehende ist das Beachten der kulturellen Nuancen nicht einfach.

Beim Begrüßungsritual werden diejenigen, die die meisten Namen und Familienangehörigen aus dem Gedächtnis abrufen können, als besonders sozial kompetent bewundert. Diese wichtige Eigenschaft wird insbesondere Karzai zugesprochen, der ein außergewöhnliches Namensgedächtnis und Vermögen für die Wiedererkennung von Gesichtern besitzt, wobei es ihm leichtfällt, Ort und Datum früherer Treffen abzurufen. Diese Eigenschaft haben viele Journalist*innen und Diplomat*innen immer wieder beschrieben und auch ich selbst erfahren dürfen.

Mit den eingangs vorgestellten Künstlerinnen, Dunia und Narges, und dem Schriftsteller, Yassin, wurde in den ersten Minuten die aktuelle politische Lage und die sich verzögernde Kabinettsgründung besprochen. Mein Vater wohnte den ersten Minuten des Interviews bei, aber als sich die drei bei der Kritik der Karzai-Regierung (2001-2014) nicht mehr wohlfühlten und mein Vater nicht mehr lediglich als Beisitzer agieren konnte, verabschiedete er sich freundlich, damit sich die drei frei äußern konnten. In der afghanischen Tradition müssen sich alle erheben, wenn die oder der Älteste den Raum betritt und verlässt; bei etwa Gleichaltrigen oder bei sozial gleichrangigen Personen genügt eine leicht nach oben strebende Bewegung. So standen alle kurz auf und setzten sich wieder, nachdem mein Vater das Wohnzimmer verlassen hatte.

Dieses Ritual der Begrüßung und der kurzen Unterhaltung spielte sich zu Anfang jedes Interviews ab, das im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters vereinbart worden ist. Irritierend war für Interviewpartner*innen, die noch nie längere Zeit im Westen gelebt haben, dass ich meinen Vater duzte und nicht aufstand, wenn er den Raum betrat oder verließ. Dies ist einer linksorientierten Erziehung Mitte der 1980er Jahre aus Deutschland geschuldet, die ich bewusst nur teilweise abstreifte und mich in diesem spezifischen Kontext dafür entschied, nur teilweise den Gepflogenheiten der landesüblichen Verhaltenskodizes zu entsprechen. Alles andere könnte auch von den Interviewpartner*innen im Laufe des Interviews als unnatürliche Assimilation wahrgenommen werden.

Diese flexiblen Verhaltensraster und nonverbalen Charakteristika des sozialen Interagierens sind für mich Teil meiner fluiden und multiplen Identität (Gregg 2012), die ich bereits im Unterkapitel *La double casquette* beschrieben habe. In Afghanistan, das während der Kriege größere Wellen von Migration erlebt hat, bestehen auch für die interviewten Elitenvertreter*innen „Reifikations- und Herrschaftsmechanismen“ (Knapp 2008: 49), die sie bewusst thematisieren oder unbewusst und nonverbal transportieren. In der neueren Diaspora- und Feminismus-Forschung werden eingehender die meist positiv konnotierten multiplen Identitäten mit den alltäglichen und komplexen Diskriminierungsstrukturen als assoziierte Intersektionalität (*intersectionality*) analysiert (Werbner 2013; Crenshaw 1989). Die afrikanisch-amerikanische Juraprofessorin Crenshaw, die Begründerin der intersektionalen Analyse, beschreibt die Problematik des weißen Feminismus zu Anfang ihres Aufsatzes wie folgt:

„I argue that Black women are sometimes excluded from feminist theory and antiracist policy discourse because both are predicated on a discrete set of experiences that often does not accurately reflect the interaction of race and gender. These problems of exclusion cannot be solved simply by including Black women within an already established analytical structure. Because the intersectional experience is greater than the sum of racism and sexism, any analysis that does not take intersectionality into account cannot sufficiently address the particular manner in which Black women are subordinated.“ (Crenshaw 1989: 140)

Eine prägnante Definition des Begriffs *intersectionality* hat Davis zu Anfang ihres Aufsatzes verfasst, nachdem sie an einem Workshop in Deutschland teilgenommen und zu den Diskussionen zur tatsächlich verwertbaren theoretischen Herangehensweise dieses Begriffs folgendes reflektierte: „Intersectionality‘ refers to the interaction between gender, race and other categories of difference in individual lives, social practices, institutional arrangements, and cultural ideologies and the outcomes of these interactions in terms of power.“ (Davis 2008: 68) Im Fall meiner Feldforschungsaufenthalte mit afghanischen Eliten bestehen Parallelen zu diesem theoretischen Konzept der Intersektionalität, denn viele der interviewten Eliten gehören zu marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und/oder haben während ihres Lebens in der Diaspora unterschiedliche Erfahrungen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft (*race*), Religion, Konfession, Klasse, ihres Geschlechts etc. gesammelt.¹¹ Im Zusammenhang mit dem theoretischen Konzept der Intersektionalität aus dem amerikanischen Kontext zur Analyse der alltäglichen Diskriminierung der von mir ausgewählten Elitenvertreterinnen ist der Begriff der *fluiden Identität* von Sozialwissenschaftler*innen

11 Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Intersektionalität“ verfolgt Knapp in ihren Aufsätzen, in denen sie bei der Crenshaw’schen Triade von *race*, *gender* und *class* ihre Kritik ansetzt. Denn die Termini „Klasse“ und „Rasse“ würden im europäischen und insbesondere im deutschen Kontext „mit anderen gesellschaftlich-politischen Realitäten ebenso wie mit unterschiedlichen Theorietraditionen“ zu anderen Forschungsfragen führen (Knapp 2008: 48; Knapp 2005). Knapp würde ich beim Wort *race* zustimmen, denn das Wort kann im deutschen Kontext nicht ohne weiteres mit „Rasse“ übersetzt werden. Menschen in Rassen einzuteilen würde die Überzeugung unterstreichen, dass Menschen in unterschiedliche Merkmale eingeteilt werden könnten, die mit spezifischen Eigenschaften assoziiert, hierarchisiert und zur Essenzialisierung bestimmter Gruppen führt (Arndt 2011). Weitere sehr wertvolle Forschungsbeiträge finden sich bei Heitmeyer zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ als ein Überbegriff zu gesellschaftlichen Phänomenen wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Islamophobie und Abwertungen von Asylsuchenden, Obdachlosen sowie Roma und Sinti. Das Bielefelder *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) hat von 2002 bis 2011 Vorurteile und Gewaltüberzeugungen gegenüber bestimmten marginalisierten Gruppen systematisch erforscht und hierbei den umspannenden Termini „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ als neuen Begriff für die gesellschaftliche und politische Komplexität vorgeschlagen (Heitmeyer 2010). Auch Guillaumin ist genauer auf den Begriff der „Rasse“ eingegangen und hat eruiert, dass Menschen nicht in Rassen eingeteilt werden können, und das synkretistische Gesamtmodell dieses Terminus sowohl naturwissenschaftlich als auch politisch als überholt dargelegt (Guillaumin 1992).

im Feldforschungskontext an dieser Stelle kurz methodisch zu reflektieren. Razon und Ross, zwei empirisch arbeitende Forscherinnen, reflektieren ihre eigene Rolle als amerikanisch-israelische Staatsbürgerinnen mit jüdischem Glauben und den Verlauf ihrer qualitativen Interviews mit unterschiedlichen marginalisierten Gruppen in Israel. In ihrem Aufsatz veranschaulichen sie, wie ihre *fluiden Identitäten* zum Gegenstand des Interviewverlaufs wurden und wie sie sich diese jedoch auch zunutze machen konnten (Razon/Ross 2012). Zusammenfassend schreiben sie: „[...] how we introduce ourselves has even larger implications for our data collection in this context than it does in other places where one’s national or religious identity is not central to an ongoing identity-based conflict.“ (Ebd.: 500) Ähnlich wie bei diesen Forscherinnen brachte mich ein Teil meiner *fluiden Identität*, die in meinem Fall bereits vorab bekannt ist, dieser ersten Gruppe von interviewten Elitenvertreter*innen näher, da zwei von ihnen erstens weiblich sind, zweitens sind sie farsisprachig und drittens sind sie keine überzeugten Kopftuchträgerinnen.

6.2 HABITUELLE KLEIDUNG ALS ZÜNDSTOFF UND DIE FEINEN UNTERSCHIEDE

Zunächst wird hier nach der Bourdieu’schen Theorie festgestellt, wie ein milieuspezifischer Habitus aussieht, der sich auch in der politisch geladenen Frage äußert, wie Mann und Frau sich entscheiden zu kleiden und auch einen Teil des inkorporierten Kulturkapitals aus dem iranischen Exil ins Land einbringen. Das besondere und wiederum sehr häufige Phänomen dieser jungen Generation ist, dass sie meist in den umliegenden Nachbarländern aufgewachsen sind und bis zum tertiären Bildungsgrad ihre Ausbildung dort abgeschlossen haben. Wie bereits von Lotfullah beschrieben, gehört diese Generation zur dritten Generation, die im Exil in den Nachbarstaaten aufgewachsen ist.¹² Dunia, Narges und Yassin sind im Iran aufgewachsen und haben alle drei einen Hochschulabschluss.¹³ Dunia und Yassin sind erst seit kurzem verheiratet und sie haben ihre gemeinsame Freundin Narges mitgebracht. Die beiden Freundinnen sind Dokumentarfilmerinnen, die seit dem Rückzug der Taliban angefangen haben, in Afghanistan zu arbeiten. Dunias Ehemann, Yassin, ist ein Schriftsteller und arbeitet als Journalist für eine liberale farsisprachige Zeitung, die dem Gouverneur Atta Noor in Mazar-e Sharif nahesteht. In regelmäßigen Abständen organisiert Yassin Lesungen und Literaturabende. Atta Noors – auch Fürst des Nordens genannt – propagierte Weltanschauung erscheint liberal, er verbindet seine gesellschaftlichen, politischen und demokratischen Überzeugungen mit der Idee eines modernen Bürger-

12 Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 29. In Kapitel 5.2 *Darius der Leibwächter* wurde die längere Passage zu den vier unterschiedlichen Generationen von afghanischen Eliten zitiert.

13 An dieser Stelle kann ich nicht näher auf die jeweiligen Abschlüsse eingehen, da ich sonst Gefahr laufe, ihre Identität offenzulegen. In der gesamten Doktorarbeit werde ich nur allgemeine Informationen über die interviewten Personen geben können, um ihre Identität zu schützen.

tums und mit der Gleichberechtigung der Geschlechter und verbreitet dies in Funk, Medien und durch die Institutionen für Kultur und Bildung.

Seine tatsächliche Handlungslogik und handlungsleitende Praxis entspricht eher der eines stark ethnopolitisch orientierten farsisprachigen Tadschiken, in dessen Provinz es zu Übergriffen gegen die paschtunische Minderheit durch seine bewaffneten Milizen kommt (Human Rights Watch 2015: 36). Attas Führung ist von einem autoritären und brutalen Stil geprägt, seine Macht sichert er mithilfe seiner bewaffneten Miliz von bis zu 2.000 Männern (Zahl aus dem Jahre 2011) und einem Netzwerk von treuen bewaffneten Milizen (*arbakis*) in den Provinzen um Balch herum nach einem Bericht der *Human Rights Watch*. Seine jeweiligen *arbakis* haben von Atta Noor Land erhalten, um in der Provinz Balch Attas Interessen zu vertreten (Giustozzi 2012a: 44). Ein klassifizierter ISAF-Report, der *Human Rights Watch* vorliegt, berichtet, dass Attas Netzwerk aus Drogenschmugglern, Kriminellen, bewaffneten Milizen, legaler und offiziell integrierter afghanischer lokaler Polizei (*Afghan Local Police*) besteht. Mit weiteren Anhänger*innen aus der Zeit des afghanischen Bürgerkriegs, als er bereits der *Jamiat-e Islami* angehörte, gelingt es ihm, seine Stellung zu wahren (Human Rights Watch 2015: 39). Nicht selten stehen junge gutausgebildete Eliten solchen Patron*innen ideologisch und politisch nahe, so eben auch der hier interviewte Yassin. Nicht unpolitisch sind die zwei Dokumentarfilmerinnen, Narges und Dunia.

In einem Aufsatz über afghanische Frauen und ihre Lebenswelt schreiben Kabeer und Khan über die Frauen, die viele Jahre im iranischen Exil gelebt haben, folgendes: „Their years in Iran had given some of these women the standpoint of ‚observer‘ from which to evaluate a society in which they were also ‚participants‘.“ (Kabeer/Khan 2014: 19) Die beiden Autorinnen, Kabeer und Khan, beziehen sich hier auf Benhabibs Kritik an längst überholten nationalstaatlich gebundenen Konzepten für Personen im globalisierten Zeitalter. Beide Begriffe des Beobachtens und des Teilnehmens kritisiert die US-amerikanische Philosophin Benhabib als die dualistische Herangehensweise bei Kernfragen von Identitätspolitik. Weder die Konstruktivist*innen noch die essenzialistische Erforschung nach kulturellen Gepflogenheiten, Weltanschauungen und Normvorstellungen von Bürger*innen können im 21. Jahrhundert die entgrenzten Lebensentwürfe in nationalstaatlichen Denkstrukturen erfassen (Benhabib 2000; Benhabib 1995). In diesem Sinne nehmen die zurückgekehrten Exilafghaninnen eine besondere Rolle des Beobachtens und Teilnehmens in einem Transformationsland wie Afghanistan ein. Genauer wird zu betrachten sein, wie sie von der Gesellschaft wahrgenommen werden, und wie dies sich im Wechselspiel mit ihren Erfahrungen auf die reale Lebenswelt in Afghanistan aus ihrer Perspektive gestaltet. Nach meinen Beobachtungen, Gesprächen und Interviews mit den afghanischen Exilafghaninnen aus dem Iran bestätigt sich, dass eine binäre Aufteilung in Beobachten und Teilnehmen dieser Elitevertreterinnen nicht gegeben ist. Als Rückkehrerinnen sind sie bereits Teil der Gesellschaft, was mit ihrer privilegierten gesellschaftlichen Stellung durch ihren Habitus gewährleistet ist und sich besonders im sozialen Feld und dem kulturellen Kapital in der Praxis manifestiert (Bourdieu 1987a: 175). Dies geschieht natürlich meist gegen den Willen der etablierten konservativen Elitenvertreter*innen und/oder traditionellen afghanischen Bevölkerung, was sich auch aus den folgenden Interviewabschnitten herauskristallisieren wird.

Äußerlich unterschieden sich die drei Interviewpartner*innen kaum von in Europa aufgewachsenen jungen urbanen Großstädter*innen. Das Kopftuch wurde, sobald wir gemeinsam im Wohnzimmer saßen, als ein Accessoire locker um den Hals gelegt. Ein Tuch, das um die Brustpartie gelegt wird oder vom Kopf der Frauen auf die Schultern fällt, wird in vielen weniger konservativen Kreisen als Kompromisslösung und sogar bei bestimmten offiziellen Treffen akzeptiert. Diese Akzeptanz hängt mit der religiös umstrittenen Kopftuchpflicht, der hanafitischen und somit liberaleren Auslegung des Islam in Südostasien sowie dem sozialen Milieu der Frauen zusammen.

Ein von mir interviewter religiöser Gelehrter, Akbar, hat an der Kairoer *Al-Azhar* Universität Islamwissenschaften studiert und vertritt in Afghanistan die hanafitische Rechtslehre. Als Professor für Islamisches Recht an der Universität Kabul gibt er seine religiösen Vorstellungen an eine wichtige Generation – eine junge Elite – weiter. Als Professor hat er der Elitentheoretikerin zufolge ein *Deutungs-, Handlungs- und Prozesswissen* inne (Littig 2008: 13). Der Islamwissenschaftler kann durchaus nach der zuvor im Theoriekapitel zitierten Definition als Experte und auch der Elite zugeordnet werden, denn er war federführend Teil der Verfassungskommission (*Constitutional Drafting Commission*) im Oktober 2002. Er gehört der usbekischen Minderheit an und seine Kopfbedeckung ist der meist im Norden weiß-schwarz gestreifte Turban. Akbar trägt die afghanisch traditionelle Kleidung eines *pērāhan wa tunbān* kombiniert mit einem formellen Jackett. Seine Büroangestellten, sein Wachpersonal, sind Usbeken; auch sprechen sie miteinander usbekisch. Als ich im April 2013 in sein Büro kam, saßen bereits mindestens sieben usbekischstämmige Gäste mit ihren Formularen, Zeugnissen und Reisepässen im Empfangszimmer, das eher spärlich und rudimentär mit Metallstühlen ausgestattet war. Die Sicherheitsvorkehrungen waren beim Eintritt sehr gering, an der metallenen Schiebetür zwischen der Hauptstraße und dem Eingang waren keine Betonwand oder Betonklötze aufgestellt, die Selbstmordattentäter mit Sprengstoff hätten aufhalten können. Dies war für einen Regierungsangestellten mit einer offiziellen Position sehr ungewöhnlich. Die einzige Schutzmaßnahme bestand darin, dass sich sein Büro weiter hinten im Hof befand. Die aktuellen Entwicklungen und neu erlangten Freiheiten bewertete er im Interview am 3. April 2013 eher kritisch und argumentierte innerhalb einer islamimmanenten Analogie:

„Der Islam möchte auch, dass es eine saubere, ordentliche und gerechte Ordnung gibt. Auch die Demokratie möchte dies. Aus der islamischen Perspektive ist es so: Je stärker der Islam wird, desto stärker wird auch die Demokratie. Wenn Sie sich im Fernsehen, die Sendungen anschauen, dann sehen Sie, dass es momentan sehr viele Freiheiten gibt. Die Situation, die wir momentan haben, ist weder demokratisch noch islamisch. Diese Freiheit, die wir momentan haben, hat keine Würde und keine Wahrhaftigkeit. Dies wird weder im Islam noch in der Demokratie so anerkannt.“¹⁴

Zuerst äußert Akbar die prioritäre Stellung des Islam in einer demokratischen Grundordnung, in der der Islam die Demokratie festigt. Danach referiert er auf die meist

14 Vgl. Interview Nr. 3, mit Akbar in seinem Büro am 3. April 2013 in Kabul: 44.

sehr umstrittene Kleidung der Moderator*innen, das Singen und insbesondere das Tanzen in der Sendung *Afghan Star* (das afghanische Pendant zu *Deutschland sucht den Superstar*), die Radiosendungen, wie *Nacht der Liebenden*, in denen die Jugend des Landes über ihre Gefühle, Erfahrungen sowie gesellschaftliche Tabus spricht (Petersmann 2015) oder die Kontakte, die über die sozialen Netzwerke geknüpft werden können. Sendungen wie *Afghan Star* oder *Wer wird Millionär* sind ebenso wie Serien aus Indien und der Türkei sehr beliebt und haben sich als fester Bestandteil des allabendlichen familiären Programms, jedenfalls innerhalb der urbanen Zentren und in der Peripherie mit Stromversorgung, etabliert. In einem kriegsgebeutelten Land mit kaum verfügbaren außerhäuslichen Freizeitangeboten sind diese Sendungen eine willkommene Abwechslung und bieten einen anderen Blick auf Genderverhältnisse und Tabus. Eine Dokumentation unter dem Titel *Afghan Star* begleitete vier Finalisten (AFGHAN STAR. THE DOCUMENTARY 2009). Sehr aufschlussreich sind auch die Abstimmungen nach regional-ethnischen Zugehörigkeiten, denn meist stimmen die Zuschauer*innen für diejenigen ab, mit dessen ethnisch-regionaler Herkunft sie sich identifizieren können. Da die Einschaltquoten recht hoch sind (etwa 1/3 der afghanischen Bevölkerung), kann dieses Abstimmungsverhalten als repräsentativ gelten und zeigt die ethnische Spaltung der Gesellschaft. In einem Land mit einer Alphabetisierungsrate von 38,2 Prozent bei den über 15-jährigen spielt das Radio und Fernsehen eine große Rolle.¹⁵ Die konservativen Kräfte des Landes versuchen, diese als westlich-liberal bewerteten Entwicklungen zu unterbinden.¹⁶ Jedoch ist immer wieder von liberalen und im Westen sozialisierten Eliten zu vernehmen, dass sich diese Entwicklungen hin zu einer modernisierten Gesellschaft durchsetzen werden.

Ein hochrangiger Medienmanager, Nader, der aus dem westlichen Exil zurückgekehrt ist und die Medienlandschaft des Landes als Multimillionär stark beeinflusst hat, willigte am 5. November 2014 zu einem Interview ein. Sein primäres Interesse bestand darin, gemeinsam mit einem ehemaligen Regierungsangestellten Karzais mit meinem Vater über die laufenden Kabinettskonsolidierungen zu sprechen. Nader saß nun mit mir unter Zeitdruck stehend im Wohnzimmer, da er sein Flugzeug nach Dubai in weniger als 30 Minuten erreichen und seine unentwegt klingelnden drei iPhones im Blick behalten musste. Im Durchschnitt haben Afghan*innen aus der Mittel- und Oberschicht zwei Handys, da die Spannweite der Netzprovider manchmal in einigen Vierteln nicht ausreicht oder ausfällt, und natürlich Handys auch als Statussymbole gelten. Seine ihn alles bewegende Frage, wie sich nun das Kabinett zusammensetzen würde, hatte er meinen Vater vor dem Interview gestellt und gemeinsam zuvor hastig mit dem anderen ehemaligen Regierungsangestellten beim Tee besprochen. Danach verabschiedeten sich mein Vater und der ehemalige Regierungsangestellte, damit ich mit ihm das Interview in der verbleibenden Zeit führen konnte.

15 Die Dissertation von Wakili untersucht die Demokratisierungsprozesse der afghanischen Medienlandschaft anhand des öffentlich rechtlichen Senders *Radio Television Afghanistan* (RTA) (Wakili 2013).

16 Eine graphische Darstellung der unterschiedlichen Medienarten (Radio, TV, Internet, Handy), die in Afghanistan je nach geographischer Lage genutzt werden, hat *Altai Consulting* nach ihrer Datenerhebung auf dieser Website eingearbeitet: <http://data.internews.org/af-media/> (Altai Consulting 2010).

Er kann als Multimillionär und als patriotischer Weltbürger mit Netzwerken bis weit in die höchsten Regierungsämter der USA und andere US-amerikanische Großunternehmen und Medienmonopole bezeichnet werden, der sich nicht scheut, seinen Habitus mit einem legeren und gleichzeitig luxuriösen Flair und dem Sendungsbewusstsein eines Politikers zu kombinieren.

Die folgende Frage zu den gewonnenen Freiheiten habe ich gezielt an Dozent*innen, Künstler*innen sowie Journalist*innen gestellt: Welche Freiheiten und Möglichkeiten haben sich ergeben und welchen Herausforderungen mussten Sie sich stellen? Welche sozialen und politischen Gruppen verursachen Probleme für Sie? Die folgende Antwort Naders auf die Frage zu den neuen Freiheiten und Möglichkeiten beschreibt dieses Phänomen einer sich rapide wandelnden Gesellschaft weiter:

„When we came to launch the TV-channels the war was chilled. We set up a proper news program. We reported on political elites, drug smugglers, conservative views and we were threatened. But we held on our principles because of the international presence, we were fostering the state. By the time, we reported on cases it was too late for the reported people to react. There were arrested journalists but on a bigger picture, no one was put longer behind bars. We do not take it for granted. But the public has been perceptive. We had never a demonstration of hundreds of people against a soap opera. We made it possible to talk about child abuse, paedophilia, women rights. Now there is even less censorship. The people are very frustrated about corruption and the people go to the media. Now we have about 70 to 80 TV-channels and 40 Radio stations and various newspapers.“¹⁷

Nader sieht die Aufgabe der Medien sowohl als Dienstleistungsservice für die Unterhaltung, aber auch als ein Instrument, um gesellschaftliche Missstände aufzuklären und Tabus zu brechen.

„There has been a tug of war between the different forces since the 1960s. And there is the conflict between the modernist and the religious people. The -ism are in the second decade. People are driven by power and also battle for power. Within the society there are old and aspirational modernist. But within them are the ideologies of *sufist* and more *wahabi* oriented people. But since the medium age of the society is 18 there is more and more demand for modernism.“¹⁸

Sein Sender reagiere auf die Nachfrage, wobei er das moderne Format des Senders als Reflexion der jungen afghanischen Gesellschaft interpretiert. 63,14 Prozent der Gesellschaft sind jünger als 25 Jahre (CIA The World Factbook 2017 est.). Auf die Frage, inwieweit er der Aussage zustimme, dass die afghanischen Eliten wenig Legitimität genießen, gab er folgendes zu bedenken: „The Media is not always successful, but the media can inform and highlight. Women rights were pushed hard; the more liberal ones take it easier now because the public was not ready yet.“¹⁹

17 Vgl. Interview Nr. 15, mit Nader im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 185f.

18 Vgl. ebd.: 185.

19 Vgl. ebd.: 186.

Zu dieser Thematik machte auch die Menschenrechtsaktivistin Tamanaa aus der Volksgruppe der Hasara interessante und wichtige Aussagen. Sie durfte ich als erste für meine Feldforschung im April 2013 interviewen. Tamanaa kannte ich bereits aus vorherigen Zusammentreffen bei internationalen Konferenzen beispielsweise in Berlin und Bonn, ebenso von gemeinsamen Abendessen mit anderen politischen Freund*innen meines Vaters.

Insbesondere in den Anfangsjahren der Interimsregierung befand sich Afghanistan in einer flexiblen Konsolidierungsphase, in der sich politische Eliten regelmäßig trafen und die Zukunft des Landes besprachen. Tamanaa ist eine liberale Stimme des Landes, aber auch sie lässt sich nur von Bediensteten ihrer eigenen Volksgruppe beschützen. Die politische Liberalität geht jedenfalls, wie bei den meisten Elitenvertreter*innen nicht so weit, Menschen außerhalb des eigenen Stammes oder anderer ethnoregionaler Herkunft die persönliche Sicherheit anzuvertrauen. Es ist ein langwieriger Prozess, diese Mechanismen des Misstrauens in einer unsicheren und Gewalt geprägten Umgebung im Sinne einer Konfliktresolution überhaupt erst ändern und dann in der Lebenspraxis umsetzen zu können (Daxner 2017: 26; Giessmann 2016: 60). Zur vorliegenden Thematik der Vorstellung von Freiheit und Moderne erklärte Tamanaa mir im Interview im April 2013:

„Das Parlament der letzten Legislaturperiode hat an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, der genau festlegt, wie viele Tage [Haft] und in welcher Höhe die Geldstrafe sein soll für einen jungen Mann, der sein Hemd ein bisschen offen [lässt] und eine Halskette oder ein Armband trägt. Wenn sie sehen, dass ein Mädchen enge und kurze Kleidung trägt, wie viele Tage sie bestraft werden soll. Wenn ein Junge und ein Mädchen, die miteinander nicht verheiratet oder verwandt sind, miteinander in einem Auto sitzen, mit wie vielen Tagen sie bestraft werden sollen. Dies gibt es im Islam nicht. Das ist deren eigene Sichtweise des Islam. Diese Ansicht dient zur Kontrolle der Menschen. Es geht darum, die Freiheiten der Menschen einzuschränken. (...) Wenn dies oder jenes ist, dann bestraft sie. Wenn es so läuft, dann bestimmen sie auch die @Farbe meines Kopftuchs.@“²⁰

Wie die AFP am 16. April 2008 meldete, entwarf ein Parlamentskomitee ein Gesetz, um festzulegen, wie sich die junge Generation in der Öffentlichkeit zu kleiden und im Fernsehen nach den Vorschriften der islamischen Sittsamkeit zu verhalten hat (Dawn 2008). Dieses Gesetz hätte von beiden Kammern verabschiedet und dann vom Präsidenten unterzeichnet werden müssen, hierzu kam es auf Druck der Zivilgesellschaft und der Frauenbewegung nicht. In Afghanistan gibt es, im Gegensatz zum Nachbarland Iran, keine gesetzlich vorgeschriebene Pflicht, ein Kopftuch zu tragen.²¹ Jedoch wird immer wieder in den politischen Debatten der Satz aus der afghanischen

20 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 20.

21 In der iranischen Zivilgesellschaft gibt es eine starke Bewegung gegen die Kopftuchpflicht (Farsi: *hijab-e ejbaari*). In den sozialen Netzwerken laden Frauen Fotos von sich ohne Kopftuch hoch. Meist sind auf diesen Aufnahmen die Gesichter nicht zu erkennen und sie sind in der Natur fernab der Metropolen aufgenommen, wo die Sittenwächter*innen nicht patrouillieren (Dehghan 2015).

Verfassung Kapitel 1, Artikel 3 zitiert: „In Afghanistan darf kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen“. (Verfassung Afghanistans 2004: 4)

Jedoch lässt ein Blick auf das öffentliche Leben unterschiedliche Einflüsse in den verschiedenen Städten beobachten. Je schlechter die Sicherheitslage in den Metropolen und den ländlichen Gebieten ist, desto weniger Frauen sah ich im öffentlichen Leben und desto mehr verschleierten sie sich. Zudem wird der afghanische Brauch, auf lockere Art und Weise ein transparentes seidenes Kopftuch zu tragen nun mehr zu Gunsten des arabisch geprägten Brauches, seinen Körper mit einer langen *jellabiya*²² und insbesondere jede Haarsträhne mit einem doppelten Kopftuchsystem zu bedecken, aufgegeben.²³ Mehrere afghanische Parlamentarierinnen haben mir berichtet, unter welchem enormen sozialen Druck sie stünden, denn sie erhalten belästigende Anrufe, abwertende Kommentare von männlichen Kollegen im Parlament und in den sozialen Netzwerken, und jede sichtbare Haarsträhne oder Körperpartie wird politisch kommentiert und politisch gegen sie verwendet.

Schiitische Frauen tragen ein gezacktes Unterkopftuch, um jede Haarsträhne sicher zu bedecken. Auf diese Weise werden die Konfessionsunterschiede sichtbar und die im Exil aufgewachsene Vorkriegsgeneration beklagt, dies als kulturellen und insbesondere politischen Rückschritt, da er die sektiererischen Tendenzen verstärke. Konfessionszugehörigkeiten, die zuvor im alltäglichen Berufsleben und sogar bei familiären Freundschaften keine Rolle spielten, sind nun politisiert und sie schafft unter den Eliten Misstrauen.

Diese Veränderungen prägen das Straßenbild Kabuls und das alltägliche Leben sehr stark, können sich aber bei einer verbesserten Sicherheitslage innerhalb von wenigen Monaten schnell wieder ändern. In diesem Zusammenhang beschrieb Tamanaa die Situation während der Taliban-Herrschaft wie folgt: „Die Menschen hatten keine ausreichende Bildung. Aus diesem Grund konnten die Taliban ihre Ideologie und Mentalität als Islam bezeichnen. Das Kopftuch gibt es im Islam nicht. Aber diesen Käfig ihres Seins haben sie den Menschen aufgezwungen.“²⁴

Auch die beiden jungen Frauen, Narges und Dunia, die ihre Kindheit und Jugend im Iran verbracht haben, gönnen sich einige Freiheiten, die in ihrer liberaleren Kleidung sichtbar werden und ihrem selbstbewussteren Auftreten erkennbar ist. Ihnen fehlt die Agoraphobie²⁵, welche zum Teil bei den sesshaften und urbanen Frauen kul-

22 Dieses Gewand verdeckt den gesamten Körper, die neue „Mode“ wird meist aus den arabischen Golfstaaten, wie den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar, importiert.

23 Sehr beliebt ist es, zu dieser Thematik immer wieder auf die Fotos aus den 1950ern und 1960ern hinzuweisen, in denen afghanische Frauen in der damaligen Mode gekleidet am öffentlichen Leben teilnehmen und in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Funktionen zu sehen sind. Sie werden insbesondere von Afghaninnen mit einer nostalgischen Haltung und einem Hinweis auf die eigentlich offene Kultur in den sozialen Netzwerken verbreitet (Johnson 2010).

24 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 15.

25 Auch Bourdieu hat einen Abschnitt zur Agoraphobie der Frauen verfasst, in der er die kulturelle Gewohnheit der Frauen, sich in die häusliche Sphäre zurückzuziehen, beschreibt.

turell bedingt vorhanden ist und sich auch durch die Kriegsjahre zum eigenen Schutz verstärkt hat.²⁶ Oftmals gelten die diminutiv beschriebenen *iranigakaah* (kleine Iraner*innen) in religiös-traditionellen Kreisen als freie Frauen (Farsi: *khanumha-ye aazad*) und werden für ihren Lebensstil angefeindet sowie für den Werteverfall in der Gesellschaft verantwortlich gemacht.

Die hier zitierten Ausschnitte von einem religiös-konservativen Elitenvertreter, einer Frauenrechtlerin, den afghanischen Künstlerinnen und einem Medienmogul bezeugen, dass die binäre Differenz zwischen Beobachten und Teilnehmen (Benhabib 2000) zugunsten einer einzigen vereinfachenden Deutungshoheit, Wirkungs- und Entscheidungshoheit nicht vorhanden ist, sondern sich in einem sozialen Feld gepaart mit den jeweiligen Komplexitäten des Habitus und mindestens drei der vier verschiedenen Kapitalformen, nämlich primär dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital, in der handlungsleitenden Praxis reflektiert, „handlungsleitende Wirkungen entfalte[t]“ und gleichzeitig zum umkämpften Deutungsfeld wird (Maurer/Schmid 2010: 161).

Auch ein anderer aus dem iranischen Exil zurückgekehrter Maler und Animationsfilmer, Ehsan, sagte, dass er im Alltag als *iranigak* bezeichnet wird. Ehsans Kleidung war in erdfarbenen Tönen gehalten, er trug eine schwarze kleine Kopfbedeckung die eine religiöse Konnotation hervorrief, Jeans und einen roten Schal, der auch im Westen klischeegemäß Künstlern zugerechnet wird. Finanziell gestaltet sich sein Leben trotz einer Anstellung an der Fakultät der Künste und weiteren bezahlten Workshop-Leitungen an internationalen Instituten eher prekär und umso mehr freute es Ehsan, nach traditioneller dreimaliger und inständiger Bitte mit meinem Vater und mir zu Abend zu essen. Dieses Bitten läuft nach einem bestimmten Muster ab, nach welchem durch die mehrmalige bittende Aufforderung an den Gast und nach mehrmaliger Ablehnung durch den Gast sichergestellt wird, dass die Einladung ernst gemeint ist, und dann erst durch den Gast angenommen wird. Geographisch beginnt dieses Höflichkeitsmuster in Japan, zieht sich über den asiatischen Kontinent und den Mittleren und Nahen Osten bis nach Afrika hin und präsentiert sich in seinen unter-

Die Spaltung des privaten und öffentlichen Lebens ist bei den algerischen Kabylen geschlechtsspezifisch differenziert. Die Aufgabe der*s Soziologin*en sei es jedoch, „die politische Bedeutung dieses Verhältnisses der unmittelbaren Abstimmung der subjektiven auf die objektiven Strukturen“ zu sehen (Bourdieu/Wacquant 1992/2006: 105). Weiter erklärt Bourdieu, wie es zu diesen geschlechtsspezifischen Sphären durch „die Sozialisationsarbeit“ kommen kann und dass es die „geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnisse“ perpetuiert (ebd.: 209).

- 26 Nomadische Frauen um Herat berichteten mir, dass sie auch während der Taliban-Herrschaft (1996-2001) ohne Burka in die Stadt zogen, um das Nötigste zu besorgen oder einen Arzt aufzusuchen. Nomadinnen tragen meist bunte und blumige Kleidung, worüber sie einen dunkelroten samtigen *tdschaador* als Ganzkörperschleier werfen. Die alltäglichen Arbeiten der Nomadinnen und das freie Selbstverständnis ließ die Option einer Ganzkörperverschleierung mit schlechter Sicht für sie nicht als diskutable Option erscheinen. Die Taliban haben sie – ihren Berichten nach – während ihrer kurzen städtischen Aufenthalte in Herat nicht festgehalten oder mit Stöcken vertrieben, sondern sie in der Stadt wahren lassen.

schiedlichsten Schattierungen, die auf Farsi mit dem Wort *t'ārof* bezeichnet wird (angemessenes Verhalten) (LoCastro 2012; Eslami-Rasekh 2005).

Durch den ungezwungenen Rahmen kamen während des Interviews interessante Themen zur Sprache. Beim weniger formellen anschließenden Abendessen erzählte Ehsan mir, dass seine Frau, die ursprünglich auch aus Afghanistan stammt, lange Zeit im Iran gelebt hat und nach einem Jahr in Kabul mit den zwei gemeinsamen Kindern wieder nach Maschhad zurückgekehrt ist.²⁷ Für sie war es als Künstlerin unmöglich, ihrer Arbeit in Kabul nachzugehen. Denn, wie Ehsan betonte, war es für sie unerträglich, den alltäglichen sexuellen Belästigungen ausgesetzt zu sein und wegen dieser Zustände ohne männliche Begleitung nicht aus dem Haus gehen zu können. Hinzu kamen die prekäre Sicherheitssituation, die fehlenden Freizeitangebote, die niedrige Lebensqualität und das schlechte Bildungsniveau an den öffentlichen Schulen. Die Gebühren an den internationalen Schulen liegen monatlich ca. bei 500 US-Dollar, was sie sich nicht hätten leisten können. Ehsan jedoch genießt eine gewisse Freiheit in Afghanistan, die er im Iran durch stärkere staatliche Zensur nicht hatte. Diese Freiheit hat jedoch auch seine Grenzen und er beschreibt sein persönliches Dilemma:

„Zensur ist ein wichtiger Teil, der meine Arbeit als Künstler beeinflusst. Es ist einerseits die Zensur in meinem Kopf, die ich bereits im Iran hatte und nun auch in Afghanistan. Woher kommt diese Zensur? Meine Großmutter hat mir bereits als kleines Kind gesagt: Auch wenn du den Menschen zeichnen könntest, würde er keine Seele bekommen. Somit würde ich zum Sünder werden. Ich war klein und es ist so in meinem Kopf und meinem Denken haften geblieben. Aber ein Künstler muss einen Mann und eine Frau frei zeichnen können. Wenn ich eine gezeichnete Person auf Facebook zum Test hochlade, dann sieht man an den Kommentaren, dass ein Teil der Bevölkerung kein Problem damit hat. Ein anderer Teil jedoch schimpft und fragt in den Kommentaren, warum ich das tue. Ich arbeite so, weil ich frei sein will, ich möchte mich nicht selbst zensieren. Aber die Gesellschaft zensiert sich selbst, wer kann dann die Gesellschaft verändern?“²⁸

In diesem Interviewzitat sind mehrere Themen zu finden, die im Detail analysiert werden müssten. Für den vorliegenden Abschnitt sei an dieser Stelle jedoch auf einen der wichtigsten Punkte hingewiesen: *Als Künstler ist er sich darüber im Klaren, dass er für seine Arbeit frei sein müsste. Aufgrund seiner Sozialisation kann er dies aber nicht sein. Gleichzeitig ist auch die Perzeption seiner Kunst in einem global vernetzten Forum einer Diskussion über Normen und Moral vor Menschen ausgesetzt, die zwar die technischen Möglichkeiten der Moderne ausschöpfen, aber die traditionellen Denkstrukturen und Wertvorstellungen religiös-traditioneller Natur verinnerlicht haben.* Ein weiteres Zitat verdeutlicht Ehsans Dilemma als Künstler:

„Ich bin nicht glücklich. Ich bin gerade von einer Ausstellung gekommen. Dort haben drei Maler ausgestellt. Leider waren nur Leute aus den Kreisen der Politiker anwesend. Dies hängt mit der Gesellschaft zusammen und hat etwas mit fundamentalistischem Denken zu tun. Wir haben

27 Diese wichtige Information stammt aus meinem Gedächtnisprotokoll.

28 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 189f.

sehr viele Arme und sehr viele Reiche, die nicht über normale Wege Geld verdienen. Jene möchten aber keine Kunst kaufen. Es fehlt eine wichtige Zwischeninstanz, es ist die Mittelschicht. Ich möchte, dass meine Kunst gesehen wird. Ich mache moderne Kunst. Moderne Kunst kennt hier keiner. Ich mache es für mich selbst, der Nutzen und Sinn muss dann immer erklärt werden. Es gibt überall moderne Technologie, so muss auch die moderne Kunst erkannt werden und gesehen werden. Wenn die Leute es sehen, müssen die Leute den Unterschied sehen.“²⁹

In den afghanischen Medien erlangte auch eine andere im Iran aufgewachsene Künstlerin eine gewisse Prominenz, die Ehsans Aussagen über die Selbstzensur und die Darstellung von Männern und Frauen bestätigt. Diese Künstlerin, Kubra Khademi, wollte auf ihre Situation als Frau in Kabul aufmerksam machen. Khademi hat sich einen Körperpanzer aus Eisen geschmiedet, mit dem sie Ende Februar 2014 acht Minuten durch die Straßen Kabuls spazierte. Die symbolische Bedeutung dieses Panzers, der die Brust und das Gesäß schützte, liegt auf der Hand. Seit ihrer Kindheit hielt es Khademi für unerträglich, trotz Vollverschleierung mit der Burka³⁰ oder wie im Iran mit einem *tdschaador* von Fremden angefasst und belästigt zu werden. Mit ihrer performativen Kunst riskierte sie ihr Leben, sie wurde von männlichen Passanten beschimpft und mit Steinen beworfen. Nach dieser filmisch aufgezeichneten Performance musste sie einige Wochen im Untergrund leben (Nijat 2015). Khademi entschied sich nach Morddrohungen, Afghanistan zu verlassen und lebt nun in Frankreich im Exil. Die Interviews, die Rostamy-Povey mit afghanischen Frauen im iranischen, pakistanischen, amerikanischen oder britischen Exil führten, zeigen insbesondere bei den Frauen aus dem Iran ein starkes emanzipatorisches Moment:

„Women’s social, economic, and cultural participation, even in the margins of these exile societies, increased women’s self-confidence and domestic authority. Gender relations between men and women altered, and individual identity and the rights of individuals within the household and the family were desired and demanded. But many Afghan women felt that they had to adopt these individual rights according to their own culture.“ (Rostamy-Povey 2007: 249)

Diese Anpassung an die afghanische Kultur, wie auch aus den geführten Gesprächen und Beobachtungen hervorging, ist nicht nur für die weibliche, sondern auch für die männliche Elite eher eine pragmatische Entscheidung und immer eine Gratwanderung zwischen den hergebrachten Vorstellungen und modernen Entwicklungen in der Gesellschaft.

Dieses Verhältnis zwischen System und Lebenswelt ist weitaus komplexer und wird in dieser Arbeit als Paradoxon diskutiert, in dem einerseits die normativen Handlungspraktiken der interviewten Eliten dargelegt und andererseits die gesammelten Daten zu ihrer tatsächlichen Handlungspraxis kontrastiert werden. Tamanaa berichtet, dass sie auch viele Jahre im pakistanischen Exil gelebt und private Schulen

29 Vgl. ebd.: 188.

30 In Afghanistan wird selten der Begriff Burka verwendet, sondern eher *tdschaaderi*.

für Jungen und Mädchen unterhalte.³¹ Tamanaa erzählte zwei bemerkenswerte Anekdoten. Bei einer regierungsbildenden Sitzung im März 2002 hat einer der *mujaheddin*-Kämpfer sie mit Schwester³² adressiert und aufgefordert ihr Kopftuch anzuziehen (wörtlich übersetzt: ihre Blöße zu bedecken), da er ansonsten nicht bereit wäre, mit ihr zu sprechen. Auf meine Frage nach dem Legitimitätsproblem der afghanischen Eliten erzählt sie, dass sie im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen von Betroffenen aufgesucht wurde:

„Die afghanischen Eliten haben kein Legitimationsproblem. Wir sind legitim. Es ist nicht so, dass sie nicht mit mir persönlich, mit meinen [...] Haaren und meistens ohne Kopftuch, nicht mit mir sprechen. Die religiösen Gelehrten sprechen trotzdem mit mir. **Aber** wir afghanischen Eliten oder Demokraten sind erstens sehr wenige, zweitens haben wir es nicht geschafft, aus unserem städtischen Prozess raus zu kommen. Drittens sind wir finanziell benachteiligt. Ob man will oder nicht ist der Faktor Geld für die Menschen sehr wichtig. Wir haben innerhalb der Menschen kein Legitimationsproblem. Alle, die sich gegen mich aussprechen und schreiben, haben mich irgendwie akzeptiert. Heute sind beispielsweise ein paar Mitglieder der *Hezb-e Islami* aus Ghazni zu mir gekommen. Ich habe mein Kopftuch nicht angezogen und sie haben gesagt, dass sie stolz auf mich sind. Es ist sehr interessant, weil sie ja eigentlich unsere Feinde sind und sie haben viele unserer damaligen Genossen getötet. Es ist mehr unsere Aufgabe. Wenn wir jedoch in unserem demokratischen und akademischen Verständnis bleiben und alles deuten wollen, dann schränken wir uns selbst ein. Dieses Problem besteht.“³³

Aus diesen Beschreibungen geht hervor, dass die Legitimitätsprobleme oder auch die Debatte zur Kleidervorschrift für Frauen eher Themen zwischen den Eliten darstellen. Diese Problematik erscheint nach Tamanaas alltäglichen Erfahrungen eher als elitärer Diskurs, der sich von den harten Realitäten der Bevölkerung, die meist ums nackte Überleben kämpfen, entfernt hat. Dieser Aspekt bestätigt die von Pareto (1976) als *elite-mass gap* formulierte Diskrepanz. Sicherlich gehört zu diesem elitären Diskurs, so wie er innerhalb der jungen Generation diskutiert wird, die meist zitierte und islamimmanente Debatte um das Kopftuch. Oft geht es insbesondere bei den feministischen Konferenzen in den urbanen und liberalen Zentren (Kabul, Mazar-e Sharif und Herat), an denen besonders viele Frauen teilnehmen, die aus dem iranischen Exil zurückgekehrt sind, um die Sure 24, Vers 31: „[...] wa-l-yadrib-na bi-

-
- 31 Private Schulen in Pakistan waren meist zu teuer für die Mehrheit der mittellosen afghanischen Flüchtlinge oder die Bildungseinrichtungen waren Kadernschmieden für die unterschiedlichen *tanzims*. Aus diesen Gründen entschieden sie sich entweder aus der Not heraus, ihre minderjährigen Kinder zur Arbeit zu schicken, oder hielten den Nachwuchs von den ideologisch gefärbten Schulen fern.
 - 32 Im afghanischen Sprachgebrauch werden Menschen des anderen Geschlechts im Alltag und der Arbeitswelt mit „Bruder“ oder „Schwester“ angesprochen, um jedwede Ambiguität von vornherein auszuräumen, die gemeinsame Religionszugehörigkeit zum Islam zu unterstreichen und aus den ersten zwei Punkten resultierend an die Sittsamkeit innerhalb der muslimischen Gemeinschaft (Arabisch: *umma*) zu erinnern.
 - 33 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 15.

khumuri-hinna alâ djuyûbi-hinna [...].“ Rudi Paret übersetzt diesen Vers so: „[...] ihren Schal sich über den (vom Halsausschnitt nach vorne heruntergehenden) Schlitz (des Kleides) ziehen [...].“³⁴ (Paret 2007: 246) In den sicheren Jahren von 2002 bis 2005 kritisierten islamische Feministinnen traditionelle Übersetzungen und diskutierten eine liberalere Auslegung der Sure. Denn eigentlich sei an dieser Stelle des Koran lediglich gemeint, dass Frauen ihren Schleier so drapieren sollen, dass aufreizende Blicke auf den Brustbereich zu bedecken seien.

Dieser Diskurs der alphabetisierten Elite in den urbanen Städten ist von den Realitäten der afghanischen Bevölkerung weit entfernt. Denn die blaue, grüne oder weiße Burka bietet Frauen in einer männlich dominierten Gesellschaft Schutz und Anonymität. Deshalb stößt die westliche Frage, ob Frauen in Afghanistan weiterhin die Burka tragen müssen, oftmals auf Unverständnis. Aber bei wem genau stößt diese Frage auf Befremden? In Kabul betteln viele Frauen, die verwitwet sind und/oder sich prostituieren müssen, im Schutze der Burka. In Kabul tragen weniger Frauen die Burka und es gibt auch viele Frauen, die sich bewusst für eine verhältnismäßig liberalere Kleidung entscheiden und sich eher nach westlichen Vorbildern kleiden. In anderen Städten, wie Herat, Kandahar und Mazar-e Sharif hingegen ist der soziale Druck durch die enge familiäre Sozialstruktur größer, so dass die Objektivierung der Frau und deren Schutzbedürftigkeit durch die Burka eher wegen gefürchteter übler Nachrede und den Blicken der entfernten Verwandtschaft, den Freund*innen sowie fremden Blicken geschützt wird. Aus diesem Grund sind in diesen Städten die Frauen in Burka als Frauen aus religiös-konservativen Familien erkennbar. In Kabul dagegen besteht die Angst vor Selbstmordanschlägen durch Männer, die sich unter einer Burka tarnen, weshalb sie im Stadtkern eher mit Argwohn gesehen werden.

In den verschiedenen Regionen gibt es unterschiedliche Ausprägungen. Die ersten Kandidatinnen für die Provinzräte Herats im Jahre 2005 haben mir erzählt, dass

34 Zu dieser Textstelle gibt es eine These von einem umstrittenen Philologen, der eine syro-aramäische Schreibweise mehrerer Koranstellen vorschlägt. Unter anderen übersetzt er den bereits umstrittenen Koranvers folgenderweise: „Sie sollen sich ihre Gürtel um die Lenden binden.“ (Luxenberg 2005) Weiterhin gab es im Erscheinungsjahr seines Buches scharfe Kontroversen darüber, dass er die den Selbstmordattentätern versprochenen Jungfrauen im Paradies als eine falsche Übersetzung kritisierte. Nach der syro-aramäischen Lesart seien es eigentlich Weintrauben, die die Märtyrer im Paradies erwarteten (Luxenberg 2007: 256-295). Denn nach Luxenbergs philologischer Grundthese sind durch die erst 200 Jahre nach der göttlichen Offenbarung durch den Propheten Mohammad erfolgte Verschriftlichung des Koran einige Fehler entstanden. Jedoch weisen neue Funde von zwei Manuskripten darauf hin, dass es Verschriftlichungen bereits zehn Jahre nach dem Tod des Propheten im Jahre 632 n. Chr. gegeben hat (University of Birmingham 2015). Was dieser Fund einer sehr frühen Überlieferung für den Koran aus hermeneutischer Perspektive bedeutet, wird noch weiter erforscht. Der deutsche Islamwissenschaftler Peter Heine beschreibt kurz und bündig, dass bereits zu Lebzeiten von Mohammad Teile des Koran verschriftlicht wurden, auch unter den nachfolgenden Kalifen wurden diese Verschriftlichungen fortgeführt und schließlich unter dem dritten Kalifen, Osman ibn Affan (644-656) vereinheitlicht. Mit einer einheitlichen Koranversion wurde Zaid ibn Thabit, der bereits zu Mohammads Lebzeiten sein „wichtigster Sekretär“ war, beauftragt (Heine 2008: 25).

sie bei einer Wahlkampagne im ländlichen Gebiet der Provinz Herats verbal und körperlich attackiert wurden, während sie von Demokratie und Freiheit sprachen. Die Zuhörerinnen fühlten sich verhöhnt, da sie weder Strom noch genug Essen oder Wasser zum Überleben hatten. Außerdem äußerte die weibliche Bevölkerung Unmut über das Phänomen, dass die männliche Anhängerschaft aufgrund des Äußeren entschied, welche Parlamentarierinnen oder Volksvertreterinnen am geeignetsten seien, weshalb besonders viele Flyer und Plakate der attraktiven Kandidatinnen gesammelt wurden. Die Lehren für die zukünftigen Parlamentarierinnen waren klar: Wenn sie das Vertrauen und die Stimmen der Bevölkerung gewinnen möchten, dann müssen sie sich zunächst mit den Realitäten und Nöten ihrer ländlichen Wahlbezirke vertraut machen.³⁵

Beispielsweise hat sich im Straßenbild von Herat, der schwarze *tdschaador* für schiitische und der mit Blumenmustern verzierte *tdschaador* für sunnitische Frauen durchgesetzt. Beide Formen des *tdschaadors* prägen nun das Stadtbild Herats. Diese Verschleierungsform ist iranisch geprägt und einerseits sicherlich auf den politischen und kulturellen Einfluss des Nachbarlandes Iran zurückzuführen und andererseits auf die Tatsache, dass eine hohe Zahl an zurückgekehrten Afghan*innen kulturell vom iranischen Exil geprägt ist. Fakt ist, dass die Frauen ihre konfessionelle Zugehörigkeit durch das Muster ihrer Verschleierung zeigen, was vor den ersten konfessionellen Zusammenstößen Ende 2011 weniger politische und soziale Bedeutung hatte, nun aber zu einer Demonstration der konfessionellen Zugehörigkeit im Straßenbild führt. Seit Dezember 2011 wiederholen sich schwere Anschläge während des Trauermonats der Schiit*innen im Gedenken an Imam Hossein (Rashid 2011). Die früher als Minorität gefühlte Präsenz der schiitischen Hasara wird als kulturelle Bedrohung für das sunnitische Selbstverständnis wahrgenommen. Vor dem Bürgerkrieg sind die *ashura*-Zeremonien in den Straßen Kabuls, Mazar-e Sharifs oder Herats nicht in diesem Maße praktiziert worden. Schiitische Repräsentanten sprechen jedoch von ihrem verfassungsrechtlich verankerten Recht, ihre Religion frei auszuüben und üben es auch mehrere Tage im Monat des *muḥarram* (erster Monat im islamischen Kalender) aus. Bei den alljährlichen Zusammenstößen ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die Rivalität zwischen dem schiitischen Iran und sunnitischen Saudi-Arabien eine wichtige Rolle spielt.

In Mazar-e Sharif hingegen ist die Situation durchmischer. Es gibt an den Universitäten der Fakultät für Islamisches Recht viele Frauen, die eine arabische *niqab* oder nur einen längeren Mantel mit einem locker gebundenen Kopftuch kombinieren. In den Märkten und Einkaufshäusern tragen die meisten Frauen wegen der guten Sicherheitslage nur ein Kopftuch und einen längeren Mantel. Vereinzelt sind Frauen mit einer für die Region üblichen weißen oder blauen Burka bedeckt.

Diese Beobachtungen können sich, wie bereits bemerkt, innerhalb weniger Monate verändern und sind meist eine direkte Reaktion auf die Sicherheitslage und die aktuell regierende Miliz in bestimmten Regionen der Peripherie. Weshalb die meisten Frauen insbesondere außerhalb der Hauptstadt lieber kein höheres Risiko eingehen und durchweg die Burka tragen. Einige Frauenaktivistinnen aus den urbanen

35 Diese Information stammt aus meinem Gedächtnisprotokoll der Gespräche mit weiblichen Kandidatinnen für die *wolesi jirga* (Unterhaus) für die Provinz Herat im Jahre 2005.

Zentren haben mir beschrieben, dass sie nur mit der Vollverschleierung ihrer Arbeit nachgehen können, da sie mit ihr anonym bleiben. Die Studien von Rostamy reflektieren diesen Sachverhalt und bestätigen meine Beobachtungen (Rostamy-Povey 2007: 256, 259).

Die westliche Kleidung als Zeichen für die Verwestlichung und Ankopplung an die Moderne wurde in den 1920ern Jahren vom Reformkönig Amanullah eingeführt und den Staatsbediensteten oktroyiert. Diese Politik und die Säkularisierungsversuche lösten schon damals heftige Reaktionen innerhalb der ländlichen Bevölkerung und noch stärker bei den klerikalen Würdenträgern aus (Grevemeyer 1987; Olesen 1995). Die Jahre des afghanischen *jihads* gegen die Sowjetunion und der enorme Aufstieg der anti-modernistischen und fundamentalistischen Strömungen forcierten den blinden Hass gegen alles, was westlich scheint. So setzte sich die traditionelle Kleidung als eine Form der Ablehnung gegen fremde Kulturelemente sogar bei der urbanen Bevölkerung durch. Hier gibt es Parallelen zu anti-kolonialen Bewegung der algerischen Frauen, die Bourdieu während des algerischen Krieges gegen die französische Kolonialmacht beobachtet hat:

„The most obvious transformations have occurred in the traditions endowed with an essentially symbolic significance such as the customs pertaining to dress. A second function has been added, for example, to the traditional function of the wearing of the veil. Like the *chechia* (distinctive cap worn by the men), the veil has the role of a symbol that expresses both an alliance and exclusion; it is primarily a defense of the inner self and a protection against any intrusion from without. But in addition to this, by the wearing of the veil, the Algerian woman is also creating a situation of non-reciprocity; like a cheating gambler, she can see without being observed; and it is through her that the whole of this dominated society is symbolically refusing to establish any reciprocal relations, is looking on without letting itself be observed. The veil is the most obvious symbol of this closing in upon oneself, and the Europeans have always obscurely felt it to be such. In this way it becomes evident why all attempts at assimilation have taken the discarding of the veil to be their primary objective.“ (Bourdieu 1962: 158)

Diese negative, ablehnende Reaktion wird durch die Präsenz internationaler Truppen seit Ende 2001 und die vertiefte Ungewissheit über den Erfolg des afghanischen Staatsbildungsprozesses verstärkt. Die traditionell afghanische Kleidung mit der weiten Hose und dem langen Hemd (Farsi: *pērāhan wa tunbān*) ist zum Teil ein Erkennungsmerkmal für die eher traditionelle Orientierung geworden, wobei die jeweiligen Stickereien ebenso die Länge und die Weite dieser traditionellen Tracht die regionale Herkunft und/oder die neueste Mode verrät. Meist wird diese traditionelle Kleidung an Werktagen oder offiziellen Veranstaltungen anlässlich von nationalen Feiertagen mit einem formellen Jackett kombiniert. Heute ist es nicht einfach, eine Person aufgrund ihrer Kleidung eindeutig einzuordnen. Einige der früheren *mujaheddin*-Kämpfer haben sich bewusst für Anzug und Krawatte bei ihrer Büroarbeit entschieden, um ihre politische Vergangenheit zu kaschieren. Es lässt sich konstatieren, dass viele aus dem westlichen Exil zurückgekehrten und mittlerweile in den Hauptstadtbüros arbeitenden Büroangestellten sich westlich kleiden. Deren äußeres Erscheinungsbild deutet darauf hin, dass sie keine Klientel aus der Kriegs- oder Bürgerkriegszeit mit symbolischem Kapital bedienen müssen. Für Kabul bringen Issa und Kohistani ihre Beobachtungen in ihrem Aufsatz einleitend zum Ausdruck:

„The discrepancies come from different policy-makers in the government, e.g. mujahideen, the Taliban and Westernised Afghans on the one hand and a huge number of returnees and migrants who suddenly increased the population of Kabul on the other. Kabul is now a city with a variety of urban identities that mirror different social and political aspects of development.“ (Issa/Kohistani 2007: 52)

Im Kabuler Stadtbild ist das Bild bei Büroangestellten, Geschäftsmännern und Studierenden eher durchmischt und es sind sowohl Anzüge, die legerere Variante von Jeans und Hemd als auch die traditionell afghanische Kombination von *pērāhan wa tunbān* zu sehen. Nicht immer ist die traditionelle Kleidung ein Indiz für eine traditionelle Wertvorstellung, oftmals ist die westliche Kleidung aus den neuen Einkaufshäusern oder die importierte *second-hand*-Ware in einem der zwei Einkaufszentren, die nach dem Präsidenten Georg W. Bush benannt wurden (Farsi: *basar-e bush*), für die Mehrheit der Bevölkerung nicht bezahlbar.³⁶ Die männlichen Elitenvertreter jedenfalls entscheiden sich oftmals bewusst für einen bestimmten Kleidungsstil und dies sorgte in den ersten Jahren nach 2002 für Diskussionen zwischen ihnen und ist weiterhin omnipräsent. Es werden Fragen der nationalen Identität diskutiert, und dass sich gerade diese islamisch-nationale Identität in den traditionellen Trachten widerspiegeln solle.

Die traditionelle afghanische Kleidung mit den aufwendigen Stickereien und regional unterschiedlichen Mustern wird von der kleinen urbanen Mittelschicht eher nur am Wochenende getragen. Ein großer Teil der älteren Generation trägt weiterhin die traditionelle Kleidung, die von der Pre-1978-Generation als ein Zeichen für traditionelle politische Orientierung oder antiwestlich bezeichnet wird. Die traditionellen und auch streng gläubigen Politiker*innen und religiösen Eliten tragen besonders jetzt die traditionelle Kleidung kombiniert mit einer Gebetskette, einem regional spezifischen Turban als Zeichen ihrer religiösen und kulturellen Identität. Die traditionelleren Eliten nehmen die Herrenanzüge als entfremdenden Import wahr.

Dann gibt es noch regionale Unterschiede, denn in Mazar-e Sharif war die traditionelle Kleidung bei den Männern an den öffentlichen und staatlichen Institutionen selten zu sehen, wohingegen in Herat die *pērāhan wa tunbān* in allen gesellschaftlichen Situationen eher die Regel schien. In Herat ist die traditionelle Bekleidung des *pērāhan wa tunbān* im Straßenbild häufiger zu sehen. In Mazar-e Sharif hingegen ist das Straßenbild sowohl ethnisch, konfessionell und auch politisch sehr gemischt, was sich auch in der Vielfalt der turkmenischen, usbekischen, tadschikischen und paschtunischen Trachten und des modernen westlichen Kleidungsstils widerspiegelt.

36 Issa und Kohistani beschreiben, dass die jungen Einwohner*innen Kabuls gern in einem neu erbauten Einkaufshaus flanieren, sich meist jedoch nicht die Ware leisten können. Jedoch sei es zu einem Ort geworden, an dem sich Männer und Frauen gemeinsam in der Öffentlichkeit treffen können (Issa/Kohistani 2007: 61). Diese Möglichkeit in der gendersegregierten islamischen Gesellschaft Afghanistans ist ein Novum.

6.2.1 Die Kleidung der zwei höchsten Regierungsvertreter

An den zwei Spitzenkandidaten der Präsidentschaftskandidatur vom 5. April 2014 lässt sich demonstrieren, dass beide aufgrund ihrer Biographie versuchten, eine neue Wählerschaft zu adressieren und das politische Narrativ, dass auch über die Kleidung vermittelt wird, zu verändern und sich zu Gunsten einer neuen und somit größeren Wählerschaft zu öffnen. Der derzeit amtierende Regierungsvorsitzende (CEO), Dr. Abdullah Abdullah, hat sich seinen Dokortitel als kurzzeitig praktizierender Augenarzt am *Kabuler Noor Krankenhaus* für Ophthalmologie im Jahre 1983, dann im pakistanischen Exil am *Sayed-Jamaluddin-Afghani Krankenhaus* im Jahre 1984 und am Krankenhaus für Augenheilkunde in Peschawar erarbeitet, bis er dann von 1985 bis 1992 zum politischen Berater des damaligen Milizenführers Ahmad Schah Massouds wurde. Sein Dokortitel ist ein Ehrentitel, den er in den 1980er Jahren bei seiner Arbeit mit afghanischen Flüchtlingen als praktizierender Mediziner erhalten hat. Abdullah wird von einem Großteil der im Land und der im Exil lebenden Afghan*innen als ehemaliger *mujaheddin*-Kämpfer und enger Vertrauter des am 9. September 2001 ermordeten Führers der Nord-Allianz, Ahmad Schah Massoud, betrachtet, da er im Jahre 1985 ins Panjschir-Tal zog, von 1992 bis 1996 Sprecher des Ministeriums für Verteidigung unter Präsident Burhanuddin Rabbani (*Jamiat-e Islami*) war, anschließend als stellvertretender Außenminister bis 1997 und dann schließlich von 1999 bis 2001 als Außenminister amtierte.³⁷ Indem er in maßgeschneiderten dreiteiligen Anzügen und farblich abgestimmten Einstecktüchern und Krawatte in der Öffentlichkeit auftritt, versucht er seine Vergangenheit als Kämpfer abzustreifen und stattdessen durch die westliche Kleidung als ziviler Staatsmann zu wirken; dies insbesondere bei politischen Verhandlungen mit westlichen Partnern.

Während des Wahlkampfes vor dem eigentlichen Wahltermin am 5. April 2014 hat Abdullah beispielsweise im Norden des Landes, dem Panjschir-Tal, die traditionelle afghanische Kleidung in Kombination mit einer militärischen Weste getragen. Dort unterstützt die überwiegende tadschikische Mehrheit weiterhin die *Shura-ye Nazar*, die unter Ahmad Schah Massoud geführt wurde und während des Krieges gegen die Rote Armee als eine Untergruppe der *Jamiat-e Islami* bezeichnet werden konnte. In Kandahar dagegen, der Heimatstadt seines Vaters mit paschtunischem Hintergrund, trug er bei seiner Wahlrede den ortsüblichen schwarzgrauen Turban, um

37 Heute noch wird Ahmad Schah Massoud von der tadschikischen Bevölkerung als Märtyrer und Löwe des Panjschir-Tals (Farsi: *šīr-e paṅṣhīr*) verehrt. Am 9. September wird seitens der Regierung und besonders von den Tadschik*innen in Afghanistan an den Nationalhelden gedacht. An dieser Stelle möchte ich nur darauf verweisen, dass die Portraits des Präsidenten Hamid Karzai (2002-2014) und des von der tadschikischen Bevölkerung als Märtyrer und Löwen des Panjschir-Tals verehrten Ahmad Schah Massoud nebeneinander am Eingang des Flughafenterminals und anderen offiziellen Gebäuden hingen. Nun hängt ein großes Portrait des neu gewählten Präsidenten Dr. Ashraf Ghani am Eingangsterminal des Kabuler Flughafens und im Wartebereich für die VIPs und für die VVIPs. Diese symbolische Veränderung hat in einem ethnisch fragmentierten Land wie Afghanistan eine politische Symbolkraft, die sich später auch in den Interviews besonders mit den farsisprachigen Eliten widerspiegelte.

die paschtunische Bevölkerung mit einer Referenz auf seine paschtunische Abstammung väterlicherseits zu gewinnen. Während seiner Wahlkampagne als farsisprachiger Tadschike war er bemüht, als Repräsentant der gesamten afghanischen Nation aufzutreten.

Sein Kontrahent hingegen, Dr. Ashraf Ghani, wurde nach 24 Jahren im Exil und seinem Studium an der *American University of Beirut* und an der *University of Columbia* in New York, seiner Professur an der *University of California, Berkeley* und an der *Johns Hopkins University* sowie seiner Karriere bei der Weltbank, als Technokrat angesehen. In der Interimsregierung Karzais war Ghani von 2002 bis 2004 Finanzminister und bekannt für seinen harten Verhandlungsstil, wenn es um die Kredite der Weltbank für den Aufbau des afghanischen Finanzsektors ging. In einem Gespräch vor seinem Amtsantritt als Präsident berichtete mir Ghani, dass er eine Kreditzusage von 8,2 Milliarden US-Dollar von der Weltbank und weitere 6 Milliarden US-Dollar von der internationalen Gemeinschaft ausgehandelt habe. Mit seiner traditionellen Kleidung versucht er, die langen Jahre im Exil und seine akademische Herkunft zu verbergen, um die traditionelle Wählerschaft aus der Peripherie zu gewinnen.³⁸ Ghani stammt vom paschtunisch-nomadischen Stamm der Ahmadzai ab, die überwiegend im Süden und Südosten des Landes leben (Tapper 2008). Durch seine akademische Reputation als Anthropologe an der *University of Columbia*, *University of California, Berkeley* und der *Johns Hopkins University* und durch seinen oft zitierten zweiten Platz unter den weltführenden Denker*innenn im *Prospect Magazine* hat er bereits große Schichten der jungen Bildungselite, hauptsächlich aus paschtunischem Milieu, durch seine Versprechen für bessere Bildungsmöglichkeiten, eine gerechtere Gesellschaft und den Kampf gegen Korruption gewinnen können (The Prospect 2013). Aufgrund dieser Biographie musste er sich durch traditionelle Kleidung seines nomadischen Stammes den Habitus eines bescheidenen Repräsentanten des einfachen Volkes – auch aus der Peripherie – aneignen.

Beide Kandidaten waren sich während ihrer Präsidentschaftskampagnen darüber im Klaren, welche ethnische Klientel sie als Gefolgschaft bereits ansprachen und um welche sie weiter werben mussten. Aus diesem Grund haben beide ihre jeweiligen Identitäten flexibel angewandt, um weitere Klientel anzuwerben. Auch die Auswahl der zukünftigen Vizepräsidenten zeugt von politischem Machtkalkül. Ghani hat nun als Gewinner der Wahl den usbekischen Kriegsherren General Rashid Dostum als ersten Vizepräsidenten und den ehemaligen Minister für Justiz und höhere Bildung, Sarwar Danesh, als zweiten Vizepräsidenten mit hasarischen Hintergrund in seine Präsidentschaftskampagne aufgenommen. Diese ethnisch-regionalen Koalitionen zeugen davon, dass die Elitenvertreter*innen für ihre Machtstellungen bereit sind,

38 Auch sein Privatleben blieb beim Wahlkampf durch seine Gegner nicht ausgespart. Die christlich-libanesische Herkunft seiner Ehefrau, Rula Ghani, wurde von den Wahlgegnern*innen gelegentlich auch als befremdliche westliche Prägung des zukünftigen Präsidenten diskutiert. Als erster afghanischer Präsident bedankte er sich während seiner Antrittsrede am 29. September 2014 bei seiner Ehefrau für die Unterstützung während des Wahlkampfes und gab ihr den Farsi-Namen *bibi gol*, um ihre Zugehörigkeit zu ihrem neuen Land zu untermauern.

politische Kompromisse mit ehemaligen Opponenten einzugehen, weshalb die jeweiligen ideologischen oder politischen Werte in den Hintergrund geraten.

Ghani hat erhebliche Stimmenunterstützung von den Stämmen Karzais aus der Provinz Kandahar (Popalzais) erhalten, diese haben sich insbesondere in der Stichwahl zwischen Abdullah und ihm bemerkbar gemacht (National Democratic Institute 2014). Auch Abdullah hätte die Chance gehabt, viele Stimmen zu erhalten, da er während der Kampagnen immer wieder auf seinen paschtunischen Vater referierte, aber Karzais Einfluss war größer. Außerdem wird er entgegen der allgemeinen Bemühungen seines Wahlteams als farsisprachiger Tadschike mit Affiliationen zur *Jamiat-e Islami* wahrgenommen. Zweitens hat Ghani auch durch vorherige Zusagen an Pakistan und die Taliban für einen Friedensprozess mit ihrer Unterstützung rechnen können. Im Interview gab Juwand, der reformorientierte *talib*, den ich im Kapitel 6.5 *Friedensbestrebungen aus der Perspektive der Taliban* näher beschreiben werde, zu bedenken:

„Two days ago, a bus full of previous police officers, they executed the robbers. Taliban declared several times do not go and work with the government. You will be considered as supporters of the invaders. Their work is not the work of a political group. They consider themselves a legitimate Islamic Emirate. The government is in need to make political reconciliation with the Taliban. Otherwise the government has no control in the countryside. Though! The second time the Taliban helped Ashraf Ghani to become president.“³⁹

Juwands Aussagen geben zu bedenken, dass die Taliban einerseits Angestellte der afghanischen Regierung als Kollaborateur*innen sehen. Andererseits gibt er auch zu, dass die Taliban Ghani während seiner Präsidentschaftskandidatur unterstützt haben. Die ethnischen und politischen Grenzen scheinen fließend zu sein, wenn es darum geht, die Machtübernahme einer Oppositionsfraktion aus den Zeiten des Bürgerkrieges – namentlich der *Jamiat-e Islami* – zu verhindern. Die Machtverhältnisse in Afghanistan waren vor und während der Präsidentschaftswahlen für die ethnischen Minderheiten ungewiss, und viele Regierungseliten befürchteten, dass die Kooptationspolitik Karzais in absehbarer Zeit zu einem Ende kommen wird. In diesem Zusammenhang wäre einer der Gründe für die Kooperation der Taliban mit Ghani darin zu sehen, dass sich Abdullah bei seiner Kampagne kompromissloser über einen Friedensprozess mit den Taliban geäußert hat. Hiermit reagierte Abdullah auf die Erwartungen seiner Anhängerschaft aus dem Norden (Panjschir-Tal, Mazar-e Sharif, Badachschan, Tachar) und auf die im Nordwesten dominierende Partei, nämlich die *Jamiat-e Islami*. Denn er wurde nach dem Peschawar-Abkommen von 1992 während der Taliban-Herrschaft im Jahre 1999 und während Karzais Präsidentschaft von 2001 bis 2006 zum Außenminister ernannt. Auf diese Anhänger*innen kann Abdullah auch als ehemaliger Vertrauter Ahmad Schah Massouds rekurren, womit ein besonderes Selbstverständnis der Mitglieder der Nord-Allianz als kollektiver Referenzrahmen steht, auf das in den nächsten Kapiteln eingegangen wird.

Dieser kurze Exkurs über die Nuancen zwischen traditioneller bis zur als westlich perzipierten Kleidung und die regionalen Unterschiede mit ihren Signalen während

39 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul: 210.

gesellschaftlicher Umbrüche zeigt die Relevanz von Äußerlichkeiten, mit denen Identitäten repräsentiert, symbolische Bedeutungen angesprochen, aber auch provoziert und somit hinterfragt werden. Wie Rostamy-Povey zuvor feststellte: „For women in Pakistan and Afghanistan and for the majority of women in Iran, *hijab* is a question of choice, and its meaning is complicated. Their concept of feminism is based on their understanding of their historical identities which include Islamic culture.“ (Rostamy-Povey 2007: 248) An dieser Stelle würde ich Rostamy-Poveys zusammenfassender Analyse widersprechen und ihr nur dahingehend zustimmen, dass die *hijab*-Debatte kompliziert ist, und hinzufügen, dass sie eher auf der Ebene der Elitenvertreter*innen stattfindet. Die Wahl der Bedeckung und Kleidung ist für Frauen und Männer in Afghanistan keine freie Wahl, sondern an die kulturellen, sozialen und sicherheitspolitischen Begebenheiten insbesondere für die junge Generation aus dem Exil und die gut ausgebildeten Afghan*innen, die während der Kriegswirren im Land gelebt haben, gebunden. Vielleicht ist die Art der gewählten Verschleierung zu einem gewissen Grad eine freie Wahl, sie ist aber dennoch mit gesellschaftlichen Konventionen, der Familien sowie existenziellen Rahmenbedingungen in einem Kriegsgebiet verknüpft. Denn die Kleidung transportiert im afghanischen Kontext, der bereits hoch politisiert und gewaltgeladen ist, eine ethnisch-regionale, eine konfessionelle, eine erkennbare politische Orientierung zwischen wettstreitenden traditionellen, religiösen, ethnisch-regionalen und modernen Werten. *Die Eliten kommunizieren mit der Kleidung jeweils bestimmte Überzeugungen für gewünschte oder bereits existierende Lebensstile und somit lebbare oder erstrebenswerte Lebenswelten.*

Diese Lebensstile und Werte unterscheiden sich, wie bereits dargelegt, auch innerhalb der Milieus der Elitenvertreter*innen, jedoch werden nachfolgend die Auswirkungen auf andere Milieus und die Entwicklungen in anderen Milieus, die ihre Klientel bilden, analysiert. Dieses Phänomen kann in Elias'schen und Bourdieu'schen Termini theoretisch schärfer untersucht werden. Nach Elias gibt es in Zivilisationsprozessen eine zunehmende Funktionsdifferenzierung für einzelne Individuen mit ihren unterschiedlichen Lebensstilen innerhalb ihrer sozialen Strukturen und der Gesellschaft. Elias bezeichnet diese als Interdependenzen von Individuen und zu ihrer Gesellschaft, in welche sie als Figurationen eingebettet sind. Eine prägnante Definition des Begriffs „Figuration“ lautet bei Elias:

„Das Zusammenleben von Menschen in Gesellschaften hat immer, selbst im Chaos, im Zerfall, in der allergrößten sozialen Unordnung eine ganz bestimmte Gestalt. Das ist es, was der Begriff der Figuration zum Ausdruck bringt. Kraft ihrer grundlegenden Interdependenz voneinander gruppieren sich Menschen immer in der Form spezifischer Figurationen. [...] Aus Dörfern können Städte werden, aus Sippen Kleinfamilien, aus Stämmen Staaten.“ (Elias 1986/2006: 101)

Die letzte Entwicklungsstufe, dass *aus Stämmen Staaten* werden, wird gerade von der afghanischen Administration verfolgt und vollzieht sich in der afghanischen Gesellschaft entlang neopatrimonialer Strukturen in einer gewissen Mischform. Durchgehend beschreibt Elias in seinem Werk, dass sich im Laufe dieses soziokulturellen Prozesses die Abhängigkeit der Menschen zueinander aufgrund der unterschiedlichen paradigmatischen soziokulturellen Wechsel erhöht, wie beispielsweise durch die Industrialisierung oder die spätere wohlfahrtstaatliche Moderne (Elias 1976/1995). Im

afghanischen Kontext und in dem hier untersuchten speziellen Eliten-Klientel-Kontext ist eine von den urbanen Eliten erkennbare Sozio- und Psychogenese in Wechselbeziehung auf die entstehenden mittleren Milieus erkennbar, aber sie sind noch in ihren zaghaften und besonders stark distinguierenden Anfängen. Hinzu kommt, dass der Prozess der Psycho- und Soziogenese in einem gewaltgeladenen Spannungsverhältnis ohne ein starkes physisches staatliches Gewaltmonopol (ebd.: 433) zwischen traditionellen und modernen Wertvorstellungen innerhalb der Elitenverter*innen und somit auch als Reflexion auf die anderen Milieus eher als gewaltgeladener Prozess und Gegenprozess oszilliert. Elias beschreibt, den Zivilisationsprozess idealiter folgendermaßen:

„Wenn sich ein Gewaltmonopol bildet, entstehen befriedete Räume, gesellschaftliche Felder, die von Gewalttaten normalerweise frei sind. Die Zwänge, die innerhalb ihrer auf den einzelnen Menschen wirken, sind von anderer Art, als zuvor. [...] Gesellschaften ohne stabiles Gewaltmonopol sind immer zugleich Gesellschaften, in denen die Funktionsleitung relativ gering und die Handlungsketten, die den Einzelnen binden, verhältnismäßig kurz sind. Umgekehrt: Gesellschaften mit stabileren Gewaltmonopolen, verkörpert zunächst stets durch einen größeren Fürsten- oder Königshof, sind Gesellschaften, in denen die Funktionsteilung mehr oder weniger weit gediehen ist, in denen die Handlungsketten, die den Einzelnen binden, länger und die funktionellen Abhängigkeiten des einen Menschen von anderen größer sind.“ (Ebd.: 320f)

Neben den noch zu pazifizierenden Figurationen kommt hinzu, dass im afghanischen Elitenkontext, in dem neopatrimoniale Verhältnisse herrschen und die Klientel in ihren Abhängigkeiten zu ihrer*m Patron*in steht, jedenfalls keine unilineare Entwicklung eines sozialen Wandels von den oberen in die mittleren Schichten eindeutig und absolut zu konstatieren wäre. Sowohl die oberen Milieus als auch die mittleren Schichten – die sich beide in einem Transformations- und Aushandlungsprozess befinden – müssen ihre jeweiligen *sozialen Universalien* finden. Zum Teil geschieht dies, in dem die Eliten sich durch ihren Habitus, ihr kulturelles und soziales Kapital von den *unteren* Milieus abgrenzen. Ihre Klientel jedoch, die meist aus den mittleren und unteren Schichten stammen, grenzen sich oftmals auch von Zugezogenen ab, was Elias bereits in einer empirischen Untersuchung in der englischen Ortschaft „Winston Parva“ als „Etablierte-Außenseiter-Figuration“ bezeichnet hat (Elias/Scotton 1990: 305). Konkret bedeutet dies, dass nicht in allen Milieus die Wertvorstellungen und der Habitus der Eliten als erstrebenswert und nachahmungswürdig angesehen werden: Die eigenen, alten und bewährten Wertvorstellungen sind für die jeweiligen Figurationen und im ständigen Kriegszustand Afghanistans entlang ethno-politischer Interessen noch identitätsstiftender geworden, da die Eliten weiterhin um die essenzielle Macht kämpfen.

Viele afghanische Familien entscheiden sich beispielsweise bewusst dafür, ihre Essgewohnheiten – auf dem Boden sitzend und mit den Händen essen – zu erhalten, ihre Kinder in traditionellen Rollenbildern zu erziehen, die Badezimmer nicht mit den aus ihrer Sicht unhygienischen westlichen Toiletten (Farsi: *teshnaab-e asri*) auszustatten und weiterhin ihre traditionelle Kleidung zu tragen. Jedoch sind diese mittleren und unteren Schichten wiederum auch durch feine Unterschiede geprägt, denn die unterschiedlichen Diaspora haben unterschiedliche Lebensstile importiert. In ihrer Interpretation einer modernen Lebensart kaufen sich viele Afghan*innen aus den

aufstrebenden mittleren Milieus dennoch gern einen *Toyota-Corolla*, die modernste Hifi- und TV-Technik für zu Hause, feiern gern die Geburtstage ihrer Kinder, die religiösen Feiertage und Hochzeiten in nie zuvor dagewesener opulenter Form und begehen die Pilgerfahrt bereits in jungen Jahren, so dass sie sich oftmals für mehrere Dekaden verschulden.⁴⁰ Elias analysierte ähnliche Entwicklungen im europäischen Kontext als Abstoßungstendenzen zwischen den „unteren“ und „oberen“ Schichten:

„Aber in der ersten Phase, die meist gleichbedeutend ist mit der Phase des individuellen Aufstiegs aus der unteren in die obere Schicht, tritt die Neigung, von oben nach unten zu kolonisieren, von unten nach oben sich anzugleichen, stärker zutage; in der zweiten Phase, in der die gesellschaftliche Stärke der jeweils unteren Gruppe als eines Ganzen wächst und die der oberen sich verringert, verstärkt sich mit der Rivalität und den Abstoßungstendenzen auch das Selbst- und Eigenbewusstsein beider, die Neigung, das Unterscheidende hervorzukehren und – soweit es die Oberschicht angeht – zu stabilisieren.“ (Elias 1976/1995: 424)

Dieses Phänomen kann als Abgrenzung zwischen den Milieus in verschiedenen Lebensstilen und unterschiedlichem Habitus bewusst zelebriert werden (Distinktion) und es findet sich auch bei Bourdieus Untersuchungen bei seiner genaueren Analyse der Ess- und Trinkkultur besonders evident wieder. Er beschreibt, dass sich bestimmte Menschen aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu bewusst gegen die feine und steife Esskultur anderer Milieus äußern und sich somit mit ihrer „Moral des guten Lebens“ distinguieren (Bourdieu 1987a: 292ff). Nach den Elias'schen und Bourdieu'schen Theoriemodellen befindet sich Afghanistan zwischen der ersten und zweiten Phase, wobei zu beobachten ist, dass die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung eher über eine ihr bereits bekannte kollektive rigidere islamische Identität als in den 1960er und 1970er Jahren mit den nun besseren und modernen Lebensstandards jedenfalls in den urbanen Zentren genießt und annimmt.⁴¹ Traditionelle Elitenvertreter*innen spre-

40 Der afghanische Staat hat versucht, die Ausgaben für Hochzeiten gesetzlich zu regulieren und auf maximal 3.500 US-Dollar und die Anzahl der Gäste auf höchstens 500 zu beschränken (Rahim 2015). Wichtig ist im afghanischen Kriegskontext auch, festzuhalten, dass viele Familien einen hohen Brautpreis verlangen, der eine finanzielle Einkommensquelle geworden ist, den Lebensunterhalt manch einer Familie für ein Jahr abdecken kann und je nach Region und Braut unterschiedlich hoch ist. Die Morgengabe, die als soziale Versicherung im Falle einer Scheidung oder nach dem Versterben des Ehemannes vereinbart wird, ist die nach islamischer Jurisprudenz einzige legitime Geldsumme, die vor einer Heirat vereinbart und an die Braut ausgezahlt werden sollte. Nun hat sich in vielen Landes- teilen die Praxis durchgesetzt, das Geld der Morgengabe für die Braut vom Bräutigam anzunehmen, aber nicht der verheirateten Braut auszuhändigen. Die männlichen Verwandten behalten das Geld ihrer Töchter, Schwestern und Cousins für ihre eigenen Ausgaben, und enthalten so der Braut eine finanzielle Absicherung im Falle einer Verwitwung oder Scheidung vor (Muzhary 2016).

41 Genauere Untersuchungen und Beobachtungen hat bereits Daxner bei der jungen urbanen Mittelschicht eingeleitet und beschrieben. Wenn er sie beispielweise befragte, warum sie weiterhin eine traditionelle Form der arrangierten Ehe befürworten, kann dies mit der hyb-

chen diese im Hysteresis-Effekt beharrenden Habitusformen direkt an und appellieren daran, alles innerhalb eines islamischen Rahmens zu erhalten.

Wenn wir nun aber – wie Elias in seinem zweiten Band *Über den Prozess der Zivilisation* – seine theoretischen Schlüsse für den vorliegenden Kontext ergänzend aufgreifen und anwenden, dann werden seine theoretischen Instrumentarien durch die Funktionen der staatlichen Institutionen und somit für einen Staatsbildungsprozess im afghanischen Kontext relevant (Elias 1976/1995). Zwei der insgesamt vier Arten von Zwängen, nämlich die Fremdwänge und der Selbstzwang, sind hier durch die Elitenvertreter*innen in den bereits zitierten Interviews thematisiert worden. Der Fremdwang verkörpert beispielweise den inkorporierten Habitus der Menschen, der sich im Laufe des Zivilisationsprozesses zu einem selbstregulierenden Selbstzwang ausbildet. Die Selbstregulierung kann im Laufe der Zeit (oder nach einem Zivilisationsprozess) über die Affektregulierung und -modellierung zu einer Selbstregulierung werden (Elias 2005: 52ff). Der Elias'sche Zivilisationsprozess der Psycho- und Soziogenese ist nicht in binäre Schemata von gut und schlecht zu bewerten oder spezifisch auf westliche Zivilisationen anwendbar, sondern: „Der gesellschaftliche Zwang zum *Selbstzwang* und das Erlernen einer individuellen Selbstregulierung im Sinne wandelbarer Zivilisationsmuster sind *soziale Universalien*.“ (Elias 1986/2006: 112f, Herv. i. O.) Nun kann jedoch, wie in Afghanistan zu sehen ist, ein Hysteresis-Effekt einsetzen, der sich bei den verschiedensten Milieus⁴² darin äußert, dass sich zwar das soziale Feld um sie verändert hat, jedoch wie oben beschrieben der inkorporierte Habitus bleibt. Dieser Habitus wirkt auf die etablierten afghanischen Elitenvertreter*innen, die seit mehreren Generationen zu den führenden Königsfamilien gehören oder die Bildungselite bilden, als rückwärtsgewandt, traditionell, ihr Geschmack als neureich und kitschig. Innerhalb neuer gesellschaftlicher und sich schnell wandelnder externer Strukturen – wie sie in Afghanistans Institutionen- und Staatsbildungsprozess forciert auftreten – entsteht ein starker Hysteresis-Effekt für die Mehrheit der Bevölkerung. Die oberen Milieus betrachten dann die neuen symbolischen Kapitalien der unteren Milieus als falsches kulturelles Kapital. Ein wichtiges Element bietet jedoch der Schlüssel zur Bildung und eine anschließende Berufstätigkeit, um aus den unteren Schichten in die oberen aufzusteigen. Die Titel aus den Bildungsinstitutionen würden den Menschen ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit den sozialen Aufstieg durch institutionalisiertes kulturelles Kapital bieten, wenn die Berufsmöglichkeiten ihnen das ökonomische Kapital verschaffte und die gesellschaftlichen Strukturen ein Mindestmaß an gerechten Aufstiegschancen böte.

Dann gibt es einen weiteren gravierenden Hysteresis-Effekt *zwischen* den Generationen in der afghanischen Gesellschaft. Die Mehrheit der afghanischen Bevölke-

riden Form der Interventionsgesellschaften erklärt werden und als eine Form von Adaption und Ablehnung innerhalb des sozialen Wandels (Daxner 2017).

- 42 Beim Künstler Ehsan beispielweise trat bei seiner Beschreibung seiner Kunst und seiner Freiheit die Selbstzensur zum Vorschein. Diese Art der reflektierten Selbstzensur (Selbstzwang), die er auf seine Erziehung zurückführt, aber auch auf die Reaktionen der Anderen aus der Gesellschaft heraus (Fremdwang), lässt sich als soziogenetischer und psychogenetischer Prozess der Zivilisation beschreiben. Wenn diese in Afghanistan in Frieden verlaufen, dann haben sie eine Chance, ausgehandelt zu werden.

rung (63 Prozent) ist jünger als 25 Jahre, die ihre eigenen Vorstellungen eines modernen Lebensstils hat. Bereits jetzt sind sie in der vernetzten Welt über ihre Smartphones und soziale Netzwerke weltweit miteinander verbunden, von der eigenen Partnerwahl bis zum Kleidungs- und Sprachstil möchten sie sich von ihrer Elterngeneration emanzipieren. In einer traditionellen Gesellschaft, in der die Älteren die Entscheidungen treffen und über das Gemeinwohl des gesamten Stammes entscheiden, sind diese unterschiedlichen Lebenseinstellungen nicht einfach miteinander vereinbar und einem Aushandlungsprozess unterworfen. *Über die Zeit und eine pazifizierte Konfliktaustragungsform während des laufenden Adaptions- und Abstoßungsprozesses aller Individuen in ihren jeweiligen Figurationen werden sich über mehrere Generationen Aushandlungsprozesse für neue Formen des Denkens, Handelns und Fühlens entsprechend zu den staatlichen Institutionen mit einem funktionierenden und sicherheitsgarantierenden Gewaltmonopol entwickeln.*

Neben den äußerlichen Merkmalen der Elitenvertreter*innen birgt eine tiefer zu analysierende Komponente nach fast 40 Jahren Krieg zwischen den Afghan*innen ein gewisses Konfliktpotenzial: Die ethnische Herkunft, die Definition und Funktion dieses Begriffs im Alltag.

6.3 DER ETHNISCHE KONFLIKT

6.3.1 Mensch zweiter Klasse im Land der ersten Wahl

Der Aspekt der Ethnie wurde von Nicht-Paschtun*innen, die entweder der hasarischen, tadschikischen oder usbekischen Ethnie angehören, als besonderes Problem hervorgehoben. Bei den drei interviewten Künstler*innen, Dunia, Yassin und Narges, hat sich mir die ethnische Zugehörigkeit im Laufe des Gesprächs erschlossen, da die politischen Überzeugungen und Beschreibungen aus ihrem Lebensalltag darauf hinwiesen, dass sie sich in ihrer Stellung als afghanische Bürger*innen aufgrund ihrer ethnischen, konfessionellen und/oder nationalen Zugehörigkeit und ihrer Genderzugehörigkeit sowie den politischen Entwicklungen diskriminiert fühlen. Im Folgenden wird erläutert, wie sich diese drei Variablen einer ethnischen, konfessionellen und/oder nationalen Diskriminierung für meine Interviewpartner*innen in ihrem Lebensalltag manifestiert. Im Laufe dieses Abschnitts sollte auch die Intersektionalität (Crenshaw 1989) von unterschiedlichen Formen von institutionalisiertem Rassismus für tadschikische im Vergleich zu hasarischen Afghan*innen im Iran deutlich werden.

Dieses Gefühl des Fremdseins und der Diskriminierung ist ihnen auch bereits im Iran widerfahren und ist auch ein häufiges Phänomen bei der zurückgekehrten Generation aus Pakistan. Allen dreien war es erst nach mehreren Registrierungen und der Zahlung von Schmiergeldern möglich, an der Universität Teheran zu studieren. Insbesondere die zweite und dritte Generation afghanischer Staatsangehöriger wird im Iran diskriminiert: Für sie war es schwierig, überhaupt eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten und sie von den Behörden verlängern zu lassen, ohne der Willkür der staatlichen Institutionen ausgesetzt zu sein.

Viele Afghan*innen, die aus der iranischen Grenzstadt Maschhad in ihre ursprüngliche Heimatstadt Herat oder in die Heimatstadt ihrer Eltern zurückgekehrt sind, erzählten mir, dass sie zwar immer mal wieder im Besitz einer offiziellen iranischen Aufenthaltserlaubnis waren, diese jedoch im Zuge von Straßenkontrollen oder Stichproben bei den Arbeitsstätten zerrissen wurden.⁴³ Womit ihr Status im Iran trotz eines jahrelangen Aufenthalts immer wieder illegalisiert wurde. Afghanischen Flüchtlingskindern war es in der Regel nicht erlaubt, iranische Schulen zu besuchen. Es gab Ausnahmen oder Wege, dieses Verbot zu umgehen, indem die afghanische Herkunft verheimlicht und horrend Summen für Schul- und Universitätszulassungen gezahlt wurden. Andere afghanische Flüchtlingsfamilien im Iran organisierten private Schulen (Farsi: *madārese khodgardān*) für die Ausbildung ihrer Kinder. Die meisten afghanischen Flüchtlinge, die es nicht schafften, ihre Herkunft zu verbergen, wurden an der Teilnahme des Schulunterrichts gehindert, die Aufnahme eines Studiums an den Universitäten wurde verboten oder in jedem Falle erschwert (Rostamy-Povey 2007: 244).

In dieser für afghanische Flüchtlinge diskriminierenden Atmosphäre haben sich viele einen iranischen Dialekt angeeignet, um im Alltag nicht als Afghan*innen identifiziert zu werden.⁴⁴ Jedoch bleibt der afghanischen Volksgruppe, den Hasara, wegen ihrer meist ostasiatischen Gesichtszüge nicht die Möglichkeit, sich durch den iranischen Dialekt als iranische Bürger*innen zu tarnen (Rostamy-Povey 2007: 246). Zwar gibt es auch Iraner*innen mit ostasiatischen Zügen, aber oftmals werden diese physiognomischen Züge mit afghanischen Ursprung gleichgesetzt und im Zweifel fragen iranische Revolutionsgarden nach der nationalen Herkunft. Dies berichteten mir viele Hasaras, die mehrmals aus dem Iran nach Afghanistan ausgewiesen worden sind und wieder zurück hinter die iranische Grenze flüchteten, um als Tagelöhner zu arbeiten. Berichten zufolge sind afghanische Flüchtlinge von der iranischen Regierung für den Krieg in Syrien rekrutiert worden. Die zum Teil minderjährigen Männer werden auf Kriegstauglichkeit geprüft, trainiert und dann in den syrischen Bürgerkrieg in die schiitisch-afghanische Brigade der *Fatemiyoun* entsendet. Es gibt aber auch Afghanen, die aus konfessionellen Gründen freiwillig in der schiitischen Brigade in Syrien kämpfen.

43 In meiner freiwilligen Beratungstätigkeit für afghanische Flüchtlinge bei *Amnesty International* habe ich viele sich ähnelnde Lebens- und Fluchtgeschichten protokolliert.

44 Als 14-Jährige habe ich meine Cousine mütterlicherseits in Maschhad, wohin aufgrund der geographischen Nähe insbesondere viele Afghan*innen aus Herat ausgewandert sind, zum Bäcker begleitet. Sie sagte mir, dass ich nicht sprechen solle, da wir sonst kein Brot bekämen. Auf einem Schild an der Bäckerei stand: „Wir verkaufen kein Brot an Afghanen.“ Äußerlich unterschieden wir uns nicht von Iranerinnen und meine Cousine war geübt im iranischen Dialekt, sodass wir Brot kaufen konnten. Meine älteste Cousine und ihre drei weiteren Geschwister waren es gewöhnt, gelegentlich der Schule verwiesen und nach einigen Monaten wieder aufgenommen zu werden. Die Aufenthaltsgenehmigungen wurden mal ausgeteilt, mal bei Stichproben in der Öffentlichkeit in typischen Arbeitsstätten für afghanische Flüchtlinge, wie beispielsweise auf Baustellen für Hoch- und Tiefbauten sowie in Fabriken oder Restaurants, zerrissen.

Die iranische Regierung verspricht ihren Söldnern 1.000 US-Dollar pro Monat und eine Aufenthaltsgenehmigung. Schätzungen zufolge beläuft sich die Anzahl der afghanischen Flüchtlinge ohne eine Aufenthaltsgenehmigung auf 2 Millionen (Dehghan 2015). Weigern sich die jungen Männer, in Syrien zu kämpfen, werden sie nach Afghanistan deportiert. Bei Fahnenflucht wird ihnen ebenfalls mit Deportation und mit Repressalien gegen die im Iran lebende Familie gedroht (Human Rights Watch 2016). Diese hier dargelegten strukturellen Diskriminierungen durch den iranischen Staat richteten sich gegen eine afghanische Nachkriegsgeneration, der die Hasara durch ihre Physiognomie stärker ausgesetzt waren als andere afghanische Ethnien.

Es ergeben sich in der Lebenswelt der afghanischen Rückkehrer*innen aus dem iranischen Exil Dilemmata, die näher beschrieben werden. Um dieser Problematik auf den Grund zu gehen, folgen nun die Interviewzitate der zurückgekehrten afghanischen Diaspora aus dem Iran. Eine Leitfrage lautet: Wie gestaltet sich nun das Leben der Eliten aus der Künstler*in- und Literaturszene, die eng mit dem journalistischen Bereich verbunden sind?

Das interviewte Paar gehört der tadschikischen Ethnie, Narges den Hasara an. Zurück in Kabul versuchen nun alle drei, ihren iranischen Dialekt beim Sprechen zu verbergen, und bemühen sich, *kabuli* zu imitieren. Dieses Phänomen gab es auch bei einem weiteren und bereits oben näher vorgestellten Interviewpartner, der aus dem iranischen Exil zurückgekehrt ist. Ehsan bestätigte die Erfahrung von Dunia, Yassin und Narges. In Kabul gibt es eine kleine Gemeinde von Künstler*innen, Intellektuellen und ausländischen Botschaftsangehörigen, welche Ausstellungen, Konferenzen, Workshops, Lesungen und Filmfestivals organisieren. Ehsan bemängelte, dass es immer die gleichen kulturellen Veranstaltungen mit denselben Gesichtern seien. Er vermisst die größere kulturelle Vielfalt, die im Iran geherrscht hat:

„Ich konnte es im Iran aber nicht akzeptieren, Mensch zweiter Klasse zu sein. Dann kommst du zurück und siehst, wie schwer es hier ist. Im Iran gibt es trotz der konservativen Strukturen mindestens 20 andere Künstlerinnen und Künstler, Konzerte, Ausstellungen, Theater etc. All dies ist im Iran möglich.“⁴⁵

Weiter beschrieb Ehsan seine Emotionen über die staatlichen Missstände und den Mangel an kulturellem Austausch mit folgenden Worten:

„Unsere Kindheit haben wir woanders verbracht. Seit acht Jahren bin ich wieder in Kabul. Ich bin depressiv und nehme Medikamente. Meine Psyche leidet sehr darunter. Die Institutionen sollten einfach ehrlicher und wahrer und effektiver sein. Schauen Sie sich die Sprecher der Ministerien an. Sie sind alle Roboter und sie glauben selbst nicht, was sie tagtäglich vortragen müssen.“⁴⁶

Dieses Zitat spiegelt neben einer Identitätskrise, die durch die Flucht und Diaspora geprägt ist, auch eine große Frustration über die staatlichen Institutionen wider. Zum

45 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 193.

46 Vgl. ebd.: 193.

einen, weil der Staat seine grundsätzlichen Aufgaben von Sicherheit, Wohlfahrt und Freiheit und Gerechtigkeit (Almond/Powell/Mundt 1996) nicht bewältigt und/oder weil zum anderen die Beamt*innen ihre Aufgaben lediglich gegen willkürlich erhöhte Schmiergeldzahlungen ausführen. Dies machen seine Erfahrung mit den Behörden deutlich:

„Die Korruption hat ein eigenes System. Die Korruption gibt es bei den obersten Positionen bis in die untersten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich habe vor zwei Monaten ein Dokument abgegeben. Dieses Dokument ist verschwunden. Ich habe ihnen gesagt, dass sie es nicht suchen, da der Stellvertreter ihnen gesagt hat, dass es gefunden werden soll. Eine Ameise würde das Dokument schneller bringen. Stellen Sie sich vor, dass es ein Patient wäre, der schnell Blut braucht, bis das Blut in der Transfusion ist, würde er doch sterben.“⁴⁷

Auch wenn sich diese Anekdote widersprüchlich anhört, muss hier erläutert werden, dass keine Schmiergelder mehr verlangt werden können, sobald ein Dokument gefunden und bearbeitet worden ist. Aus diesem Grund verlangsamten die Beamt*innen in den afghanischen Behörden die bürokratischen Abläufe, um Geld hinzu zu verdienen. Beide Zitate aus dem November 2014 zeigen, wie hoch das Gefühl der Unsicherheit über die Zukunft Afghanistans ist. Dazu kommt die Gefahr von Anschlägen. An manchen Tagen gab es allein in Kabul bis zu drei Anschläge an einem Tag, denen überwiegend die Zivilbevölkerung zum Opfer fällt. Allabendlich versuchten die Regierungssprecher des Inneren und der Regierung Erklärungen für die schlechte Sicherheitslage zu finden, ohne auf die tatsächlichen Ursachen der Terroranschläge – die laufenden Verhandlungen über Minister- und Regierungsposten – einzugehen.

Nachdem Ghani am 29. September 2014 zum Präsidenten ernannt worden war, bemühte er sich um bessere Beziehungen zur pakistanischen Regierung. Am 14. November 2015 stattete er Premierminister Nawaz Sharif zum ersten Mal einen Staatsbesuch ab und traf bei dieser Gelegenheit auch den geistlichen Führer der *Jamiat-e Ulama-e Islam Pakistan*, Maulana Faz-ul Rahman. Das offizielle Statement des Geistlichen, Anschläge in Afghanistan so lange weiter zu verüben, bis sich die ausländischen Truppen aus Afghanistan zurückzögen, löste bei der afghanischen Bevölkerung Entsetzen und Wut aus (Amini 2014). Hinzu kam, dass ein Dekret von der pakistanischen Regierung erlassen worden war – das an die afghanischen Ministerien und Regierungsrepräsentant*innen übersandt wurde –, in dem anti-pakistanische Rhetorik mit Nachdruck als diplomatischer Affront zwischen den beiden Staaten gewertet wird und von afghanischen Regierungsrepräsentant*innen unterlassen werden soll. Die gesellschaftliche Stimmung war in den Tagen meiner Interviews von einer hohen Unsicherheit und dem Machtpoker zwischen den politischen Eliten der NUG bestimmt.

Die Opposition versuchte Ghani zu schaden, in dem sie die vermehrten Anschläge in Kabul dem pakistanischen Geheimdienst, ISI, zuschrieb, um richtungsweisen Druck bei den laufenden Friedensverhandlungen mit den in Pakistan ansässigen

47 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 190.

Taliban auszuüben.⁴⁸ Trotz allen herrschenden Umständen sahen die Eliten nach der erfolgten Regierungsbildung der beiden Kontrahenten Ghani und Abdullah kurzzeitig einer hoffnungsvollen Zukunft entgegen, da erstmals in der Geschichte die Machtübergabe friedlich erfolgt war. Jedoch gestaltete sich die Realität nach zwei Monaten alles andere als friedlich und die Leittragenden waren Menschen aus der Zivilbevölkerung.

In dieser Atmosphäre habe ich die Interviews mit den aus dem Iran zurückgekehrten Elitenvertreter*innen im November 2014 geführt. Auch Rostamy-Povey stellte nach ihren Interviews mit afghanischen Flüchtlingen, die im Iran, Pakistan, Großbritannien oder den USA gelebt haben, fest: „The experience of identity confusion, even before the uprooting itself, is part of the trauma of war and is crucial for understanding the socio-political identity processes through which people rebuild life after displacement.“ (Rostamy-Povey 2007: 246) Nach Rostamy-Poveys Untersuchungen ist bereits der Schritt ins unfreiwillige Exil eine traumatische Erfahrung, und den Beschreibungen Ehsans zufolge wiederholt sich nach der hoffnungsvollen Rückkehr in die Heimat dieses Trauma. Ehsans Beschreibungen formulieren auch die Frustration über die Ineffizienz der Institutionen und des Staates als Garant für Sicherheit und Ordnung. Die Sicherheitslage hatte sich im November 2014 rapide verschlechtert und die Regierung der Nationalen Einheit hatte immer noch kein Kabinett vereidigen können.

Einem in Europa ausgebildeten Politikwissenschaftler und ehemaligen Analytiker des Außenministeriums, Mortazah, geht es ähnlich wie den hier bereits vorgestellten Künstler*innen. Nach seiner Zeit als Regierungsangestellter hat er ein Forschungszentrum in einer fast schon fürstlich anmutenden alten Lehmburg mit großen Holztüren, Büro- und Konferenzräumen eröffnet. Die Forscher*innen stammen meist aus seiner Heimatstadt Herat, zudem waren sie sogar meist Schiiten wie er selbst und in jedem Fall farsisprachig. Der Politikwissenschaftler wählt seine Mitarbeiter*innen also nach ethnopolitischen Kriterien aus, betreibt so eine Einstellungspolitik, die er im Interview gesamtgesellschaftlich kritisierte. Seine Handlungspraxis zeigt aber, dass er am ehesten jungen Absolvent*innen aus seiner eigenen regionalen und ethnopolitischen Herkunft traut. In seinem damals frisch eröffneten Forschungszentrum haben wir in einem länglichen Raum mit handgefertigten Holzsesseln, die mit handgewebten Mustern überzogen waren, Platz genommen. Gereicht wurde uns, Darius und mir, Safran-Tee aus Herat mit iranischen Süßigkeiten. Mortazah, antwortete auf meine Frage, ob er irgendetwas hätte anders machen können in seiner Zeit im Außenministerium, wie folgt: „No, my main mistake was to come to Afghanistan. @2@ That was the single most important mistake step in my life. But apart from that major step, I did the right thing. Even if I go back five years ago my advice would have been the same. (...) The only regret is I came to Afghanistan.“⁴⁹

Diese Aussagen der Rückkehrer*innen, die den sogenannten Braindrain umkehren könnten, muten sehr pessimistisch an und können nicht mehr mit dem Entusi-

48 Auf diese bereits mehrmals missglückten Friedensverhandlungen ging auch ein reformorientierter *talib* genauer ein. Diese Thematik wird in Kapitel 6.5 *Die Friedensbestrebungen aus der Perspektive der Taliban* näher diskutiert.

49 Vgl. Interview Nr. 12, mit Mortazah in seinem Büro am 8. April 2013 in Kabul: 157.

asmus der ersten Jahre nach dem Fall der Taliban verglichen werden. Die gesellschaftlichen und politischen Klientelnetzwerke haben sich institutionell manifestiert. Den kulturellen und jungen Eliten bietet sich nur eine Chance, wenn sie entlang ethnisch-regionaler, konfessioneller und tribaler Strukturen, ihr soziales, ökonomisches und soziales Kapital einsetzen und Patron*innen um Hilfestellungen fragen. Auf diesem Weg wird ein sich reproduzierendes Rekrutierungssystem geschaffen. Ehsan beschreibt, wie das System funktioniert:

„Bei der Ernennung für die Positionen muss er denjenigen bezahlen, der über ihm steht, so hat es derjenige, der das Geld nimmt, ja auch gemacht. Für diese Ernennungen werden je nach Position ab 10.000 US-Dollar aufwärts Schmiergelder bezahlt. So häuft sich also bei dem neu ernannten Beamten oder neu engagierten Mitarbeiter eine immense Schuld an, die er nur mit den Schmiergeldern anderer Personen, die bei ihm vorstellig werden, bei seinen Freunden und Familienmitgliedern abbezahlen kann.“⁵⁰

Dieser Zyklus von Interessenpolitik funktioniert in der Kombination mit segmentierten und fragmentierten Stammesstrukturen, die sich sowohl ethnoregional als auch konfessionell zu einem Elitenklientelismus innerhalb eines präsidentiellen Systems verstärkt und vertieft haben.

Die in Kabul interviewten Eliten gaben fast ausnahmslos die Ethnie als einen seit der April-Revolution 1978 bis heute omnipräsenten Konfliktherd innerhalb der afghanischen Gesellschaft an. Nur drei der 36 interviewten Elitenvertreter*innen, welche die Ethnisierung nicht als Problem identifizierten, verfolgen gezielt eine *policy* des modernen Bürgertums für ein afghanisches Nationenverständnis, weshalb sie dieses Problem als vorübergehendes Phänomen in der aktuellen Phase des Staatsbildungsprozesses hin zu einem funktionierenden Nationalstaat bewerteten. Aus diesem Grund marginalisierten sie im Interview die ethnischen Konflikte als Übergangsproblem oder beschrieben sie als von außen hereingetragene Verschwörung gegen die höchsten Regierungsvertreter*innen Afghanistans, um einen Coup gegen eben jene zu initiieren.

6.4 SPRACHE ALS TEIL KULTURELLER UND ETHNISCHER IDENTITÄTEN

Von den Nicht-Emigrierten werden Rückkehrer*innen aus dem Iran durch ihre Kleidung, ihren Dialekt, ihre Lebensweise und besseren Bildungsgrad leicht identifiziert und oftmals diskriminiert.⁵¹ Im Berufsalltag haben sie das Problem, überhaupt kein Paschto sprechen oder gar verstehen zu können. Umgekehrt geht es den Rückkehrer*innen aus Pakistan mit ihrem Verständnis von Farsi ähnlich, so dass die einzige

50 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 190.

51 Wie bereits in Kapitel 5 von Lotfullah beschrieben, handelt es sich bei dieser Generation um die dritte Generation von 1979 bis 2001, die im Exil aufgewachsen ist. Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 29.

gemeinsame Sprache, insbesondere bei der Generation, die in den Kriegsjahren von 1979 bis 2001 Afghanistan verlassen hat, das Englische ist.

Die enge Bindung zwischen Sprache und ethnischer Identität hat sogar schon zu der Überlegung geführt, Englisch als die einzige offizielle Amtssprache in Afghanistan einzuführen.⁵² Befürworter*innen sehen die Situation pragmatisch, denn auf diese Weise würden sich erstens die Diskussionen über die Dominanz einer Sprache über die andere und zweitens auch das Problem der Kommunikation in der Verwaltung auflösen.⁵³ Jedoch gibt es Stimmen, die sich nicht mit den postkolonial geprägten Ländern Indien und Pakistan vergleichen lassen wollen, in denen Englisch *de facto* immer noch die Verwaltungssprache ist und viele englische Wörter in den Alltagsgebrauch der unterschiedlichen Landessprachen und zahlreichen Dialekte⁵⁴ eingeflossen sind. Viele der afghanischen Elitenvertreter*innen und auch aus den Reihen der Bevölkerung lehnen solche Überlegungen vehement ab und berufen sich nicht nur auf ihre lange antikoloniale Tradition, sondern auch auf die reiche literarische Tradition des Landes.

In der indischen Verfassung, die erst im Januar 1950 in Kraft trat, obwohl das Land bereits 1947 seine Unabhängigkeit deklariert hatte, wurde Hindi als erste offizielle und Englisch als die zweite offizielle Sprache in Teil VII, Kapitel I, Artikel 343 festgeschrieben. Die Sprache der Kolonialzeit war ursprünglich nur für einen Zeitraum von 15 Jahren vorgesehen. Von den mehr als 600 gesprochenen Sprachen in Indien wurden weitere 22 anerkannt. Da Hindi lediglich von ca. 40 Prozent der Bevölkerung gesprochen wird, erkennen viele Bewohner*innen Hindi nicht als Nationalsprache an. Von Stuligross und Varshney (2002) gibt es im Zusammenhang mit der ethnischen Diversität und Nationenbildung in Indien einen interessanten Aufsatz, der die Sprachenregelung in den indischen Staaten durch repräsentative staatliche Institutionen als gelungen bewertet (ebd.: 437). Beispielsweise wurden Staaten gegründet, in denen die Bevölkerung kulturelle Gemeinsamkeiten aufweisen und die Sprachpolitik (*linguistic federalism*) hat sich im Vielvölkerstaat Indien als Erfolg für die bürokratischen Abläufe erwiesen (ebd.: 448). Bis heute ist Englisch in einem ethnischen und religiösen Vielvölkerstaat wie Indien sowohl die neutralere Kommunika-

52 Diese Diskussionen laufen zwischen jungen Eliten in ihren politischen Organisationen, die meist im Ausland studiert haben und/oder sich ihre exzellenten Englischkenntnisse in der Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen angeeignet haben. Meist sehen sie aufgrund ihrer Erfahrungen im Arbeitsalltag keine andere Möglichkeit mehr, als eine neue dritte neutrale Sprache vorzuschlagen, um die ethnolinguistischen Animositäten zu vermeiden.

53 Da die Möglichkeiten, einen Master abzuschließen, in Afghanistan weiterhin begrenzt sind, nur Wohlhabende ein Studium z.B. an der *American University of Afghanistan* (AUAF) in Kabul aufnehmen können oder ein Auslandsstipendium durch gute Beziehungen oder gute Noten erhalten, ist es zwar eine dünne Elite, aber meist haben sie einen Masterabschluss auf Englisch absolviert.

54 Haarmann geht von insgesamt 49 Sprachen in Afghanistan aus, die gesprochenen Dialekte werden auf 200 geschätzt (Haarmann 2002: 273f). Schetter schätzt die gesprochenen Sprachen auf mehr als 30, da sich in dem gebirgigen Land Sprache und Dialekte von Tal zu Tal unterscheiden (Schetter 2004: 22).

tionsform, aber auch ein Zeichen für den höheren sozialen Status (Vijayalakshmi/Babu 2014).

In Pakistan ist Urdu die offizielle Sprache, wobei auch in der Verfassung der Islamischen Republik Pakistans aus dem Jahre 1973 Englisch als die offizielle Sprache für eine Übergangsphase von zehn bis 15 Jahren bezeichnet wird. Am 14. Mai 2015 beschloss das Kabinett, die bisher auf Englisch verfassten offiziellen Dokumente, Reden und Regierungsveröffentlichungen nun sukzessive auch in der Landessprache Urdu, so wie es die pakistanische Verfassung unter Artikel 251 vorsieht, zu ergänzen. Der Premierminister Nawaz Sharif hat in einem Dekret an seine Minister*innen und Regierungsangestellte verkündet, nun bei offiziellen Reden Urdu zu sprechen (Ali 2015).

Die Einführung von Englisch als offizielle Sprache wäre in Afghanistan äußerst problematisch und würde die bereits bestehende Entfremdung der Mehrheitsgesellschaft vom ineffizienten Institutionalisierungsprozess weiter vorantreiben. Denn Englisch unterscheidet sich zudem orthographisch vom Alphabet der mehrheitlich gesprochenen Landessprachen und ist lediglich für wohlhabendere Bevölkerungsschichten in privaten und internationalen Schulen auf einem guten Niveau zu erlernen. Bei der arabischen Sprache hingegen, die in den Koranschulen gelehrt und dann weiterführend in dem mittlerweile obligatorischen Religionsmodul an den Universitäten unterrichtet wird, gibt es mit der Orthographie weder für die paschtosprachige noch die farsisprachige Bevölkerung ein Problem. Denn das arabische Alphabet hat nur 28 Buchstaben, wo hingegen das Farsi-Alphabet aus 32 und das Paschto-Alphabet sogar aus 44 Buchstaben besteht. Für viele ist allerdings eine Übersetzung und Interpretation der religiösen Texte nicht möglich, da sich diese semitische Sprache sowohl durch ihre Syntax, Grammatik und das Vokabular von Farsi und Paschto sehr stark unterscheidet und sehr viel komplexer zu erlernen ist.⁵⁵ So behalten oftmals religiöse Gelehrte die Deutungshoheit und können ihre Lehren des Koran und einer islamkonformen Lebensweise an die junge Generation vermitteln.

In der gesprochenen Sprache unterscheiden sich die neokonservativen Eliten von den westlich orientierten Eliten darin, dass sie arabische und religiöse Phrasen verwenden, um ihre Glaubenssätze im alltäglichen Leben in einen religiösen Rahmen zu setzen und durch ihr symbolisches Kapital repräsentieren sie einen religiösen Lebensstil. Befremdlich erscheinen für die aus der westlichen Diaspora zurückgekehrten afghanischen Elitenvertreter*innen sowie die Pre-Kriegsgeneration die religiös konnotierten Sprachformeln, die in bestimmten Lebenssituationen oder während einer Unterhaltung obligatorisch geworden sind und bei einer Nicht-Einhaltung sozial sanktioniert werden. Zu Beginn einer Rede muss jede*r Redner*in zunächst den ersten Vers des Koran „Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes“ (Paret 2007: 13) aufsagen. Auch nach Komplimenten sollte gleich ein gottesfürchtiges „Wie/Was Gott will“ (Arabisch: *maschallah*) ausgerufen werden, so dass die gepriesene Person nicht der Böse Blick trifft. Inflationär wird auch der Gebrauch des arabischen Ausdrucks *inschallah* (So Gott will) in allen Lebenssituation ausgesprochen. Viele af-

55 Eine genauere Analyse der zwei miteinander dominierenden Sprachen aus historischer, linguistischer und auch soziokultureller Perspektive bietet Rzehak in seinem Aufsatz (Rzehak 2012b).

ghanische Elitenvertreter*innen weigern sich, diese Formeln zu verwenden, und sagten mir, dass dies eine neue Mode sei. Andere säkular orientierte Eliten entscheiden sich bewusst gegen diese religiöse Sprachregelung, womit sie sich bei öffentlichen Fernsehauftritten den Zugang zu einer überwiegend islamisch geprägten Gesellschaft erschweren und dann unter den Verdacht geraten, Häresie zu betreiben.

Die westlich orientierten Elitenvertreter*innen hingegen verwenden englische Wörter und betonen ihre kosmopolitische Gewandtheit. Wie auch bei der Kleidung ist der Sprachstil jedoch nicht homogen, denn es gibt auch eine neokonservative Elite, die in westlichen Ländern studiert hat und weiterhin religiös ist und sich beider Sprachen eloquent bedienen kann. Sie schaffen sich ein äußerst weites Machtfeld, in dem sie ihre religiös-traditionelle Klientel adressieren können und zugleich ihr kulturelles, ökonomisches und soziales Kapital durch die Kommunikation mit einflussreichen Intervenierenden in ihre Interessenpolitik einbeziehen können.

In dieser Diskussion sollen nachfolgend die Ansichten eines bereits mehrfach zitierten farsisprachigen Journalisten zur Sprache kommen. Omid ist Chefredakteur einer linksliberalen Tageszeitung und seine Redaktion befindet sich in einem hasarischen Stadtviertel. Beim Eintritt des Bürogebäudes begrüßt einen das Ganzkörperportrait Amanullah Khans fast in Lebensgröße. Das Gebäude stammt aus den 1960ern und der Steinboden (Terrazzoboden) zeigt das damals typische groß-fleckige Design in creme-weiß auf grauschwarzem Hintergrund. Im ersten Stock befinden sich die wenigen Büroräume, in denen unterschiedliche Zeichnungen und Karikaturen in farbenfrohen Rahmen hängen und Themen wie Pressefreiheit, Krieg und Machtpolitik zum Inhalt haben. In Omid's Büro liefen parallel zwei Fernseher, die auf stumm geschaltet waren, er musste wegen eines Anschlags auf dem Laufenden bleiben und den Ton anschalten oder Anrufe annehmen. Am Tag des Interviews, dem 6. April 2013, gab es in Qalat in der Provinz Zabul einen Anschlag der Taliban, der sehr wahrscheinlich gegen den Gouverneur, Ashraf Nasery, gerichtet war. Getroffen wurde jedoch ein Militärkonvoi von US-Diplomat*innen und der Nato gegenüber von einer Schule und einem Krankenhaus. Bei diesem Anschlag kamen insgesamt sechs Personen ums Leben, unter ihnen ein afghanischer Arzt, zwei Zivilisten aus Amerika und drei Nato-Soldaten, mehrere Zivilist*innen wurden verletzt (BBC 2013a).

Omid musste zunächst noch einen Korrespondenten aus der Türkei vor dessen Rückreise in seinem Büro empfangen. Anschließend gingen wir in ein etwas größeres Büro, in dem es ein türkisch-schwarzes längliches Sofa und einen weiteren Einsitzer für Darius gab. Omid kenne ich von mehreren Konferenzen in Deutschland und als Gast im Haus meines Vaters, weshalb es uns leichtfiel, miteinander ein Gespräch zu führen. Als Chefredakteur steht er aufgrund seiner Berichterstattung zu Menschenrechtsverletzungen und korrupten Verflechtungen zwischen Politiker*innen zur Wirtschaft oft unter direkten Morddrohungen, so dass er wie einige andere Elitenvertreter*innen aus der Zivilgesellschaft zumindest seine Familie ins Ausland gebracht hat, aber weiterhin seiner Arbeit als Journalist im Land nachgeht. Er kombiniert eine moderne und traditionelle Lebensweise, die sich darin widerspiegelt, dass seine Familie im Ausland lebt, aber seine Frau aus seiner eigenen Verwandtschaft stammt und sie gemeinsam zwei Kinder haben. Diese Lebensweise erscheint aufgrund der schlechten Sicherheitslage jedenfalls für Afghan*innen mit guten Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft eine Kompromisslösung zu sein und ist in der Praxis oft mit einer weiteren Staatsbürgerschaft neben der afghanischen umsetzbar. Eine weitere

Staatsbürgerschaft aus einem westlichen Staat ermöglicht es vielen afghanischen Eliten ihre Familien in Sicherheit zu bringen und sie selbst können in stabileren Phasen ihrer Arbeit in Afghanistan nachgehen. Viele Journalist*innen haben sich für diese Variante des Familienlebens aufgrund ihrer politischen Verfolgung für diese Trennung entscheiden müssen.

Omid hat neben seiner Berufstätigkeit einen Master-Abschluss im Inland und westlichen Ausland nachgeholt, und zwar wie viele andere Afghan*innen in einem enormen Tempo. Auf die Frage nach der Kooperation der internationalen Gemeinschaft mit der afghanischen Regierung in der bevorstehenden Transformation, warum beispielsweise der seit 2008 geplante Zensus blockiert wird oder nur schleppend vorgeht, sagte Omid: „Wir haben einmal den Paschtunen und den Paschtosprachigen. Wir haben einen Tadschiken und einen Farsisprachigen. Jeder der Paschtune ist, ist aus ethnischer Abstammung Paschtune; aus der Perspektive der Rasse.“⁵⁶

Auf Farsi lässt sich das Wort *nejaad* mit „Rasse“ und das Wort *qaum* mit „Stamm“ in diesem Zusammenhang am besten mit Ethnie übersetzen. Rzehaks Definition des Begriffes bietet vorab eine neutrale Sichtweise des *qaum*-Terminus, der hier zitiert sei:

„The concept of *qaum* is that of a continuum in which social groups, including or excluding other groups, define their position in a certain space and in a certain time. It expresses identity as a rather cumulative or polymorphous feature that can be imagined as a pool of fragmentary characteristics like common decent, language, culture, shared history, customs, way of life, religion, neighborhood, and so on.“ (Rzehak 2012a: 139)

Auf meine Nachfrage hin, erklärte Omid, wie aus der Perspektive einiger Elitenvertreter*innen die Unterschiede zwischen den Ethnien zu verstehen sind. Jedoch sprach er sich nach seiner Kritik dieses rassistischen Menschenverständnisses für einen Vermerk über die ethnische Zugehörigkeit im Personalausweis (Farsi: *tazkira*) vorbereitend für die zum damaligen Zeitpunkt bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aus. Seiner Meinung nach, könnten die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Vergabe von offiziellen Positionen gerechter nach einer Volkszählung organisiert und reformiert werden. Denn die Zahl der unterschiedlichen Ethnien würden dann erst transparent.

Ethnische Zuordnungen unterwerfen Menschen unterschiedlichen biologischen-rassistischen und ethnisch-rassistischen Konstruktionen und einer wissenschaftlich nicht nachweisbaren Differenzkonstruktion (Scherr 2017: 309f). Die Forderung nach der ethnischen Zuordnung ist eine Reaktion auf die Behauptung mancher Afghan*innen, dass die Paschtun*innen die Mehrheit der afghanischen Nation bilden und nach dem Mehrheitsprinzip regieren dürften. Ein Zitat aus einem Aufsatz von Scherr über Roma-Sinti wirft ebenfalls ein kritisches Licht auf diesen Aspekt der ethnischen Zuordnungen:

„Die Differenzkonstruktionen sind performativ und relational. D.h.: sie begründen und legitimieren Macht. Und Herrschaftsverhältnisse (Über-/ Unterordnung; Privilegierung/Benachteiligung).

56 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 108.

ligung; Zugehörigkeit/Ausgrenzungen) zwischen diesen abstrakten Gruppen oder beschreiben diese als anstrebenswert. Zwischen dem jeweiligen ‚Wir‘ und den ‚Anderen‘ wird eine klare Unterscheidbarkeit angenommen, deren Grundlage explizite Eigenschaftszuschreibungen an ‚die Anderen‘ sind; dagegen können die entsprechenden Wir-Konstruktionen implizit bleiben.“ (Ebd.: 310)

Durch die Betonung der ethnolinguistischen Gemeinsamkeiten des jeweiligen „Wir“ und einer gleichzeitigen rassistischen Differenzkonstruktion zum „Anderen“ wird auch im afghanischen Kriegskontext ein zivilbürgerliches Nationenverständnis für eine pazifizierende Gesellschaftsordnung in weite Ferne gerückt. Ähnlich erklären Dunia, die Dokumentarfilmerin, und Yassin, der Schriftsteller, ihre Sicht zu alten und neuen Konflikten, die weiterhin in der afghanischen Gesellschaft auftreten. Dunia: „Sie haben die Macht, die Paschtunen, sie wollen sie behalten, ihre Macht.“⁵⁷ Yassin: „Der ethnische Konflikt ist der Wichtigste. Es gibt kein Gespräch zwischen den Ethnien. Hinzu kommt, dass es noch die Ethnie und die Konfession gibt. Es gibt 1. die farsisprachigen Faschisten, 2. die paschtosprachigen Faschisten und 3. die nationale Einheit.“ Mit dem Wort Faschismus ist hier in diesem Kontext gemeint, dass sich eine jeweilige Ethnie der anderen Ethnie überlegen fühlt und somit einen alleinigen Herrschaftsanspruch erhebt. Die Sprache und die ethnische Abstammung über den Vater ist ein wichtiger Aspekt in einer patriarchalischen Gesellschaftsstruktur. Mit der dritten Gruppe der „nationalen Einheit“ meint Yassin die Bewegung eines modernen Bürgertums. Er führt weiter aus:

„In der Wirtschaft setzten sich die Brüder Karzais und Fahim zusammen und etablieren die *Kabul Bank*. Es wird ein Weg gebraucht, der den Eliten ein Verhandeln mit seinen eigenen Eliten erlaubt. Die Eliten folgen Khalili oder Mullah Omar, es sind auch Verhandlungen mit Mullah Omar erlaubt. (...) Bei den Tadschiken ist es anders, sie kennen alle Ahmad Zia Massud, aber es gibt hunderte tadschikische Schriftsteller und sie haben eine kritische Sichtweise ihm gegenüber. Es haben dennoch alle eine Verantwortung. Es muss eine Führerschaft für eine moderne, demokratische Nation geben, dann wird die Ethnie, Provinz, Herkunft, Religion nicht mehr wichtig sein. Stattdessen werden die Bürgerin und der Bürger wichtig, er/sie wird sein/ihr Recht einklagen.“⁵⁸

Yassins Aussagen können unterschiedlich gedeutet werden, denn die im ersten Teil seiner Aussage geäußerte Kooperation zwischen den Eliten kann als Konsensbereitschaft zweier unterschiedlicher ethnischer Gruppen gewertet werden. Denn der paschtunische Mahmoud Karzai, der Bruder Hamid Karzais, ist ein Geschäftsmann, der gemeinsam mit Haseen Fahim, dem Bruder des zweimal amtierenden ersten Vizepräsidenten mit tadschikischer Ethnie Marshall Mohammad Qasim Fahim (2002-2004; 2009-2014) vom Begründer der *Kabul Bank* horrenden Summen an Krediten

57 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Lebensraum meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 173.

58 Vgl. ebd.: 173.

und Aktienanteile erhalten hat.⁵⁹ Die *Kabul-Bank*-Affäre hat bei der gesamten Bevölkerung Afghanistans unabhängig ihrer ethnischen Herkunft zu Empörung geführt. Jedoch wussten die Elitenvertreter*innen diese für sich und ihr Machtinteresse zu instrumentalisieren.

Die gesamte *Kabul-Bank*-Affäre, die bereits im August 2010 mit Verlusten in Höhe von 900 Millionen US-Dollar begonnen hatte, an dieser Stelle minutiös aufzudecken, würde zu weit führen. Dennoch sei in diesem thematischen Kontext der ethnischen Herkunft und der ethnisch-orientierten Partikularinteressen vermerkt, dass der Mitbegründer der privaten *Kabul Bank* Haseen Fahim einen Kredit von 182 Millionen US-Dollar für drei Aktiengesellschaften und Mahmud Karzai 22 Millionen US-Dollar erhalten haben (Imbert 2011).⁶⁰ Sherkhan Farnud, der die erste Lizenz für eine Privatbank im Jahre 2004 erhielt, band Mahmoud Karzai frühzeitig mit Aktienanteilen in seine Bank ein. Außerdem kauften sie gemeinsam Zementfabriken und ein Tankstellennetz für 21 Millionen US-Dollar. Unter Karzais Regierungszeit wurde eine Verhandlung eingeleitet und die zwei Hauptangeklagten, der Gründer der Bank Sherkhan Farnud und der ehemalige CEO Khalilullah Ferozi wurden zu milden Haftstrafen von zwei Jahren verurteilt, Mahmoud Karzai und Fahim wurden jedoch nicht angeklagt (BBC 2013b). Mit seinem Amtsantritt setzte Präsident Ghani sein Wahlversprechen, gegen Korruption vorzugehen und die *Kabul-Bank*-Affäre aufzudecken, um. Am 11. November 2014 wurde in einem öffentlichen Prozess das Urteil gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Kabul Bank, Sherkhan Farnud, und den ehemaligen Vorsitzenden Khalilullah Ferozi, korrigiert. Beide wurden zu je zehn Jahren Haft verurteilt, die anderen Angeklagten, u.a. Karzai und Fahim, jedoch freigesprochen.

Im Interview deutet Yassin darauf hin, dass bei finanziellen Interessen die Eliten unterschiedlicher Ethnien miteinander kooperieren. Diese reflektierte Selbstkritik traut Yassin eher den tadschikischen Afghan*innen zu, da sie zumindest bereit seien, ihre eigenen Ikonen des *jihads*, wie beispielsweise Ahmad Zia Massoud, den Bruder des am 9. September 2001 durch *al-Qaida* ermordeten Führer der Nord-Allianz, Ah-

59 Fahim's Halbbruder, Abdul Haseen, hat ein wichtiges und florierendes Geschäft aufgebaut, das Bauaufträge von der NATO, der US-Botschaft und Kabuls Flughafen erhält (Chatterjee 2010). Abdul Haseens Unternehmen, benannt nach dem ältesten Sohn „Zahid Walid“ ist an Gas- und Dieselverträgen beteiligt. Neben diesen kleinen Unternehmen, wie der Juwelen-Komplex *Goldpoint* in Kabuls *City Center*, der Gas-Konzern unter Zahid Walids Firmenname importiert weiterhin russisches Gas und hat den 90 Millionen US-Dollar Vertrag für das Diesel-Triebwerk in Kabul gewonnen. Diese Verträge basieren auf legalen Verträgen, aber die meisten dieser Verträge, die beispielsweise mit dem Bau- oder Mineraldolchktor verbunden sind, werden aufgrund politischer Verbindungen und patrimonialer Netzwerke zugesprochen. Diese *policy* wird auch durch die internationale Gemeinschaft angetrieben und führt zu Misstrauen über die politischen Ziele dieser hoch profitablen Verträge.

60 Im Artikel der *Le Monde Diplomatique* wird Qasim Fahim als der Bruder des ersten Vizepräsidenten bezeichnet. Ich gehe davon aus, dass es sich hier um einen Fehler handelt, da der erste Vizepräsident selbst Marshall Muhammad Qasim Fahim heißt und sein Bruder Haseen Fahim. Im Artikel müsste es korrekter Weise „Haseen Fahim“ heißen.

mad Schah Massoud, zu kritisieren.⁶¹ Einerseits kann diese Sichtweise von der Überzeugung herrühren, als Tadschike ein kritisches Bewusstsein zu haben, das den anderen Volksgruppen nicht zuteil wäre. Andererseits kann es jedoch aus der Überzeugung entspringen, dass paschtunische Eliten ihren Stammesvorstellungen verhaftet bleiben und nicht Teil des Prozesses zur Schaffung eines modernen Bürgertums werden. Dies ging aus dem Interview nicht klar hervor. Beide spekulative Deutungen würden dennoch darauf hinweisen, dass er als journalistischer Elitenvertreter eine fragwürdige Auffassung von der Idee einer Bürgergesellschaft vertritt und artikuliert.

Ein Großteil der höchsten Schlüsselministerien wurden während der Interimszeit von Präsident Karzai (2001-2004) und den beiden nachfolgenden Amtsperioden (2004-2009 und 2009-2014) von paschtunischen Politikern bekleidet (Waldman 2014). Es gab jedoch auch eine mächtige tadschikische Troika mit Yunus Qanuni als Innenminister (2001-2002) und dann als Bildungsminister (2002-2004), Marshall Mohammad Qasim Fahim als Verteidigungsminister (2001-2004) und Abdullah Abdullah als Außenminister (2001-2006), auf die ich weiter unten eingehen werde. Im zweiten Kabinett bekleideten drei weitere Tadschiken folgende Ämter: Rangin Daddar Spanta das Amt des Außenministers (2006-2010) und des Nationalen Sicherheitsberaters (2010-2014), Zarar Ahmad Osmani das Amt des Außenministers (2013-2015) und Bismillah Khan Mohammadi war Innenminister (2010-2012) und dann Verteidigungsminister (2012-2015).

Zu dieser Thematik hat auch Jeylaan, ein weiterer interviewter Elitenvertreter und ehemaliger hoher Regierungsangestellter des Sicherheitsapparates, eine offensive Meinung. Seine zwei Privathäuser befinden sich in einer Straße, die von beiden Seiten mit Wachposten und Schranken gesichert sind. Seine Anhängerschaft von mindestens 20 Männern bewachte die Straße, alle – bis auf ein paar wenige in Anzügen – trugen grüne Camouflage-Kleidung und waren mit großen Gewehren sowie kleineren Pistolen bewaffnet. Viele trugen die typische *pakol*-Mütze und ein kariertes Halstuch, beide sind durch den charismatischen Führer des Löwen des *Panjschir*-Tals zu wichtigen Symbolen der Nord-Allianz geworden. In einem Artikel auf der Website des AAN geht Foschini dem Ursprung dieser Wollmütze (Paschto: *pakol*) nach, er findet bereits auf hellenistischen Münzen und Fresken der Makedonier im 4. Jahrhundert vor Christus ähnliche Kopfbedeckungen. Die *pakol* wurde von vielen unterschiedlichen Volksgruppen Afghanistans bereits vor dem Krieg getragen. Auch heute noch tragen viele Afghanen diese Mütze, ohne dass sie unbedingt Sympathisanten der Nord-Allianz sein müssen (Foschini 2014). Die Anhänger und Kämpfer der Nord-Allianz bevorzugten meist Camouflage-Anzüge oder militärische Westen und kombinieren diese mit einem schwarz-weiß karierten Tuch, das dem palästinensischen Tuch (Arabisch: *kufiya*) sehr ähnelt. Dieses Tuch ist ein modisches Accessoire für die farsisprachigen jungen männlichen Bewohner der urbanen Zentren geworden. Diese Vorstellung des „Panjschiris“ ist je nach Erfahrung und ethnischer Zugehörigkeit positiv oder negativ konnotiert. Das stolze Selbstverständnis der Panjschiris geht auf mindestens drei miteinander korrelierende Variablen zurück: Die Kämpfe gegen die Rote Armee, die Verteidigung ihrer Gebirgsregion und den Norden Afghanistans

61 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Lebensraum meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 173.

während der Taliban-Herrschaft, und die international anerkannte Präsidentschaft Rabbanis von 1992 bis 2001 (Rashid 2010c; Roy 1990c: 196-206).

Jeylaan empfing mich in seinem neuen separaten Gästehaus. Ein enges Treppenhaus führte in ein großes Wohnzimmer für bis zu 50 Gäste. Es war das erste Haus, das ich betrat, das tatsächlich der importierten pakistanischen Architektur entsprach (*Narcotecture-Neubauten*).⁶² Es war von außen sehr farbenfroh und mit spiegelnden Gläsern versehen, um den privaten Bereich vor fremden Blicken zu schützen und auch zum Teil die Wärme im Sommer abzuhalten. Jedoch sind die Winter in Afghanistan mit bis zu minus 30 Grad nicht mit denen in Islamabad oder Karachi vergleichbar.⁶³ In diesem riesigen Empfangsaal setzten wir uns am obersten Ende des länglichen Zimmers auf die braunen Ledersessel vor den Fenstern, die mit pastellgelb schimmernden Vorhängen zugezogen waren. Hinter ihm stand eine etwa 1,50 Meter hohe afghanische Flagge in einem Flaggenständer und zur ethnopolitischen Orientierung hing am Ende rechts neben dem Eingang des Saales ein großes Portrait Ahmad Schah Massouds. Darius saß wieder abseits auf einem der länglichen Sofas und verfolgte das Interview. Der tadschikische Führer einer neuen Bewegung, Jeylaan, antwortete in einem emotionalen Ausbruch auf meine Frage nach einer Ethnisierung des Konfliktes:

62 Rutting bezeichnet diese Häuser in seinem Weblog als *Narcotecture-Neubauten*. Es ist eine Anspielung auf die Bereicherung bestimmter Menschen über Waffen-, Drogen- und Menschenhandel und sicherlich auch über die unterschiedlichen Verträge zwischen den Entscheidungsträger*innen in der Regierung, die mit internationalen Regierungsgeldern für ihre Loyalität in regelmäßigen Abständen bezahlt werden. Der SIGAR hat in einem Brief an den damals amtierenden amerikanischen Verteidigungsminister Ashton B. Carter zusammengefasst, dass die *Defense Department's Task Force for Business and Stability Operations* (TFBSO) 20 Prozent des geplanten Budgets für Investitionen in die Mineral-, Öl- und Gasindustrie in die Mietzahlungen mit Serviceleistungen in private Villen in der Höhe von 150 Millionen US-Dollar investiert hat (SIGAR 2015).

63 Eine genauere Beschreibung dieser pakistanischen Architektur findet sich im Artikel der Architektin Feenstra. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass es im Jahre 2010 in Wazir-Akbar-Khan 138 dieser kleinen Mini-Paläste gegeben hat (Feenstra 2010). Es dürften sowohl in Wazir-Akbar-Khan und Schirpur auf dem brachliegenden Nachkriegsland seit 2010 noch mehr geworden sein. Meist belaufen sich die Kosten auf 400.000 US-Dollar für ein Haus, sind nach oben hin preislich und auch architektonisch offen. Regularien, die die Bauhöhe dieser Häuser kontrolliert, können durch Zahlungen an Schmiergeldern bei der ersten Instanz im Ministerium für Stadtplanung und dann beim Senat von Kabul umgangen werden. Angesichts der enormen Nachfrage durch die internationalen NGOs und anderer Organisationen haben sich viele afghanische Hausbesitzer*innen für die Vermietung der energetisch schlecht gebauten Häuser entschieden. Feenstra schreibt auch, dass es in den Anfangsjahren nach dem Fall der Taliban schwierig war, die Mietsteuer der Vermieter*innen über ein marodes Finanzministerium einzufordern. Auf diese Weise konnten sich für die Vermieter*innen die jährlichen Einnahmen durch Vermietungen an internationale Organisationen, Botschaftsangehörige und auch private Vermietungen an afghanische Familien nach eigenen Recherchen auf bis zu 200.000 US-Dollar belaufen.

„You are right, you are absolutely right that the issue of language, the issue of ethnicity, the issue of access to justice, political party decisions those are legitimate issues. We do not fly away. I will count to you, Finance, Foreign Affairs, Defence, Interior, Intelligence, Justice, Attorney General, Governors, President, what is left for others?“⁶⁴

Im April 2013 war die Mehrheit der insgesamt 26 Ministerien von paschtunischen Ministern bekleidet. Die von Jeylaan aufgeführten Ministerien zählen in jedem Staat zu den Schlüsselministerien; lediglich das Verteidigungsministerium wurde von einem ehemaligen Vertrauten Ahmad Schah Massouds und Mohammad Fahims, nämlich von Bismillah Khan Mohammadi vom 15. September 2012 bis 24. Mai 2015 bekleidet. In Afghanistan werden Jeylaans Ansicht nach Stellen für Beamt*innen und die dringend notwendigen Entwicklungshilfegelder, Projekte und *policies* nach ethnischer Zugehörigkeit vergeben, und nicht nach Qualifizierung oder nach Bedürftigkeit. So fragte er rhetorisch:

„Now, I am not denying that we are exploiting the language differences, the ethnic-, no we are boldly saying if you don't fix these problems. Fixing the problem doesn't mean you bring Amrullah Saleh and Abdullah in the government. No, fixing the problem means a) management of expectation, management of the perception. What the people expect the government to do. (...) The entire province of Ghor with its 1.5 Million population has not received 30 Million Dollars development budget in the last ten years. (...) Barakzais in Helmand with 60,000 people in one year have received a 120 Million Dollars development fund. We should keep quiet?“⁶⁵

Die Barakzais sind, wie die Karzais, Popalzais und wichtige Sub-Zweige der Durraani-Paschtun*innen und somit miteinander verwandt. Aus diesem Grund hebt Jeylaan als wichtiger Vertreter der Tadschik*innen hervor, dass sie lediglich aufgrund ihrer Ethnie die Entwicklungshilfegelder erhalten haben. Dieses Beispiel zeigt zum einen, dass die Karte der Ethnie für die eigenen Machtansprüche instrumentalisiert wird. Neben diesen Gründen gibt es durchaus auch noch andere Erklärungen dafür, dass diese horrenden Summen diesen Ethnien zugutekamen. In Helmand gab es eine hohe Präsenz britischer ISAF-Soldaten, der Süden ist im Vergleich zum Norden landwirtschaftlich unerschlossen und trotz des fruchtbaren Bodens eine entwicklungsbedürftige Region, mit einer hohen Frequenz von terroristischen Attentaten. Während in Ghor, der Provinz im zentralen Westen des Landes, nur ein Wiederaufbauteam aus Lettland mit sehr beschränkten Mitteln stationiert war (Corum 2013: 19). Dennoch ist beispielsweise die Vernachlässigung dieser nördlichen Regionen, wie Jeylaan richtig beschreibt, nicht zu rechtfertigen, denn diese sehr trockene und hochgelegene Region hätte beispielsweise auch viel mehr entwicklungspolitische und sicherheitspolitische Unterstützung benötigt.

Am 8. April 2013 durfte ich eine Parlamentarierin, die ursprünglich aus einer nördlichen Provinz stammt, kurz im afghanischen Parlamentsgebäude interviewen. Sie hat einen tadschikischen Hintergrund und wie viele afghanische Frauen, die politisch aktiv sind, redet sie sehr schnell, pointiert und laut. Einleitend zum nächsten zi-

64 Vgl. Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul: 89.

65 Vgl. ebd.: 89.

tierten Interviewabschnitt hat sie zusammenfassend betont, dass es unterschiedliche Meinungen zur eigentlichen Staatsform, den Friedensprozess und der liberalen Wirtschaftsform zwischen den Eliten gibt. Dann kam sie zum Thema des ethnischen Konfliktes und sie gab zu bedenken:

„Mit Ausnahme dieser paar wichtigen Themen, glaube ich ist das prominenteste das ethnische Thema, in manchen Beziehungen das religiöse Thema, und eher im persönlichen Bereich ist der Einfluss ausschlaggebend. Im Parlament habe ich es erfahren, dass, wenn ein Minister zur Vertrauensfrage ins Parlament kommt, auch wenn der Minister schwach ist, weil er meiner Ethnie angehört oder ihrer, oder eines anderen Abgeordneten muss er unterstützt werden. Und Meinungsunterschiede gibt es meistens zum ethnischen Thema, mit wenigen allgemeinen Ausnahmen, die ich ihnen in Erinnerung gerufen habe, es sind mehr religiöse und mehr dörfliche usw. Es sind manchmal Themen, die auf die Ebene der Dörfer zurückgehen.“⁶⁶

Aus ihrer Aussage geht sehr ehrlich hervor, dass die Parlamentarier*innen nach der ethnischen Orientierung und nicht nach politischer Überzeugung abstimmen. Die Konfliktodynamiken sind bereits soweit fortgeschritten, dass unklar geworden ist, ob der ethnische Konflikt die Ursache oder das Symptom ist. Der ethnische Konflikt wird im Alltag eher als manifestierte Ursache des Konfliktes behandelt. Weiter beschreibt sie jedoch auch, dass Afghanistan, einem Land der doppelten Größe Deutschlands, mit dem Problem unterschiedlicher Entwicklungsstufen und Sozialstrukturen in den jeweiligen Regionen konfrontiert ist:

„Ich habe es eben gesagt, dass ein dezentrales System besser wäre, in dem ein Premierminister mehr Macht hat, innenpolitische Macht z.B. in sozialen Fragen, in der Verwaltung der Budgets, im Bauen von Krankenhäusern und Straßen usw., die zum sozialen Leben der Menschen Afghanistans gehören. Der Präsident kann mehr Macht in der Diplomatie und wichtige Kompetenzen in der Außenpolitik haben. Afghanistan ist ein Land, dessen soziale Strukturen sehr komplex und verstrickt sind. Wenn Sie beispielsweise von Kandahar nach Herat gehen, dann sehen sie einen totalen Unterschied. Aber wenn Sie beispielsweise von Kandahar nach Badachshan gehen, dann gibt es vielleicht noch mehr Unterschiede. Wenn wir von Bamiyan nach Kabul gehen, dann gibt es mehr Unterschiede. Nun müssen alle diese ethnischen Probleme mitberücksichtigt werden.“⁶⁷

Die innenpolitischen Ressentiments zeigen sich oft entlang der Nord-Süd-Achse. Tadschikische und usbekische Kriegsherren und politische Eliten fühlen sich von der Zentralregierung in Kabul dominiert, weil diese Landverträge, Gouverneurs-, Polizei-, Generals- und Bürgermeisterposten an Paschtunen aus der Zentralregierung vergibt. Zwei Interviewpartner haben darauf hingewiesen, dass um die 40 Familien in einem weitverzweigten politisch-wirtschaftlichen Patronage-Klientel-Netzwerk nach ethnokonfessionellen und linguistischen Fragmentierungen agieren. Im Detail kann ich in diesem Rahmen der Arbeit nicht auf diese Familiennetze eingehen, aber

66 Vgl. Interview Nr. 11, mit Aziza in einem Saal des Parlamentsgebäudes am 8. April 2013 in Kabul: 143.

67 Vgl. ebd.: 147.

sie weisen enge Verknüpfungen zur politischen Elite und der Wirtschaft auf. Im folgenden Abschnitt wird dies an einigen Beispielen veranschaulicht.

Tamanaa, die als ehemalige Ministerin der Übergangsregierung bis 2003 und Menschenrechtlerin an den Debatten über einen Verfassungsentwurf für die *Constitutional Loya Jirga* (CLJ) teilgenommen hat, äußerte sich im Interview im April 2013 verärgert darüber, dass das ursprüngliche persische Wort für Universität *daneschgah* durch *pohantoon* auf Paschto ersetzt worden sei. Es handelt sich nicht um eine Umbenennung, sondern um das Verbot des persischen Wortes *daneschgah* (Farsi Umschrift: *dānešgāh*) und dieses Verbot wurde unter Bezugnahme auf die neue afghanische Verfassung legitimiert. In der Verfassung in Kapitel 6, Artikel 16 gibt es einen Paragraphen im Zusammenhang mit den Landessprachen, der folgendes konstatiert: „Die bisher gebräuchlichen wissenschaftlichen, nationalen und administrativen Fachausdrücke werden beibehalten“ (Verfassung Afghanistans 2004: 6). Nach dieser Auffassung ist der Begriff *pohantoon* für Universität ein nationaler Fachausdruck und es ist nicht erlaubt, ihn zu ändern bzw. durch das persische Wort zu ersetzen; auch nicht in farsisprachigen Gebieten. Die wortwörtliche Übersetzung des Wortes *daneschgah* lautet „Ort des Wissens“. Aufgrund dieser Bedeutung, argumentierten die farsisprachigen Befürworter*innen, dass der Name *daneschgah*, die wissenschaftliche Bezeichnung für die Universität bietet und auch die kulturelle Pluralität des Landes reflektiere.

Die Skeptiker, die *pohantoon* bevorzugten, argumentierten bei der bereits sieben Jahre überfälligen Verabschiedung des *Higher Education Laws*, dass *daneschgah* dem iranischen Farsi entlehnt sei, auf dem Emblem der Universität Kabul seit jeher *pohantoon* geschrieben sei und es darüber hinaus verfassungsrechtlich verboten sei, die Institution umzubenennen. Aber in Wahrheit liefen die Debatten entlang der ethnischen Zugehörigkeiten und waren emotional so geladen, dass die für den 3. Juli 2013 geplante Verabschiedung des aus neun Kapiteln und insgesamt 80 Artikeln bestehenden Bildungsgesetzes wegen handgreiflicher Tumulte im Parlament wieder vertagt werden musste (Zaheer 2013; Sediqi 2013).

Der Ökonom und Universitätsprofessor Jahaangir, den ich im Wohnzimmer meines Vaters interviewen durfte, kam als ehemaliger Genosse meines Vaters gern zum Interview und durch die ideologische Nähe entstand ein ausführliches Interview. Er trug einen grauen *pērāhan wa tunbān* und den traditionellen blau-grün gestreiften Kaftan (Farsi Umschrift: *čāpān*) um seine Schultern. Als Dozent an der Universität Kabul ist er nah an den Studierenden dran und führt regelmäßig Debatten mit ihnen. Er fasste die aktuelle Kontroverse zum Begriff der Universität und zu der Idee des Säkularismus polemisch zusammen:

„Es gibt eine ideologische Lesart des Säkularismus. Die Gesellschaft sieht die Religion als eine Beziehung für den Menschen. Man kann die Universität nicht mehr, wie in Farsi üblich *daneshgah*⁶⁸ nennen, sondern eher *da'ishgah*⁶⁹. Etwa 90 Prozent der Studierenden sind sehr stark

68 Das persische Wort *daneschgah* bedeutet wortwörtlich übersetzt „Ort des Wissens“.

69 *Dā'īs* steht für den Islamischen Staat (IS), der sich in Teilen des Iraks und in Syrien etabliert hat. Die ausgeschriebene Version steht für: *D-daula al-islāmiyya fī l-'Irāq wa-š-šām*.

islamistisch orientiert und sie betrachten die Religion mit der Regierung fest verbunden. Aber eine religiöse Lesart kann zivile Rechte des Bürgers nicht umsetzen. Die Erfahrung des Säkularismus muss es erst noch in Afghanistan geben.⁷⁰

Weiter beschreibt er als ein Mitglied der Deutungselite für die afghanische Gesellschaft den Hauptkonflikt so:

„Der Konflikt zwischen der Tradition und der Moderne ist einer der wichtigsten und größten Konflikte. Es gibt einen Knoten zwischen der Tradition und der Moderne. Innerhalb des Staates, der Gesellschaft, des Zentrums und der Dörfer zieht sich dieser Widerspruch. Es gab immer wieder einen Rückschritt nach einem kleinen Fortschritt. Durch diesen Konflikt wurde das Land immer wieder zurückgeworfen.“⁷¹

Dieses Beispiel zur Kontroverse um die Bezeichnung von Universitäten zeigt, wie sehr die Eliten um eine kulturelle und zugleich politische Deutungshoheit kämpfen. Einfache Termini des Alltags werden politisiert und erschweren die Kommunikation, da sie einen ethnischen Disput zur Folge haben könnten, die die jeweilige Realität des Anderen begrifflich angreifbar macht. Theoretisch erklärt Giddens dieses konfliktreiche Phänomen und seine Konsequenzen im Zusammenhang von Handeln und Macht:

„The reflexive elaboration of frames of meaning is characteristically imbalanced in relation to the possession of power, whether this be a result of the superior linguistic or dialectical skills of one person in conversation with another; the possession of relevant types of ‚technical knowledge‘; the mobilization of authority or ‚force‘, etc. ‚What passes for social reality‘ stands in immediate relation to the distribution of power – not only on the most mundane levels of everyday interaction, but also on the level of global cultures and ideologies, whose influence indeed may be felt in every corner of everyday social life itself.“ (Giddens 1993/1977: 120, Herv. i. O.)

Symbolische Diskussionen über Termini des Alltags, die Flagge und die Sprache der Nationalhymne werden so zu umkämpften Zonen der Handlungsoptionen und Machtverhältnisse, weil sie die Realität formen und mitbestimmen. Diese Macht-sphären der Sprache formen somit die soziale Realität und die Kultur, des allgemeinen Umgangs im Alltag, Aufstiegschancen etc. werden zu wichtigen Indizien für marginalisierte afghanische Minderheiten. Giddens Strukturbegriff deutet auf die Dualität der Struktur und kann somit als ein dynamischer Prozess der Strukturierung analysiert werden. Alle Handlungen (im Originaltext: *interactions*) beinhalten drei Elemente: Intendierte Kommunikation, die Handlung von Macht sowie moralische Beziehungen (ebd.: 127). Der Politikwissenschaftler und Soziologe Lamla hat treffend formuliert:

70 Vgl. Interview Nr. 17, mit Jahaangir im Lebensraum meines Vaters am 6. November 2014 in Kabul: 196f.

71 Vgl. ebd.: 194f.

„In diesem Sinne bezeichnet der Strukturbegriff eine **Dualität**. Da sie außerhalb der Anwendungsmomente und Gedächtnisspuren keine wirkliche, praxisrelevante Existenz haben, müssen Strukturen von den Handlungssubjekten in der Kontinuität ihres Alltags immer wieder hervorgebracht und aktiv erneuert werden. Da es aber kein Handeln ohne Struktur geben kann, reproduziert (bzw. transformiert) jede soziale Aktivität zugleich Momente der institutionellen Ordnung der Gesellschaft.“ (Lamla 2003: 55, Herv. i. O.)

Die beschriebene Dualität zwischen Handeln, Macht und Ordnung erhält im afghanischen Kriegskontext eine existenzielle Bedeutung. Insbesondere die Eliten sind sich darüber im Klaren, wie entscheidend die jeweiligen Termini des Alltags und die Sprache als Kommunikation über Macht, Handlungsoptionen und Deutungshoheiten entscheiden können.

Neben anderen Themen waren die sprachlichen Dispute bei der Verabschiedung der afghanischen Verfassung durch die CLJ vom 13. Dezember 2003 bis zum 4. Dezember 2004 ein großer Konfliktpunkt. Tagelang wurde über die Sprache der Nationalhymne diskutiert und erst nach langen Diskussionen der Konsens gefunden, die Nationalhymne auf Paschto zu singen und die einzelnen Völker als Teil der afghanischen Nation aufzuzählen. Dennoch geht die Kontroverse um die Sprache der Nationalhymne bis heute weiter und beeinflusst die Frage nach der Legitimität der Verfassung Afghanistans. Gegner dieser Nationalhymne, die lediglich in einer Landessprache des Landes gesungen wird, werfen der damaligen Regierung vor, den Beschluss der Verfassungsversammlung gefälscht zu haben.

In der vom Bürgerkrieg geprägten Amtszeit unter dem tadschikischem Präsidenten Burhanuddin Rabbani (1992-1996/2001⁷²) hatte das Land eine Nationalhymne, die auf Farsi verfasst war. Ein weiterer politischer Kompromiss war es, dass die nicht-tadschikischen *mujaheddin*-Vertreter*innen die Worte *allahu akbar* (Gott ist groß) aus Rabbanis Hymne beibehielten. Diese religiöse Exklamation als Teil der Nationalhymne sollte sicherstellen, dass der Krieg gegen die UdSSR im ethnopolitischen Narrativ als gewonnener heiliger Krieg gegen die Rote Armee aufrechterhalten und nicht durch säkulare Symbole und gleichzeitig die *mujaheddin* entmythologisiert wird. Die sprachlichen, kulturellen, religiösen und konfessionellen Sphären sind wegen der ethnisierten politischen Diskurse verhärtet.

Im nachfolgenden Abschnitt *Historisch-paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse* werden die ethnisch motivierten Herrschaftsansprüche der vermutlich größten Ethnie im historischen und politischen Kontext dargelegt. Ein Exkurs zur anthropologischen Definition wird auch im vorliegenden Kontext eine Hilfestellung in einem multiethnischen Land mit seinen Vermischungen und unterschiedlichen Funktionen von ethnischer, regionaler und konfessioneller Zugehörigkeit sein. Nach Barth hat eine ethnische Gruppe vier folgende Charakteristika:

- „1. Is largely biologically self-perpetuating
2. shares fundamental cultural values, realized in overt unity in cultural forms

72 Rabbani war zwar nur bis 1996 Präsident des Landes, blieb aber bis 2001 das international anerkannte Staatsoberhaupt, obwohl faktisch die Taliban den größten Teil des Landes kontrollierten.

3. makes up a field of communication and interaction
4. has a membership which identifies itself, and is identified by others, as constituting a category distinguishable from other categories of the same order.“ (Barth 1969: 10)

Hier kann die ursprünglich anthropologische Definition mit den kriegsgebeutelten Stammesstrukturen, den gegründeten *tanzims* und den neuen Kooptationsstrategien oder auch Enkapsulationsstrategien des 21. Jahrhunderts in Afghanistan diskutiert werden. Folgende Anerkennung von Barths Definition durch Barfield kann den politischen und soziokulturellen Komplexitäten Afghanistans zum Teil gerecht werden: „But perhaps Barth’s greatest insight was to realize that ethnic definitions were of necessity reciprocal: groups or individuals could declare an identity, but it was not socially real unless other (outside the group) gave it validity by recognizing this.“ (Barfield 2011: 97) Dieser *dualen Komplexität* wird Barth in seiner Einleitung mit seinen Beobachtungen unterschiedlicher ethnischer Gruppen im Sudan, bei den Baluch*innen und den Pathan*innen (Paschtun*innen) gerecht:

„Ecologic feasibility, and fitness in relation to the natural environment, matter only in so far as they set a limit in terms of sheer physical survival, which is very rarely approached by ethnic groups. What matters is how well the others, with whom one interacts and to whom one is compared, manage to perform, and what alternative identities and sets of standards are available to the individual.“ (Barth 1969: 25)

Um dieser anthropologischen Theorie im afghanischen Kontext nachzugehen, wird im nachfolgenden diese duale Komplexität (Gruppenidentität und der Blick von außen auf die Gruppe), den die afghanischen Elitenvertreter*innen zueinander haben, analysiert.

6.4.1 Historisch paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse

Einige nationalistische Eliten, die einen paschtunischen Hintergrund haben, referieren auf die paschtunischen Könige und Präsidenten, die überwiegend entweder vom Popalzai- oder Barakzai-Zweig abstammen (Barfield 2010: 92-109). Innerhalb der politischen Elite wird in offenen Diskussionen die neunmonatige und als chaotisch überlieferte Regierungszeit Habibullah Kalakanis im Jahre 1929 – von seinen Gegnern despektierlich auch „Sohn des Wasserträgers“⁷³ genannt – als Beispiel für eine gescheiterte Regierungszeit eines Tadschiken bezeichnet (Barfield 2010: 192). Dieses Narrativ referiert auf den Gründervater Ahmad Khan (1747), dem heute noch als Ahmad Shah Baba⁷⁴ gedacht wird. Er wurde von der *loya jirga* (Versammlung der Stammesältesten) und dem geistlichen Führer Pir Sabir Shah als der Nachfolger Nadir Shahs ernannt. Er war ein Abkömmling des Abdali-Zweiges, eines Nebenstammes der Popalzai. Der Überlieferung nach hat sich Ahmad Shah wegen eines Traums für den Titel *durr-e durrānī* (Perle der Perlen) entschieden. Seitdem nennen

73 Auf Farsi heißt der Sohn des Wasserträgers: *Batscha Saqau*.

74 Übersetzt bedeutet der Name: Vater der Nation.

sich die nachfolgenden Herrscher der Abdalis *durrānī*. Zwischen den Durrani und den zuvor herrschenden Hotakis (1709-1738), einem Nebenzweig von Ghilzai Paschtun*innen – dem beispielsweise auch Ashraf Ghani angehört –, bestehen bis heute Animositäten. Beispielsweise gehören viele Führer der Taliban dem Stamm der *Hotakis* an und somit war die Machtergreifung der Taliban im Jahre 1996 ein Zeichen für die wieder errungene Führungsposition⁷⁵. Dann gibt es noch den Zweig der Barakzais, von denen die Mohammadzais (1826-1978) abstammen, während ihrer Herrschaftszeit war trotz der paschtunischstämmigen Dynastie Farsi die offizielle Verwaltungssprache. Hamid Karzai ist nach den Kriegswirren und dem Ende der Taliban-Herrschaft im November 2001 als Stammesmitglied der Popalzai, ein Nebenzweig der Durrani, zum Interims-Präsidenten durch die anwesenden Vertreter*innen der Bonner Afghanistan-Konferenz ernannt worden. Wie Barfield beschreibt, zeigt sich bis heute die bestehende Rivalität zwischen den Popalzai-Durrani und den Ghilzai-Hotakis: „The Durrani did, however, face competition from other equally well-established clans. The most famous of these long-running Durrani rivalries was between the Popalzais (Karzai’s clan) and the Barakzais (Zahir Shah’s clan) over which would control the Afghan state.“ (Ebd.: 287)

Jedoch bewerten andere Forscher*innen diese Rivalität als westliche und vereinfachende Analyse der bereits fragmentierten Stammesverhältnisse, die von Rubin (2002) als Folge der Bürgerkriegsjahre zwischen den unterschiedlichen *tanzims* untersucht worden sind. Mehrere Afghanistan-Forscher*innen weisen darauf hin, dass gerade die stabilisierenden Stammesstrukturen und auch die der sogenannten Neo-Taliban über den Jahrzehnte andauernden Krieg zerstört worden sind und unterschiedliche Stammesmitglieder unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit miteinander kooperieren und nur noch lose Verbände nach Machtinteressen darstellen (Foust 2008; Dorronsoro 2005; Roy 1990).

Diese mehr als 250-jährige Geschichte der paschtunischen Herrscherdynastien,⁷⁶ sowie der nachfolgenden paschtunischen Premierminister und Präsidenten legitimiert für panpaschtunische Nationalist*innen den offenen oder latenten Anspruch auf Regierungspositionen und Ministerposten. Daraus resultiert, dass ihnen der Zugang zu Ressourcen und den dazugehörigen Minenverträgen für die vorhandenen Naturres-

75 Die Herrschaft Mirwais Hotaki, der den Stamm der Hotakis einer Abzweigung der Ghilzais anführte, hat gegen die safawidische Herrschaft (1507-1722) rebelliert und in Kandahar das unabhängige afghanische Königreich der Hotakis im Jahre 1709 ausgerufen und bis 1738 halten können (Abbas 2014: 23).

76 Neben dem sogenannten Sohn des Wasserträgers gab es noch einen zweiten tadschikischen Präsidenten, nämlich Burhanuddin Rabbani (1992-1996/2001). Während der Bürgerkriegswirren wurde er am 30. Dezember 1992 für zwei Jahre zum Präsidenten als Nachfolger Sibghatullah Mujaddidis, dem Sprecher der *Afghanistan International Liberation Front* ernannt. Nach dieser Interimsperiode verblieb Rabbani im Amt und die Kämpfe im gesamten Land und insbesondere um Kabul spitzten sich zu. Gulbuddin Hekmatyar, dem Führer der *Hezb-e Islami*, wurde als Kompromisslösung die Position eines Premierministers eingeräumt, die jedoch nicht seinen Vorstellungen entsprach. Denn der paschtunische Hekmatyar hätte gemeinsam mit einem tadschikischen Präsidenten aus Badachschan, nämlich Rabbani, regieren müssen (Barfield 2010: 249-254; Jones 2009: 44-46).

sources und lukrativen Verträgen aus dem Wiederaufbaubereich und zu generell sozial höher angesiedelten Jobs im Militär, zu Universitätsplätzen und Stipendien erleichtert wird.

Auch das junge Kabinett Ghanis mit 28 Minister*innen ist wie folgt zusammengesetzt: Zwölf Paschtunen, acht Tadschiken, fünf Hasara, drei Usbeken und ein Turkmene; vier Ministerien werden von Frauen geleitet (Ministerium für Höhere Bildung, Frauenministerium, Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten, Märtyrer und Behinderte und Ministerium gegen Betäubungsmittel). Die Schlüsselministerien, das Verteidigungs-, Innen- und Finanzministerium sowie der Posten des Nationalen Sicherheitsberaters und des Chefs des Nationalen Sicherheitsdirektors gingen an Paschtunen. Das Außen-, Justiz-, Wirtschaftsministerium bekleiden designierte Minister tadschikischer Abstammung (Ruttig 2016; Clark 2015).⁷⁷

Zunächst lässt sich die Tatsache nicht von der Hand weisen, dass die Monarchen, Präsidenten und Premierminister bis auf zwei Ausnahmen – Kalakani (1929) und Rabbani (1992-1996/2001) – paschtunischer Abstammung waren. Jedoch gab es zwei paradigmatische Entwicklungen: Einerseits wurde das tribal-strukturierte Regierungsmodell seit dem Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Emir Abdur Rahman Khan (1880-1901) graduell durch moderne Regierungsansätze verändert. Andererseits gab es durch diese Modernisierung auch unterschiedliche Forderungen einer Regierungsteilhabe durch alle Afghan*innen unterschiedlicher ethnischer Abstammung. Historische Studien belegen, dass in Afghanistan seit 1747 und auch lange vor der Gründung dieses Reiches die Verwaltung und das Schrifttum in den Händen der farsisprechenden Bevölkerung lag. Auch wenn die Herrscher dieser Region überwiegend Türken und später Paschtunen waren, war die Amtssprache und interethnische Sprache Farsi. Dieser Sachverhalt hat sich, neben den landesüblich gesprochenen Sprachen und trotz der oben beschriebenen Reaktionen und nach getroffenen Gegenmaßnahmen bis heute nicht gravierend verändert.

Auch Dupree schrieb bereits in einem Aufsatz von 1978, nachdem die Verfassung von 1964 neben Farsi auch Paschto als die zweite offizielle Amtssprache einführte: „In general, however, Dari, still the major administrative language in Afghanistan as it was in Mughal India and pre-Soviet Central Asia, serves as the *lingua franca*, although the Constitution designates Pashto as the ‚national language‘.“ (Dupree 1978: 131) Rzehak verweist auch darauf, dass trotz der staatlichen Bemü-

77 Jedoch sind diese designierten Ministerposten nicht sicher und können durch ein Misstrauensvotum durch das Parlament zu Fall gebracht werden. Diese Misstrauensvoten können vom Parlament gegen Minister*innen initiiert werden. Beispielsweise wurden dem Außenminister Salahuddin Rabbani, der Ministerin für Arbeit, soziale Angelegenheiten, Märtyrer und Behinderte, Nasreen Oryakhel, und dem Minister für Arbeitswesen, Mahmood Baligh, mehrheitlich das Vertrauen abgesprochen. Das Parlament kann von den Minister*innen einfordern Unterlagen vorzulegen, aus denen hervorgehen sollte, wieviel das jeweilige Ministerium von den rechtlich vorgegeben 70 Prozent des Budgets für das jeweilige Fiskaljahr ausgegeben hat (Gul 2016; Reuters 2016). Diese Praxis wiederholt sich nun in regelmäßigen Abständen in den unterschiedlichsten Ministerien und ist zu einer lukrativen Einkommensquelle für die Parlamentarier*innen des Unterhauses geworden. Denn vor den Abstimmungen werden die Parlamentarier*innen für ihre Stimmenabgabe bezahlt.

hungen seit 1964 in den meisten afghanischen Ministerien weiterhin die Korrespondenz meist auf Farsi verfasst wird und als Beispiel verweist er auf das afghanische Außenministerium, in dem 95 Prozent der Briefe auf Dari verfasst werden, weil es keine*n Sekretär*innen gäbe, die die Entwürfe auf Paschto vorbereiten könnten (Rzehak 2012b: 87).⁷⁸ Jedoch werden nach meinen eigenen Beobachtungen und Befragungen allmählich immer mehr offizielle Dokumente in den Ministerien auf Paschto verfasst, so dass die farsisprachigen Beamten*innen sich auch um eine bessere Schriftsprache und Lesetechnik bemühen müssen.⁷⁹ Des Weiteren liege der zweite Grund in „its association with the authority of governments and the culture (*adab*) of the secular elites of cities throughout this vast area“ (Spooner 2012: 90). Der dritte Grund liege in der Tatsache begründet, dass die Sprache Farsi bis Mitte des 20. Jahrhunderts nur einer bestimmten sozialen Organisation der Alphabetisierten vorbehalten war und durch Reisen und Korrespondenz innerhalb einer alphabetisierten urbanen Klasse gefördert wurde. Analphabeten und Alphabetisierte räumen gleichermaßen seit jeher Farsi einen hohen kulturellen und religiösen Wert durch den reichen Kanon an Poesie und Literatur ein (ebd.: 90f). Die letzten zwei Gründe seien hier direkt zitiert: „(d) The boost of foreign (Western) interest in the cultural heritage for which it was the vehicle, inspired by European cultural education and Orientalism from the Elizabethan period on; (e) The practice of colonial administration in India down to 1837.“ (Ebd.: 91) Auch Rzehak kommt zu ähnlichen Ergebnissen:

„Dari and Pashto are unequal partners with regard to their degrees of standardization as well. Dari has a highly sophisticated and standardized official style that has been elaborated on for centuries. A standardized form of written Pashto was developed only in the second half of the 20th century but it is still lacking a unified orthography.“ (Rzehak 2012b: 87)

Dieser jahrhundertealten kulturellen Hegemonie einer Sprache eine alternative Sprache gegenüberzustellen, braucht Zeit, neue Bildungsprogramme, Alphabetisierungskurse, wissenschaftliche und literarische Publikationen und Übersetzungen aus anderen Sprachen. Diese kurz geschilderten historisch und strukturell bedingten Ungerechtigkeiten, die sich während des Bürgerkrieges von 1992 bis 1996 zwischen den verfeindeten *tanzims* verstärkt haben, führen bei der jungen Generation zu Unmut. Wie der Redakteur Omid die Situation beschreibt, ist dieser Unmut jedoch nicht spezifisch auf die paschtunischen Eliten bezogen, sondern erweitert sich auf ein Patronage-Klientel-Netzwerk mit unterschiedlichen Ethnien:

78 Rzehak verwendet in seinen Aufsätzen immer den Terminus „Dari“, wenn er sich auf „Dari-ye Farsi“ in Afghanistan bezieht.

79 Eine genauere Untersuchung der ethnolinguistischen Entwicklungen bieten zwei sehr gute Masterarbeiten von Alamyar *Language Controversy in Afghanistan: The Sociolinguistics of Farsi, Dari and Pashtu at Kabul University* (2010) und Sidiqi *A Sociolinguistic Profile of English in Afghanistan: The Perspectives of Kabul Academics* (2010). Eine eingehendere Analyse bietet auch Nawid in seinem Aufsatz *Language Policy in Afghanistan. Linguistic Diversity and National Unity* (2012b).

„Der ethnische Führer, um die ethnische Führung zu schützen, ist gezwungen, eine korrupte Beziehung aufzubauen, seinen Anhängern, seinen Leuten Schmiergeld zu geben. Diese Korruption können Stipendien für die Ausbildung sein, diese Korruption ist eine staatliche Position, die Korruption ist Geld, eine Korruption ist ein Vertrag, was es auch ist, denn es muss eine ethnische Führerschaft geschützt werden. Der ethnische Führer versucht eine Beziehung der Korruption zwischen den Anhängern und sich zu schaffen, er muss die Treue schützen.“⁸⁰

Einer ähnlichen Einschätzung folgte auch Narges auf die Frage nach den alten und neuen Konflikten seit der Petersberg-Konferenz im November 2001:

„Es ging aber auch um Macht, es muss auch um den Gewinn an Macht gehen, damit sie [die politischen Eliten] nicht verlieren. Eine Ungerechtigkeit fing an und diese wurde dann fortgeführt. Zum Beispiel haben alle politischen Richtungen Stipendien ausgeschrieben, aber die Stipendien erhielt nur eine bestimmte Ethnie. Wenn wir diese Probleme mit denen weiter entwickelter Länder betrachten und vergleichen, gibt es sie beispielsweise nicht mehr. In Indien fühlen sich alle als Inder oder in Kanada fühlen sich alle Zugewanderten als Kanadier.“⁸¹

Ihre Freundin Dunia kritisiert, dass das Problem des ethnischen Konflikts *nicht thematisiert* wird und fragt besorgt, was es zu bedeuten hat, wenn ein paschtunischer Politiker im Zusammenhang mit der Ethnie sagt: „Ein Mensch zweiten Grades wird niemals Präsident dieses Landes. Diese Ansichten gibt es auch bei den Tadschiken und Hasaras.“⁸² Nach ihrer Rückkehr aus dem iranischen Exil erhofften sich viele Afghan*innen, nicht mehr diskriminiert und als *Mensch zweiter Klasse* behandelt zu werden. Diese Thematik des Menschen zweiter Klasse trat auch mehrmals bei anderen Interviewpartner*innen bei der Frage nach den Konflikten in der Gesellschaft auf. Somit hat dieses Thema für diese sehr gut ausgebildeten Rückkehrer*innen und gut ausgebildete junge Generation eine hohe Priorität, weshalb sie dann auch meist die unterschiedlichen Alltagsdiskriminierungen und ethnischen Ungerechtigkeiten während des Interviews thematisieren. Sie finden sich in einem systematischen Patronage-Klientel-Netzwerk wieder, dass sich perpetuiert und gleichzeitig im staatlichen Chaos eine gewisse Stabilität durch ein (in-)formelles Versorgungssystem schafft.

Narges beispielsweise arbeitete für eine afghanische Fernsehanstalt. Sie weist auf die Existenz einer mehrstufigen Diskriminierung in der afghanischen Gesellschaft hin. Sie beschrieb die Arbeitsverhältnisse in dieser Fernsehanstalt insofern als ungerecht, dass Journalist*innen mit weniger Erfahrung als sie das Zehnfache ihres Gehalts erhalten, wenn sie aus westlichen Ländern zurück nach Afghanistan kommen. Sie bezifferte das Gehalt einer*s afghanischen Mitarbeiterin*s auf monatlich 1.000 US-Dollar und das einer*s aus dem Westen kommenden frischen Universitätsabsolventin*en auf monatlich 15.000 US-Dollar. Außerdem gäbe es sogar getrennte Spei-

80 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 106.

81 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 172.

82 Vgl. ebd.: 173.

sesäle für die Kolleg*innen aus dem Westen.⁸³ Diese sozialpolitische Kritik bezieht sich auf die afghanische Diaspora und ausländische Entwicklungshelfer*innen und deren mangelnde Expertise, die nach den Kriegswirren ab 2002 wieder zurückgekehrt sind, mit ausländischen Truppen oder zivilen Wiederaufbauorganisationen ins Land gekommen sind und gut bezahlte Anstellungen im öffentlichen Dienst, bei den Nichtregierungsorganisationen, den internationalen Organisationen (VN, NATO, WB, EU etc.) erhalten haben. Durch Diaspora-Afghan*innen aus dem Westen und die internationalen *expats*⁸⁴ fühlen sich Afghan*innen mit einem Hochschulabschluss einerseits durch deren Präsenz und die hiermit verbundene internationale Aufmerksamkeit um deren Sicherheit, Lebensumstände und Projektfortschritte geschützt. Andererseits wird jedoch die ungleiche Behandlung im Alltag, wie beispielsweise in der Wohnsituation, dem Arbeitsweg, der Ausbildung der eigenen Kinder, der gesundheitlichen Versorgung, den Freizeit- und Urlaubsmöglichkeiten sowie die Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden natürlich im Vergleich zu den vorübergehend in Afghanistan beschäftigten NGO-, GO-, INGO-Mitarbeiter*innen gesehen und als ungerecht empfunden. Vielen Eliten verdeutlicht diese Ungleichbehandlung natürlich ihre Schwäche, und die Tatsache, dass bis zu 40 Prozent der Entwicklungshilfe wieder an die Geberländer zurückfließen, bestätigt die beobachteten Unverhältnismäßigkeiten in Zahlen (Waldman 2008).

Der einst tadschikische Oppositionelle und jetzige hochrangige Regierungsvertreter Parwis empfing Darius und mich im April 2013 in seinem Haus. Parwis hatte eine pragmatischere Sichtweise auf die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. Auf der Fahrt zu seinem Haus fuhren wir in ein tadschikisch dominiertes Wohnviertel, in dem viele Heckscheiben der Geländewagen mit den Portraits Ahmad Schah Massouds und dem am 9. März 2014 verstorbenen Vizepräsidenten Marshall Fahim plakatiert waren. Alles deutete darauf hin, dass wir im richtigen Viertel waren. Denn in Kabul gestaltet es sich schwierig, eine Adresse zu finden. Meist wird der Fahrer telefonisch von einem Assistenten mit ungefähren Beschreibungen von Geschäften und Toreingängen von Straßenkreuzung zu Straßenkreuzung gelotst. Bis heute gibt es kaum Straßenschilder oder eindeutige Straßennamen in Kabul.

Eine Ausnahme bietet das Viertel Wazir-Akbar-Khan, dort hat ein Telefonanbieter Straßennamen gesponsert und mit seinem Emblem versehen. Wazir-Akbar-Khan ist das Viertel, in dem sich weiterhin Häuser aus den 1960er und 1970er Jahren befinden, aber auch der als *little Pakistan* bezeichnete Straßenzug, indem viele bunte Paläste gebaut worden sind. Neben ihnen finden sich noch mehrstöckige und alte Privathäuser der Kabulis, die an Botschaften, NGOs und andere Consultingfirmen

83 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 180.

84 In ihrem Buch *Ausgerechnet Kabul* beschreibt die Journalistin von Wurm-Seibel, wie das alltägliche Leben der Afghan*innen in direkter Interaktion mit ihr verläuft und öffnet den Leser*innen ein Fenster zur Alltäglichkeit des Lebens im Kriegszustand. Sie beschreibt das Leben der *expats* als eine Blase (*Kabubble*), die gleichzeitig hoch exklusiv war und nun durch die Truppenreduzierung und das hohe Sicherheitsrisiko geplatzt ist (von Wurm-Seibel 2015).

vermieten. Sie werben damit, dass sie zwei- bis dreistöckigen sanierten Häuser mit kugelsicheren Fenstern und Parkplätzen für bis zu vier Autos anzubieten haben. Denn wenn hochrangige Gäste mit ihren kugelsicheren Geländewagen zu Besuch sind, lassen sie aus Sicherheitsgründen ungern das Auto mit dem sichtbaren Kennzeichen über längere Zeit auf der Straße stehen. Zudem muss das Sicherheitspersonal von drei bis zu mehreren Dutzend Männern bei Empfängen mit Essen versorgt werden, alles andere wird als kultureller Affront gewertet. Die persönlichen Bodyguards, wovon jede*r Elitenvertreter*in mindestens einen aus seinem engeren Familienkreis hat, dürfen nicht essen oder trinken, da sie vergiftet werden könnten.

Parwis' Haus, das betonte er sehr deutlich, sei ein Erbe seines Vaters. In Afghanistan legen manche Politiker*innen ihr Hab und Gut offen, um durch diese Transparenz vom Vorwurf der Korruption freigesprochen und nicht der Bereicherung während der Amtszeit beschuldigt werden zu können. Sein Haus war tatsächlich eines der wenigen Häuser in Kabul, die ihre Architektur aus den 1960er Jahren erhalten haben. Die in der pakistanischen Bauweise errichteten Häuser sind mindestens dreistöckig, haben grün-spiegelnde Fenster in bunten Farben und barockartige Verzierungen. Von der Tür bis zur Fassade des Hauses war alles im sandfarbenen Ton gehalten, die Fensterfronten waren so großzügig, dass sie die Erde berührten, dieser Offenheit des familiären Bereichs ist während der Bürgerkriegsjahre sukzessive einer geschlossenen Bau- und Wohnweise gewichen.

Da das Haus in einer Sackgasse lag, die am Anfang mit einem Wachposten und einer Schranke abgesperrt war, gab es am Haus keine weiteren Sicherheitsvorkehrungen mit Beton oder Stacheldraht auf den umgebenden Hausmauern. Darius und ich wurden protokollarisch gebührend empfangen, was in diesem Fall hieß, dass wir einige Minuten in der Eingangshalle warteten und Platz nahmen. Kurz darauf wurden wir in das Wohnzimmer für offizielle Empfänge von einem Hausangestellten begleitet. Die Sessel waren im goldgelben oder dunkelroten Ton gehalten, die Tische waren aus Holz und seitlich mit blauem Lapislazuli verziert. Ein großes gewebtes Portrait des ermordeten Führers der Nord-Allianz, Ahmad Schah Massoud, hing auch hier am Kopf des Raumes und ein kleineres gemeinsames Foto vom Löwen des Panjshirtals und ihm zierte einen kleinen Beistelltisch. Das gesamte Zimmer bestand aus einigen indischen Dekorationselementen sowie einer Mischung aus Möbeln und Design aus den 1960er Jahren und neuen mondäneren Sesseln aus der Gegenwart mit burgundrot-goldenen Paisleymustern. Von außergewöhnlichen Seltenheitswert war seine kleine Büchersammlung auf der rechten Seite des Raumes, die in einem eingebauten Bücherregal standen, denn Bücher sind in den Wohn- oder Büroräumen der ehemaligen *mujaheddin*-Kämpfer selten zu sehen.

Parwis und ich nahmen am Ende des länglichen Wohnzimmers entlang der Fensterfront jeweils auf gelb-goldenen Sesseln Platz, Darius saß auf der linken Seite auf einem niedrigeren und länglichen Sofa. Parwis, der damals noch als tadschikischer Oppositioneller sprach, antwortete auf die Frage nach dem möglichen Abzug der ISAF Ende 2014:

„Meiner Meinung nach gibt es immer noch die Möglichkeit, die ausländischen Truppen hier zu behalten. Die Anzahl, so wie es gesagt wird, ist unklar. Von 20.000 ist sie auf 10.000 gesunken, dies bedeutet, dass 15.000 Afghanen arbeitslos werden. Ja? Es werden weitere 15.000 Menschen zur Gesellschaft dazukommen, und dies sind Leute, die an ein gutes Gehalt gewohnt

sind, sich an ein gutes Leben gewöhnt haben. Sie sind gezwungen über einen illegalen Weg-, das wird seine Auswirkungen haben.“⁸⁵

Denn natürlich haben die Intervenierenden auch wichtige Arbeitsplätze geschaffen und der Verlust dieser Arbeitsplätze bedeutet einen erneuten Zulauf für die Taliban und erneute Hoffnungslosigkeit für die mehrheitlich junge Bevölkerung Afghanistans. Wie in einem Bericht festgehalten wurde, gibt es jährlich 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte, die nach einer Beschäftigung suchen (International Labour Organization 2012: 32). Mittlerweile spricht die afghanische Regierung von fast doppelt so vielen; nämlich von 700.000 jährlich, die auf den Arbeitsmarkt drängen (Qayumi 2015). In diesem Zusammenhang beschrieb der Journalist, Omid das typische Phänomen von Korruption in (Nach-)Kriegsgesellschaften so:

„Eins der größten Probleme der Korruption ist der Nicht-Glaube an die Zukunft, das Misstrauen in die Zukunft. Wir in Afghanistan glauben zum Beispiel nicht, dass die Regierung bis 2014 weitergeht, oder sie nach 2014 fortbesteht. Wir denken, wenn die Ausländer abziehen, wird die Regierung auseinanderbrechen und alles wird untergehen, deshalb ist es besser Geld zu horten, unsere Taschen zu füllen und in Ruhe unser Leben zu leben.“⁸⁶

Ein weiteres Indiz für das Misstrauen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Hauptstädter*innen ist die Aufteilung der Stadtviertel nach der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeit. Omid beschreibt die Lage als sunnitischer Hasara mit einer Biographie aus den pakistanischen Flüchtlingslagern wie folgt:

„Ich meine die Kriege ab '92, die Kriege, die es in Kabul gab. Die Kämpfe in Kabul waren in Wahrheit die Kämpfe um die ethnische Zugehörigkeit. Auch wenn Sie sich Kabul jetzt anschauen, dann ist Kabul entlang der ethnischen Zugehörigkeit aufgeteilt. Zum Beispiel, in dem Viertel, in dem Sie jetzt sind, leben überwiegend Hasara. Im Norden Kabuls, zum Beispiel in Khair-Khaane, leben Tadschiken. Im Süden Kabuls, das näher an Logar und Chaharasia ist, leben Paschtunen. Ein Teil von Kabul, wie das Zentrum Kabuls, Macroryan, Schahr-e Nau, Wazir-Akbar-Khan, sind die Peripherien Kabuls mehrheitlich nach ethnischer Zugehörigkeit aufgespalten. Die Stadt ist nach drei, vier Ethnien aufgeteilt. Leider ist es das Erbe des Bürgerkrieges. Wenn zum Beispiel aus ethnischer Perspektive ein Hasara unter den Hasara lebt, fühlt er sich wohl und hat ein Gefühl der Sicherheit, auch wenn er vollkommen andere Ansichten pflegt. Weil er Hasara ist, wegen seines Gesichts, wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit, werden sie ihn schützen, auch er wird sie schützen, bei den Tadschiken verhält es sich genauso.“⁸⁷

Dieses Phänomen lässt sich zum einen mit der *social identity theory* als ein Gefühl der Gruppenzugehörigkeit erklären, zum anderen ist es historisch bedingt. Die *social identity theory* ermöglicht es Gruppen ein positives Selbstbild zu entwickeln. Denn das Selbstwertgefühl lässt sich im Verhältnis zu einer anderen (aber ähnlichen)

85 Vgl. Interview Nr. 6, mit Parwis im Wohnzimmer seines Privathauses am 4. April 2013 in Kabul: 77.

86 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 105.

87 Vgl. ebd.: 101.

Gruppe aufbauen. Wenn die Identitätsfindung nicht zufriedenstellend ist, dann wird die jeweilige Person die Gruppe entweder verlassen oder die eigene mit mehr positiven Konnotationen versehen. Für diese Beobachtungen gibt es drei von von Brown formulierte Variablen, wovon zwei bereits erwähnt wurden: „[...] people must be subjectively identified with their ingroup; the situation should permit evaluative intergroup comparisons; the outgroup must be sufficiently comparable (e.g. similar or proximal) and that pressures for distinctiveness should increase with comparability.“ (Brown 2000: 747) Diese sozialpsychologische Theorie lässt sich auch im afghanischen Kontext anwenden, denn die Unterschiede zwischen den Ethnien sind minimal, Schattierungen sehr blass, so dass eher nach Unterschieden gesucht werden muss, als dass sie wirklich evident wären. Eine Ausnahme bildet die Volksgruppe der Hasara, die sich äußerlich durch ihre ostasiatische Physiognomie und in ihren religiösen Praktiken durch ihre schiitische Konfession in einer mehrheitlich sunnitisch-hanafitisch geprägten Gesellschaft unterscheiden. Zu beschreiben, was jemanden von einem anderen unterscheidet, dieses Phänomen wäre seitens der einfachen Bevölkerung als eine identitätsstiftende Negativ-Identität gegenüber anderen Ethnien zu deuten, die sich im alltäglichen Zusammenleben in unterschiedlichen Machtsphären entlädt. Ich unterstützte die These Howards über Identitäten, die ich für die Gegenwart für zutreffend erachte: „Consistent with this critique, many contemporary studies of ethnic identity cast ethnicity as fluid and ethnic boundaries as continually changing.“ (Howard 2000: 375) In Howards Aufsatz wird der Begriff der negativen Identität als eine komplexe Form von ambivalenten Identitäten in sich überschneidenden Dimensionen über Gender, Sexualität, Ethnie, Alter sowie in Abhängigkeit zur vorübergehenden prioritären Identität dargestellt (ebd.: 374). In Afghanistan wissen die Eliten in einem hohen Maße, die konfliktgeladenen Identitätsprobleme und Zukunftsangst mit den omnipräsenten Kriegserfahrungen für ihre Interessen und Machtpositionen zu instrumentalisieren.⁸⁸

Ein Blick auf die afghanische Medienlandschaft, die stets als vergleichsweise frei in der Region und als großer Fortschritt für die Meinungs- und Informationsfreiheit von den politischen Eliten gepriesen wird, zeigt, dass die obige These der elitären

88 Die Reports von Human Rights Watch (1984; 2005), Rubin (2002), Roy (1990), *Amnesty International* (1988) haben eingehend auf die ethnischen Zerwürfnisse und Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilist*innen und Soldaten seit der April-Revolution 1973 durch die Machtkämpfe der beiden Parteiflügel *Parcham* (mehrheitlich tadschikisch) und *Khalq* (mehrheitlich paschtunisch), während der Besatzungszeit der Roten Armee und der Zeit der sieben sunnitischen und acht schiitischen tanzims beschrieben und analysiert. Ein weiterer wichtiger, 800-seitiger Report der *Afghanistan Independent Human Rights Commission*, der die Kriegsverbrechen von 1978 bis 2001 dokumentiert, wird von der Regierung unter Verschluss gehalten. Denn an der Regierung beteiligte Kriegsverbrecher könnten in Folge dieses Berichts ihre nationale und internationale Legitimation verlieren und dann sogar für ihre ethnischen Gräueltaten vor dem *International Criminal Court* zur Rechenschaft gezogen werden. Der aktuelle Human Rights Watch Report „Today We Shall All Die“ (2015) hat zumindest auf der Grundlage von 125 Interviews einige Verbrechen und Schikanen an der Zivilbevölkerung durch Regierungsmitglieder und deren Milizen dokumentieren können.

Instrumentalisierung der ethnischen Ressentiments zutrifft. Im Report von *Freedom House* schneidet Afghanistan weiterhin mit dem Prädikat „schlecht“ ab, wird wiederum im regionalen Vergleich seit 2010 mit den sieben direkten Nachbarstaaten lediglich Kirgisistan und Pakistan um ein paar Punkte für die Berichterstattung als freier eingeschätzt (Freedom House 2015a). Es gibt insgesamt 174 Radiokanäle und 90 lokale und regionale Fernsehkanäle, 200 Printmedien und zwölf Nachrichtenagenturen (Freedom House 2015b). Die Kehrseite der Medaille der verfassungsrechtlich anerkannten Meinungsfreiheit ist, dass die Mehrheit der Radio- und Fernsehsender nicht um eine objektive oder neutrale Berichterstattung bemüht ist. Sie werden von einflussreichen religiösen und politischen Eliten finanziert. Beispielsweise repräsentiert der Sender *Tamadon TV* die Interessen des schiitischen geistigen Führers Ayatollah Mohammad Asef Mohseni, *Rah-e Farda TV* gehört dem Schiiten und derzeitigen zweiten stellvertretenden Regierungsvorsitzenden (Vize-CEO), Muhammad Mohaqeq, *Noor TV* gehört zu den *Jamiat-e Islamis* unter dem ehemaligen Präsidenten (1992-1996) und 2011 ermordeten Burhanuddin Rabbani, *Negah TV* wird vom ehemaligen Vizepräsidenten Ustad⁸⁹ Mohammad Karim Khallili betrieben, *Ayena TV* vom usbekischen General Abdul Rashid Dostum (seit 2014 amtierender 1. Vize-Präsident), der Sender *Shamshad TV* ist paschtosprachig und wird dem ethnonationalistischen Milieu zugeordnet. Die Fernseh- und Radiolandschaft ist wegen der niedrigen Alphabetisierungsrate von 38,2 Prozent und des ethnisierten Konfliktes seit den 1980er Jahren bis in die Gegenwart in einer bereits hochpolitisierten und dadurch für politisch motivierte Agitationen und Provokationen rezeptiven Gesellschaft gebettet.

Ein Lichtblick ist, dass zu den statistisch beliebtesten Sendern, die auch gut von der afghanischen Diaspora über Satellit oder über das Internet mitverfolgt werden, *TOLO*, *ITV* und *Ariana* gehören. Insbesondere *Tolo* und *ITV* scheuen sich nicht neben ihrem liberalen und westlich-orientierten Unterhaltungsprogramm (türkische und amerikanische Serien, *Afghan Star*, Wer wird Millionär etc.) auch politische Themen wie Korruption und Wahlfälschungen ins Programm und ihre speziellen Diskussionsrunden aufzunehmen (Altai Consulting 2010).⁹⁰

Beispielsweise hat Parwis, einer der wichtigsten Anführer der Nord-Allianz mit seiner gut organisierten jungen Generation von technikaffinen Mitarbeiter*innen, die für ihn tägliche Nachrichtenbriefings vorbereiten und viele Besuche, Treffen, Demonstrationen ihres politischen Führers über die sozialen Medien organisieren und publik machen, beschrieben:

89 Sein Titel *ustad* steht für seine früheren Aktivitäten als religiöser Lehrender.

90 *Altai Consulting* hat gemeinsam mit der USAID einen Bericht über die Medienlandschaft Afghanistans verfasst, in dem sie insbesondere die Beliebtheit des Senders *Ariana* hervorhob. Dies liegt unter anderem daran, dass der Sender in 33 von 34 Provinzen zu empfangen ist, in vier Sprachen seine Programme sendet (Farsi, Paschto, Usbekisch und Englisch), in seiner Berichterstattung neutraler ist und während Karzais Regierungszeit auch regierungskonform war (Altai Consulting 2010: 52f). Bemerkenswert ist, dass im Report der *Asia Foundation* festgestellt wird, dass bei der Bevölkerung die Medienlandschaft in Afghanistan mit 72,7 Prozent mehr Vertrauen genießt als die afghanischen Regierungsmminister*innen mit 47,3 Prozent (ebd.: 88).

„Ich habe vor einigen Tagen zufällig in einen nationalen Fernsehkanal gesehen, im Fernsehen *Zwhandoon*, Herr Ismail Yun ist der Verantwortliche für diesen Kanal. Er hat eine Rede zum Thema ‚Stoppt die Paschtunen-Ermordung‘ gehalten. Danach behaupten sie, dass die Paschtunen in Afghanistan umgebracht werden und die Welt gekommen sei, um die Paschtunen umzubringen, da sie befürchten, dass die Paschtunen sich verbünden.“⁹¹

An dieser Stelle beschreibt Parwis, wie ein Fernsehkanal mit panpaschtunischer Orientierung die Angst paschtosprachiger Afghan*innen schürt, um Unruhe zu stiften. Die Zeitung *8am* und die *Deutsche Welle* haben berichtet, dass die Sender *Zwhandoon* und *Shamshad* von Pakistan und seinem Geheimdienst ISI unterstützt werden, die Zeitung *Insaf* und der Fernsehsender *Noor* finanzielle Unterstützung durch die Islamische Republik Afghanistan erhalten (Deutsche Welle 2012; 8am/8sobh 2012). Die *New York Times* zitierte dieses vermeintlich hetzerische Statement des Fernsehsenders anders, jedoch führte es letztendlich zu gewaltsamen Ausschreitungen am 7. Dezember 2014: „Pashtuns are the rulers and owners of Afghanistan; they are the real inhabitants of Afghanistan“, said Gen. Abdul Wahid Taqat, a former intelligence official. „Afghanistan means where Pashtuns live.“ (Ahmed/Zahori 2014)

Nach Demonstrationen von mehrheitlich jungen farsisprachigen Anhänger*innen Abdullahs und den Anhänger*innen der *Afghanistan Green Trend* unter der Riege des ehemaligen Direktors des NDS, Amrullah Saleh (2004-2010), die über die sozialen Netzwerke (Facebook und Twitter) organisiert wurden, hat der damals amtierende Präsident Hamid Karzai auf die rassistische Hetze reagiert und den Verantwortlichen des Senders, Ismail Yun, und zwei weitere Beteiligte des runden Tisches, Abdul Wahid Taqaat und Bismillah Afghanmal, einen Parlamentsabgeordneten, über den Obersten Gerichtshof zum Verhör vorladen lassen. General Taaqat, der sogar inhaftiert worden ist, hat sich über *Youtube* entschuldigt und erklärt, dass er alle Afghan*innen gleich welcher ethnischen Herkunft als Afghan*innen betrachtet, so lange sie sich selbst zu ihrer Herkunft und somit als Afghan*innen bekennen (Afghan Paper 2014).

Nicht alle führen – wie der Journalist Omid – die Konflikte bereits auf die ethnischen Auseinandersetzungen der Bürgerkriegszeit von 1992 bis 2001 zurück. Jeylaan, ein weiterer sehr einflussreicher und auch auf Englisch eloquenter tadschikischer Oppositionsführer, hat auf die Frage nach den wichtigsten Konfliktherden gesagt: „The most dominant theme of today very unfortunately is ethnicity. This was not the case before Bonn. Even before the communists, Islam used to be the single unifying platform, it was the umbrella.“⁹² Als ehemaliger politischer Berater der Nord-Allianz⁹³ und jetziger Oppositioneller hat Jeylaan ein Interesse daran, die Kon-

91 Vgl. Interview Nr. 6, mit Parwis im Wohnzimmer seines Privathauses am 4. April 2013 in Kabul: 63.

92 Vgl. Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul: 82.

93 In Afghanistan bezeichnen die Eliten die Nord-Allianz eher als „Vereinte islamische und nationale Front für die Befreiung Afghanistans“ (*Jabha-ye Muttahid-e Islami-ye Milli baraa-ye Nejaat-e Afghanistan*). Sie hatte sich nach der Eroberung Kabuls durch die Taliban im Jahre 1996 unter der Führung Ahmad Schah Massouds und des für sie weiterhin legitimen Präsidenten Rabbani mit dem usbekischen General Abdul Rashid Dostum, dem Schi-

fliktorsprünge und neue Narrative für seine Ziele und seine neue Bewegung selbst zu setzen:

„So, there is a deep divide on the interpretation of Islam and Sharia Law, one. Secondly, the pan-Afghan political structures, like the Maoist of the 80s, the communists of the 80s, the Mujaheds of the 80s are no longer pan-Afghan. They are now divided along the ethnic lines. We draw the lines which define the Afghan conflict today are the following to start with: a) there is no regional consensus on the shape of the Afghan state. Secondly, the ethnic divide is deepening. We are not seeing any moves to heal it. Or to demolish ethnic walls and to create a pan-Afghan nation. There is another divide emerging in the Afghan society and that is about natural resources. And the monopoly of the counter acting system which a lot of Afghans are believing now is going to be one ethnic group. The ruling clique. When will that lead to an armed conflict? It's not a matter of ‚if it is‘, it is a matter of when. Because we saw when it came to the issue of contracting our gas and oil resources of the North, the process was manipulated and the contract was awarded to the relatives of the president.“⁹⁴

Die Repräsentant*innen der politisch-tadschikischen Opposition, die ich insbesondere im April 2013 interviewt habe, beschuldigten die Regierung für Patronage-Klientel-Netzwerke innerhalb des Bergbausektors und der Zuweisung von Verträgen für Öl- und Gasverträgen aus den nördlichen Regionen innerhalb dieses Netzwerkes. Ein bekannter und wichtiger Vertrag wurde zwischen der *China National Petroleum Corporation* (CNPC) und der *Watan Group* unterzeichnet, um Erdgas und Öl im *Amu Darya*-Becken zu fördern (Giustozzi 2012a: 40). Zwei entfernte Verwandte Hamid Karzais, Rateb und Rashid Popal, leiten dieses Unternehmen. Rateb Popal war der Übersetzer von Abdul Salam Zaeef, dem Botschafter der Taliban in Pakistan von 2000 bis 2001, und ist nun Teilhaber einer vielversprechenden Mine, die auf 700 Millionen US-Dollar geschätzt wird (Cordesman/Hess 2014).

iten Mohammad Mohaqeq der *Hezb-e Wahdat*, dem Kommandeur der paschtunischen *Hezb-e Islami Khalis*, Abdul Qadir, und dem schiitischen Geistlichen Ayatollah Mohammad Asef Mohseni sowie Ustad Khalili von der *Hezb-e Wahdat* erneut formiert. Zuvor hatte Ahmad Shah Massoud den *Supervisory Council of the North* mit Kriegsherren aus dem Norden, Osten und Zentral-Afghanistan als Reaktion auf den Vormarsch der Sowjetarmee im Jahre 1984 gegründet. Diese Aufsichtsbehörde des Nordens bestand aus insgesamt 130 Kommandeuren, die aus zwölf unterschiedlichen Regionen stammen. Während der Kämpfe mit der Roten Armee konnte Ahmad Shah Massouds Kommando seinen Einfluss auf die Provinzen Kapisa, Parwan, Kabul, Kunduz, Baghlan, Balch, Tachar und Badachschan ausdehnen. Nach dem Abzug der Roten Armee wurde Taluqan in der nördlichen Provinz Tachar zur Hauptstadt der Nord-Allianz; sie etablierte durch Entwicklungshilfe, Smaragd-Handel und humanitäre Hilfe eine zum Teil autonom funktionierende Region (Rubin 2013:117). Der ursprüngliche Name „Vereinte islamische und nationale Front für die Befreiung Afghanistans“ wurde dann durch „Nord-Allianz“ ersetzt und besser bekannt, nachdem die OEF am 7. Oktober 2001 begann, mit diesen aus dem Norden stammenden *mujaheddin* gemeinsam mit der US-Armee den Rückschlag gegen die *al-Qaida* und die Taliban durchzuführen.

94 Vgl. Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul: 82.

Während der Interviews mit einem ranghohen Regierungspolitiker wurden Fragen nach dem Verkauf dieser Erdölquellen und Minen nur kurz beantwortet, Nachfragen waren aus Zeitgründen nicht möglich:

„FDS: Because the opposition members give examples to your family, they got mines, you got copper mines, //you got contracts, different kinds of-//

//Karim: That was terrible, that was terrible.

//FDS: And:: also-//

//Karim: That was terrible.// And the opposition, the chief of opposition there is no place to talk about corruption. When they [...] taking them a mine contract. They are right. That was a terrible thing. It would be (...) and I did not know it when I came to know I stopped it. (...) we removed it.“⁹⁵

Tatsächlich wurde an den Verträgen nichts verändert oder gestoppt. Die *Watan Group* hat in einer über das Internet frei zugänglichen anwaltlichen Gegendarstellung zu jedem Punkt der Korruptionsvorwürfe durch den amerikanischen Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher Bezug genommen. In diesem anwaltlichen Schreiben wird unter anderem klargelegt, dass es sich bei den beiden Geschäftsführern des Popal-Stammes um entfernte Verwandte Hamid Karzais handelt und die Vergabe des Vertrages nach einem gerechten Ausschreibungsgebot verlaufen sei, nach dessen Kriterien dann erst im Interesse der afghanischen Regierung der Vertrag vergeben worden sei (Whiteford/Taylor/Preston L.L.P. 2012).⁹⁶ Die vorausberechneten Profite werden auch nicht, wie vom Kongressabgeordneten behauptet, an Qayum Karzai, einen der Brüder Hamid Karzais, oder gar an den zu dieser Zeit amtierenden Präsidenten Karzai selbst fließen. Zudem hätten amerikanische Investoren in diesem Vergabeprozess keine Angebote an die afghanische Regierung gemacht oder gar Interesse an der Förderung des Öls im Norden Afghanistans bekundet, dieses Vergabeverfahren sei auch über das amerikanische Verteidigungsministerium abgelaufen.

Innenpolitisch hat die Vergabe des Vertrages an die Angehörigen eines Popalzai-Stammes für Konflikte gesorgt, denn die regionalen Machtsphären als Erbe der Bürgerkriegsjahre wurden bei der Ressourcenverteilung nicht ohne Folgen ignoriert. Der regionale Machthaber, der usbekische General Abdul Rashid Dostum, hat versucht, bereits zu Beginn der Förderung im Juni 2012 die Bauvorbereitungen gewaltsam mit seinen Anhängern zu blockieren. Er forderte, dass die Bevölkerung in den beiden Provinzen (Faryab und Sar-e Pol), die von der Förderung betroffen sind, Gewinnanteile erhalten (Sexton 2012: 57).

Es gibt widersprüchliche Angaben über die ausgehandelte prozentuale Abgabe durch das afghanisch-chinesische Konsortium an den afghanischen Staat. Die Zahlen

95 Vgl. Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 140. Das Kürzel „FDS“ steht für die Initialen meines Namens.

96 Dieses anwaltliche Schreiben ging in Kopie auch an die damals amtierende Außenministerin Hillary Rodham Clinton und ist als Reaktion auf das Schreiben des Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher vom 13. Juni 2012 zu bewerten, denn Rohrabachers Schreiben ging sowohl an die damalige Außenministerin als auch an den damals noch amtierenden Verteidigungsminister Leon E. Panetta (Rohrabacher 2012).

variieren von 60 bis 80 Prozent. Beispielsweise sagte der damalige Vize-Minister des Minen- und Petroleum-Ministeriums, Mohammad Akram Ghayasee, der afghanischen Tageszeitung 8am (Farsi: *8sobbh*), dass die Vertragsvergabe für die drei Becken, aus denen Erdöl gewonnen werden soll, weder rechtmäßig oder transparent verlaufen sei noch aufgrund der eiligen Unterzeichnung wissenschaftlichen Standards entspräche (Pajhwok Reporter 2014; Rostami 2013).

Der damals amtierende Minister für Minen und Petroleum, Ibrahim Adel, hat den Anteil der staatlichen Einnahmen durch die Erdölförderung auf 80 Prozent der Gesamteinnahmen geschätzt (Pajhwok Reporter 2014). Reuters meldete, dass die CNPC 15 Prozent an den Nutzungsanteilen für das Öl, 20 Prozent Körperschaftssteuer und 50 bis 70 Prozent seines Gewinns an die Regierung abgeben wird (Shalizi 2012). Vor den Präsidentschaftswahlen wurden tatsächlich 300 Tonnen Erdöl gefördert, jedoch gab es keine vertragliche oder diplomatische Vereinbarung, das Öl in den Nachbarstaat Usbekistan zu exportieren, um es dort zu raffinieren. Die Aussagen über die staatlichen Einnahmen sind widersprüchlich, jedoch kann sich der lang erwartete neue Vertrag für die vielversprechende Förderung der auf 3 Trillionen US-Dollar geschätzten Bodenschätze nun auf ein Minengesetz berufen (Minerals Law 2014). Im *policy*-Aufsatz zur legalen Förderung der Bodenschätze Afghanistans von Noorani und De Brouckere gibt es an mancher Stelle Hinweise auf die illegalen Verkäufe der Minenverträge:

„The initial approach of the Ministry of Mines and Petroleum (MoMP) over the past five to seven years was to follow the business-as-usual approach and to ‚learn by doing‘, including attempting to tender and contract for significant oil and gas projects in the Afghan and Amu Darya Basins, the ‚jewel‘ of Hajigak’s iron ore, and copper at Mes Aynak. However, the 338 contracts tendered, negotiated, and signed by the MoMP in this manner from 2010 to 2013 (with the exception of Mes Aynak, signed in 2007) exceeded its low capacity to ensure robust agreements whose implementation is monitored, revenue collected, and non-compliance effectively sanctioned.“ (Noorani/De Brouckere 2016: 7)

Diese hier aufgeführten 338 Verträge im Bereich der Förderung von Naturressourcen weisen verschlungene Vernetzungen zwischen politischen Elitenvertreter*innen auf, die sowohl ihren hohen Lebensstandard erhalten wollen als auch ihre urbane und periphere Klientel mit ökonomischem und sozialem Kapital (Bourdieu 2005c) versorgen müssen, um ihre eigene Machtposition in den Dynamiken der durch Krieg, Korruption, Drogen- und Menschenhandel geprägten Gewaltmärkte zu sichern (Elwert 1999: 85). Diese im Detail zu analysieren, bedarf einer langjährigen Forschung, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.⁹⁷ AREU und GIZ haben eine Forschungsreihe im Rahmen des *Govern4Afghanistan*-Projektes zu sieben *governance*-Sektoren im Jahre 2015 begonnen und werden unter anderem zum Minen-Sektor die unterschiedlichen Herausforderungen für den Staat und die afghanische Bevölkerung untersuchen (Noorani/De Brouckere 2016; Govern4Afg 2016). Auch sie verweisen

97 Giustozzi und Orsini haben die patrimonialen Verhältnisse zwischen der Peripherie und Zentralregierung in Badachschan anhand des lukrativen Geschäftes mit den Lapislazuli-Edelsteinen untersucht (Giustozzi/Orsini 2009).

in ihrem Aufsatz darauf, dass durch mehr Transparenz bei der Vergabe der Verträge und bessere Förderbedingungen der afghanischen Bevölkerung und dem afghanischen Staat höhere Renditeeinnahmen zu Gute kommen könnten. Jedoch zeigt sich im nächsten Unterkapitel anhand anderer Beispiele, wieweit sich das Patronage-Klientel-Netzwerk ausgeweitet hat.

Im nächsten Abschnitt wird hervorgehen, inwiefern die unterschiedlichen ethnischen Elitenvertreter*innen bereit sind, für ihre finanziellen, politischen und ökonomischen Interessen kooperativ zu handeln.

6.4.2 Macht- und Geldinteressen sind wichtiger als ethnische Zugehörigkeiten

Ein enger Vertrauter Abdullahs, Mohsen, der auch kurzfristig zu einem Interview bereit war, betrat das Wohnzimmer in traditionell afghanischer Kleidung und einem blau-grüngestreiften Kaftan. Vielen ist dieser blau-grüngestreifte Kaftan von Auftritten Karzais in der Öffentlichkeit bekannt.⁹⁸ Als Kopfbedeckung trug Mohsen eine *pakol*-Mütze, die sowohl seine politische Nähe zu Ahmad Schah Massoud als auch seine ethnische Zugehörigkeit unterstrich. Überrascht war ich, dass er als junger schiitischer Elitenvertreter während des schiitischen Trauermonats fastete. Während des Interviews verließ ich den Raum, damit er sein Abendgebet verrichten konnte. Während des Interviews nahm er mindestens zwei Anrufe entgegen, in denen es um die bevorstehende Energiepolitik und Daten zum exportierbaren Energiepotenzial versus teuer importierter Energieressourcen des Landes ging. Da er den ganzen Tag gefastet und parallel Gespräche mit dem Regierungspartner und dem Team Abdullahs geführt hatte, war das Interview eher kurz, er antwortete vage und äußerst vorsichtig. Dies ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass Mohsen hierarchisch der mittleren Ebene der Administration zuzuordnen ist und sich nicht wie die Super-Eliten durch direkte politische Äußerungen zur politischen Korruption Feinde schaffen möchte.

Dieser Vertrauter Abdullahs, der sich mit Fragen der Geschäftsgründung und der Energielandschaft Afghanistans auskennt, nannte mir ein weiteres Beispiel für Konflikte in der Gesellschaft. Nur vorsichtig beschrieb er, dass für eine Zement-Fabrik in der Provinz Baghlan von der *Afghan Investment Company* (AIC) jährliche Renditen in Höhe von 400 Millionen US-Dollar an den afghanischen Staat versprochen worden sind. Außerdem sagte er: „Die Mine in Pol-e Chomri sollte zum Beispiel nicht so im groben Zustand exportiert werden. Es sollten Afghan*innen für die Erforschung eingestellt werden. Es wird sicherlich schwierig, die richtige Firma zu finden, weil sie vieles verbergen. Bei der Bewerbung versprechen sie viel, aber die tatsächliche Umsetzung wird dann schwierig.“⁹⁹ Mohsen meint hier, dass während der Vertragsvergabe für die Zementfabrik Versprechungen gemacht wurden, wie beispielsweise die Weiterverarbeitung des Zementes, um Arbeitsplätze in Afghanistan zu schaffen und die Wirtschaft so zu fördern. Auf Nachfrage erwähnte Mohsen den Namen der

98 Karzai wurde vom Magazin *Esquire* der Titel *best dressed man* verliehen (The Economist 2004).

99 Vgl. Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 3. November 2014 in Kabul: 183.

AIC als Investor für die bereits seit 1962 aktive Zement-Fabrik in der überwiegend tadschikisch besiedelten Provinz Baghlan, mehr nicht. Nutznießer des Vertrages waren Mahmoud Karzai als CEO und Mohammad Haseen Fahim, der Bruder des damals amtierenden Vizepräsidenten Marshall Mohammad Qasim Fahim.

Es gibt Verbindungen der AIC zu 34 weiteren Politiker*innen des Parlamentes und weiteren Geschäftsmännern (*Alekozai, Safi und Bayat*), die als Gesellschafter an der AIC beteiligt waren (Zaliq 2011; Böge 2011). Die nachfolgenden aufgeführten größten Gesellschafter, Alekozai, Safi und Bayat, waren auch Anteilseigner an der *Kabul-Bank*. Für ihre lukrativen Geschäfte sind diese Wirtschaftseliten mit der Politik enge Verbindungen eingegangen, obwohl sie unterschiedliche ethnische und konfessionelle Zugehörigkeiten haben. Die *Alokozai Group of Company* hat sich auf den Verkauf von Tee, nicht-alkoholischen Getränken und einigen Nahrungsmitteln in Afghanistan und 40 weiteren Ländern spezialisiert. Darüber hinaus ist die *Alokozai Group of Company* aktiv an illegalen Re-Exporten von Zigaretten, Alkohol und Smartphones beteiligt. Der CEO ist Paschtune und heißt Abdul Rahman Alokozay, der Hauptsitz der Firma ist in Dubai (Alokozay Group 2010). Auch der Hauptsitz der *Safi Group Ltd.*, die besonders bekannt ist für ihre Fluggesellschaft, befindet sich in Dubai. Hinzu kommen weitere Geschäfte in den Bereichen Stahl, Speiseöl und Trockenfrüchte sowie allgemeiner Handelsware. In Herat hat die Firma Fabriken für Ziegel-, Gips und Kiesherstellung. Außerdem sind sie in der Agrarwirtschaft tätig, sie betreiben Safranbau in Herat (Safi Group of Companies 2009). Bemerkenswert sind auch das Einkaufszentrum *Kabul City Center*, das *Safi Landmark Hotel and Suites*, die von *Safi Builders* erbauten modernen Wohnapartments für Familien der Mittelschicht (Safi Builders 2016). Die *Safi Group Ltd.* gehört dem Pashtunen Abdul Rahim Safi. Ehsan Bayat ist schiitischer Tadschike und hat die Telekommunikationsfirma *Afghan Wirless Communications Company* (AWCC) im Jahre 2004 gegründet, zudem eine Fernsehanstalt *Ariana Television Network* und eine gemeinnützige Organisation (Bayat Foundation 2016, Ariana Television Network 2016). Seit 2011 ist er auch Mitglied des Oberhauses (Paschto: *meshrano jirga*) und direkt von Präsident Karzai ernannt worden, denn zu einem Drittel werden die Mitglieder des Oberhauses vom Präsidenten ernannt.

Die AIC wurde mit 45 Millionen US-Dollar von 80 Geschäftsmännern in Dubai, die jeweils 500.000 US-Dollar teils bar an die AIC zahlten, und mit Bankkrediten durch die *Kabul Bank* finanziert (Landay 2010). Dieses Geld wurde für die Förderung und den Kauf der Zement- und die in der Nähe gelegene Kohlemine akquiriert.

Die Verstrickungen, die unter dem Anspruch des *afghan ownership* auch von der Regierung verursacht worden sind, führen jedoch weiter. Mahmoud Karzai hat 6 Millionen US-Dollar von der *Kabul Bank* für die Gründung seiner Firma erhalten, „mit dem der Präsidentenbruder einen 7-prozentigen Aktienanteil an der *Kabul Bank* erwarb, ohne einen eigenen Cent mitzubringen“ (Imbert 2011). Als jedoch die *Kabul Bank* im Jahre 2010 nach Verlusten in Höhe von 987 Millionen US-Dollar von der Regierung geschlossen worden ist, kamen auch Mahmoud Karzai und Mohammad

Haseen Fahim durch ihre Kredite bei dieser Bank in Verruf.¹⁰⁰ Das Vermögen beider Personen (Karzai und Fahim) wurde eingefroren, Mahmoud Karzai verkaufte seine Anteile an der AIC an den Chef der *Azizi Bank*, um seine Kredite an die Bank zurückzahlen zu können. Die Verstrickungen der *Kabul Bank* haben in Afghanistan innenpolitisch und international hohe Wellen geschlagen und wurden als Exempel für die korrupten Vernetzungen der Karzai-Regierung international und innenpolitisch angeprangert. Für die afghanische Wirtschaft war der Bankrott der *Kabul Bank* ein schwerer Schlag: Internationale Geldgeber*innen – insbesondere der Internationale Währungsfonds – stoppten ihre Geldtransaktionen und die privaten Bankkunden verloren nach dem Verlust ihres Geldes das Vertrauen in ein modernes Banksystem (Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee 2012).

Sherkhan Farnood und Khalillullah Ferozi, Vorsitzender und Geschäftsführer der *Kabul Bank*, wurden im November 2014 von einem afghanischen Sondergericht wegen der *Kabul-Bank-Affäre* zu jeweils 15 Jahren Haft verurteilt. Im November 2015 hat Ferozi dank seiner Seilschaft in der Regierung Präsident Ghani die Erlaubnis erhalten, das Stadtprojekt *Smart City Township* umzusetzen, um seine Schulden durch den Bankrott der *Kabul Bank* begleichen zu können. Dieses Vorhaben erfolgte mit der Einwilligung der Berater Präsident Ghani. Die Bekanntgabe dieses Projektes löste heftige Proteste in den afghanischen und internationalen Medien aus. Daraufhin wurde der Vertrag vom Präsidenten Ghani Anfang November 2015 annulliert. In der *New York Times* berichtete Ferozi weiter, dass es eine Vereinbarung mit der Regierung gegeben habe, dass das Wohnungsprojekt gemeinsam mit dem Ministerium für Angelegenheiten der urbanen Entwicklung und Wohnen durchgeführt werden und der Begleichung seiner Schulden in Höhe von 137 Millionen US-Dollar dienen sollte (Mashal 2015). In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass bis zu 861 Millionen US-Dollar von der *Kabul Bank* nach Dubai transferiert und dort in Immobilien investiert wurden. Die Piloten der *Pamir Airline*, dessen Vorsitzender Farnood war, haben jeweils Bezahlungen in der Höhe von 300.000 US-Dollar mit dem Vermerk *pilots of cash delivery* erhalten (Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee 2012: 30).

Die Nachfolgeregierung unter Ghani hat ihren Wähler*innen versprochen, die Korruption zu bekämpfen und das entwendete Geld zurückzufordern. Der Regierung ist es bisher gelungen, von 155 Schuldnern 24 zu Rückzahlungen zu bewegen, so dass insgesamt um die 437 Millionen US-Dollar wieder an die Zentralbank zurückgeflossen sind (Integrity Watch Afghanistan 2015; Bahrami 2015). Die Verwicklung weiterer großer Unternehmen wurden von der unabhängigen Untersuchungskommission festgestellt. Nachdem sie mit Ratenrückzahlungen begonnen haben, wurde ihr Vermögen wieder freigegeben und das Ausreiseverbot für die größten Gesellschafter¹⁰¹ der *Kabul Bank* aufgehoben. Nach Angaben des *Independent Joint Anti-Cor-*

100 Manche Zahlen, so wie in *Der Spiegel* veröffentlicht, gehen von Zahlungen von bis zu 14 Millionen US-Dollar durch die *Kabul Bank* sowohl an Mahmoud Karzai als auch an Mohammad Haseen Fahim aus (Kazim 2010).

101 Die afghanische Generalstaatsanwaltschaft und die afghanische Presse hat von insgesamt 24 Schuldnern berichtet, deren Reiseverbot wieder aufgehoben wurde, nachdem sie sich bereit erklärt hatten, ihre Schulden in Raten abzubezahlen. Von ihnen wurden neun der

ruption Monitoring and Evaluation Committee (kurz: MEC) waren folgende große Unternehmen beteiligt:

„Businesses that owe the Kabul Bank money, according to the MEC public inquiry, include Gas Group (121.2 million USD), Pamir Air (88.9 million USD), Zakhira (22.9 million USD), Kabul Neft (21.5 million USD), Hewadwal corporation (15.5 million USD), Gulbahar Towers (16.8 million USD), and Ariana Steel (1.5 million USD).“ (van Bijlert 2015)

Diese Vorfälle zeigen, dass ethnische Vorbehalte bei lukrativen Geschäften keine Rolle spielten. Dennoch wurde die *Kabul-Bank*-Affäre von einigen tadschikischen Eliten als Verschwörung der paschtunischen Entscheidungsträger*innen gegen die tadschikischen Bankchefs gedeutet. Tatsächlich waren sowohl der Vorsitzende als auch der Geschäftsführer Tadschiken. Beide stammen aus dem politischen Lager des damals amtierenden ersten Vizepräsidenten Fahim und des ehemaligen Außenministers und heutigen CEOs Abdullah.

In einem Interview deutete Siavasch,¹⁰² der eine politische Schlüsselperson in Mazar-e Sharif ist, die Situation so, dass die *Kabul Bank* von Paschtun*innen gestürzt worden sei, damit sie von der paschtunisch geführten *Azizi Bank* übernommen werden könne. Ein anderes hohes Regierungsmitglied, Karim, hat im Interview im Zusammenhang mit dem Bankrott der *Kabul Bank* und dem Minenverkauf an seine eigene Familien-Klientel folgendes gesagt: „But the *Kabul Bank* is a different story. The *Kabul Bank* is a story of total theft, to stealing by some. And total promotion by the Americans to what has happened that way.“¹⁰³

Ein früh recherchierter und erschienener Artikel im *Guardian* könnte zum Teil diesen Verdacht bestätigen, da viele ausländische Berater*innen bis zu sechsstellige Gehälter erhalten hätten (Boone 2011). Sowohl der MEC-Bericht von afghanischer Seite als auch der Bericht des SIGAR haben bemängelt, dass die US-amerikanische Consultingfirma *Deloitte* die Missstände und korrupten Abläufe nicht bereits früher und aggressiver verfolgt haben (SIGAR 2014; Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee 2012). USAID hat im September 2003 begonnen, mithilfe der Consultingfirma für die öffentlichen Dienstunternehmen die *Da Afghanistan Bank* (DAB, afghanische Zentralbank) technisch und beratend zu unterstützen. Die von *BearingPoint* im Mai 2009 an *Deloitte* verkauften Verträge (z.B. USAID *Economic Growth and Governance Initiative*/EGGI) hatten ein Volumen von 92 Millionen US-Dollar und sollten in die Unterstützung und Entwicklung des Bankwesens in Afghanistan, also auch der *Kabul Bank*, fließen. Die zuvor über *BearingPoint* beschäftigten Berater*innen wurden von *Deloitte* übernommen. Die Untersuchungen SIGARs haben ergeben, dass bereits vor den Skandal auslösenden Artikel der *Washington Post* am 22. Februar 2010 genügend Hinweise auf unlautere fi-

größten Schuldner namentlich in der Öffentlichkeit genannt: Mahmoud Karzai, Gulbahar Habibi, Haseen Fahim, Daud Nassir, Mohammad Anwar Jigdalak, Mohammad Tahir Zahir, Mahboob Frotan, Mohammad Ismail Ghazanfar und Amrullah (Karimi 2015).

102 Siavasch wird in Kapitel 7.2.5 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation* näher beschrieben.

103 Vgl. Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 140f.

nanzielle Machenschaften vorgelegen hätten (auch auf Drohungen gegen Berater*innen *Deloitte*), denen man genauer und nachdrücklicher hätte nachgehen müssen (SIGAR 2014: 6ff; USAID 2011). Der Bericht listet zudem die einzelnen verdächtigen Zwischenstationen bis zum großen Eklat in der *Washington Post* auf.

Der Vorwurf, dass die Bank von einer paschtunisch geführten Regierung mit Absicht in den Bankrott gestürzt worden sei, oder – wie eine Minderheit in der afghanischen Regierung sagt –, dass die amerikanische Consultingfirma diese Zustände willentlich für ihren eigenen Profit genutzt hat, drängt das eigentliche Problem der strukturellen Bedingungen des Staatsaufbaus und des politischen Systems Afghanistans in den Hintergrund. Dies bedeutet für die zentrale Fragestellung nach den Konfliktodynamiken zwischen den unterschiedlichen Elitenvertreter*innen, dass es zwei Narrative gibt: Gehören die Elitenvertreter*innen den ethnischen Minderheiten der Opposition an, so werden sie den Skandal so beschreiben, dass sich die herrschende ethnische Gruppe auf Kosten der anderen Gruppen bereichert hat. Handelt es sich um regierungsnahe Elitenvertreter*innen, die mit den involvierten Firmen in verwandtschaftlichem Verhältnis stehen, so werden die amerikanischen Inspektor*innen für den Bankrott verantwortlich gemacht. Beide Narrative werden je nach politischen Kosten-Nutzen-Kalkül und nach dem jeweiligen politischen Zusammenhängen unterschiedlich instrumentalisiert.

Auf die Frage, was Mohsen über das Minengesetz denkt und warum es zum Zeitpunkt des Interviews vom Parlament noch nicht verabschiedet worden ist:

„Das Parlament verschleppt die Verabschiedung des Gesetzes absichtlich, weil es das Minengesetz absichtlich nicht so schnell in Kraft setzen möchte, damit dann nicht solche Verhältnisse wie in Afrika herrschen. ... Ein Beispiel ist die Zement-Fabrik in Baghlan. Das Öl im Norden des Amu Daryas wurde an die *China National Petroleum Corporation* verkauft. Es wurden 700 Millionen US-Dollar Profit versprochen, aber momentan beläuft sich der Profit auf nicht mehr als 50 Millionen US-Dollar.“¹⁰⁴

Vielleicht wollten die Gesetzgeber*innen ihrer Kontrollaufgabe nach einem *checks-and-balances*-System nachkommen, ich halte es jedoch für wahrscheinlicher, dass die Parlamentarier*innen ihre eigenen Interessen im Blick hatten. Bereits im Jahre 2010 wurde ein Minengesetz verabschiedet, doch dann sollte noch kurz vor dem geplanten Abzug der Internationalen Truppen Ende 2014 eine überarbeitete Fassung des Minengesetzes ratifiziert werden, damit Investitionen im Bereich der Mineral- und Naturressourcen getätigt werden konnten. Das vom Parlament verabschiedete Minengesetz vom 14. August 2014 erlaubt es nun Investor*innen und den jeweiligen Firmen, so wie *Global Watch* kritisiert, Verträge abzuschließen, ohne Vertragsdetails veröffentlichen zu müssen (Global Witness 2014). Diese Intransparenz erschwere es den Afghan*innen, zu erkennen, wie hoch z.B. die staatlichen Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen und die Steuereinnahmen sind. Außerdem sei in dem überarbeiteten Gesetz auch nicht reguliert, nach welchen Kriterien die Lizenzvergabe ablaufen soll. Auch sieht das Gesetz keinerlei Mechanismen für Konfliktlösungen für

104 Vgl. Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 3. November 2014 in Kabul: 183.

Gemeinden vor, die von der Förderung betroffen sein werden. Die positiven Aspekte des überarbeiteten Gesetzes seien, dass im Artikel 100 des Gesetzes im Kapitel zu Anti-Korruptionsmaßnahmen geschrieben steht: „The Ministry of Mines and Petroleum, the Ministry of Finance, License Holder, contractor and other relevant agencies shall, for the purpose of transparent management and effective Mining revenues, comply with the requirements and standards of the Extractive Industries Transparent Initiative.“ (Minerals Law 2014: 49)

Im Vergleich zum Minengesetz (Minerals Law 1391 2012) sind in schwächerer Form auch die Umweltschutzzvorgaben und sozialen Aspekte bei der Förderung der Ressourcen berücksichtigt worden (Minerals Law 2014: 44-46). Eine Nachrichtenagentur hat unter anderem auch kritisiert, dass das neue Gesetz lediglich die finanzielle Entschädigung für Landbesitzer*innen reguliere. Jedoch hätte auch für diejenigen, die als Pächter*innen oder Mieter*innen auf dem Land wohnen, eine gesetzliche Entschädigung vereinbart werden müssen (IRIN 2014). Ein weiteres schwerwiegendes Problem ist die enge Verknüpfung zwischen den politischen Ämtern der Parlamentarier*innen, den Angestellten der Schlüsselministerien und ihrer Familienangehörigen und den Investoren. Es gibt keine offiziellen Angaben über die Anzahl der verkauften Minen (Halbedelsteine, Gas, Öl, Kupfer, Eisen, Zement etc.). So stellt ein Experte für die Mechanismen und Bedingungen bei der Vergabe von Minenverträgen, Noorani, fest: „There might be 2,500 to 3,000 sites where illegal extractions are taking place, [...]. It must be said that a mine that gets extracted from multiple directions, it cannot be even counted.“ (Mohammadi 2015) Darüber hinaus sind zahlreiche Mitglieder des Parlaments direkt an Minenunternehmen beteiligt, was ihnen vom Gesetz her verboten ist.

In dieser Debatte wird bereits zum Teil deutlich, dass der ethnische Konflikt von wirtschaftlichen Interessen der Eliten gesteuert wird. Die Partikularinteressen der politischen Eliten und Wirtschaftseliten stehen im Zusammenhang mit den in Folge der Kriegsjahre ethnisierten Auseinandersetzungen, die weiterhin durch Misstrauen und Überlebenswillen der jeweiligen Fraktionen bestimmt sind.

Eine weitere bisher unberücksichtigte Fraktion sind die Taliban: Wie sie die Konfliktstrukturen innerhalb der Staatsorganisation und die Chancen auf einen Frieden betrachten, wird im Folgenden dargestellt.

6.5 DIE FRIEDENSBESTREBUNGEN AUS DER PERSPEKTIVE DER TALIBAN

Zwei Taliban-Repräsentanten habe ich in Kabul interviewt, da die Friedensverhandlungen in der Hauptstadt geführt und dort auch die wichtigsten Entscheidungen gefällt werden. Die Friedensverhandlungen sind ein Hauptstadtdiskurs und durch die Präsenz der unterschiedlichen Fraktionen sind alle wichtigen Verhandlungspartner*innen, die überzeugt werden müssen oder mit denen gesprochen werden muss, anwesend. Mitglieder der Taliban-Bewegung, die seit der Bonner Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 vom Staatsbildungsprozess ausgeschlossen waren, haben sich mir gegenüber während des Interviews zu weiteren Konflikt- und Themenfeldern geäußert. Unmut äußerten sie in den

zwei Interviews primär zu drei Punkten: Erstens, dass sie von der neuen Regierungsbildung in Bonn im Jahre 2001 ausgeschlossen waren, zweitens, dass die Friedensverhandlungen weiterhin von den falschen Akteur*innen initiiert werden, und drittens, dass die Rolle des Islam in der jetzigen Regierungsführung nicht eindeutig sei. Nachfolgend werden die Ansichten der zwei von mir interviewten Taliban, Rasul und Juwand, zu diesen Themenfeldern dargelegt, anhand der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen durchleuchtet und die unterschiedlichen politischen Schattierungen der Taliban-Bewegung kontrastiert.

Das Interview mit dem ehemaligen *talib* Juwand habe ich in seinem sehr gut geschützten Büro in Kabul im November 2014 führen dürfen. Es lag in einer Nebenstraße in Kabul, die mit zwei Schranken abgesperrt war. Wir wurden nach einer kurzen Befragung und Durchsuchung an zwei Wachhäuschen durchgelassen. Anschließend mussten Darius und ich in einen verwinkelten Innenhof gehen. Juwand kam nur wenige Minuten zu spät, da er zuvor bei einem Treffen mit der UNAMA war, und er entschuldigte sich. Er trug eine traditionelle afghanische Tracht (*pērāhan wa tunbān* und *pakol*-Mütze), ließ sich auf einem Sessel am Kopf einer Sitzgarnitur nieder und streckte seine Füße in Richtung eines elektrischen Ofens. Während des gesamten Interviews wurde er von einem misstrauischen Leibwächter bewacht, der direkt hinter der geschlossenen Tür stand und sich zwischendurch bemerkbar machte, in dem er die Tür öffnete und kontrollierte, ob alles problemlos verlief. Das Mittagsgebet hatte Juwand für unser Interview ausfallen lassen, wies aber auf den rufenden Muezzin hin und machte eine kleine Pause. Er kam damit den Pflichten eines guten Muslims nach, der zumindest schweigen muss, wenn der Muezzin zum Gebet ruft. Zum Ende des Interviews wehrte er eine Nachfrage zur Durand-Linie mit dem Kommentar ab, dass es eine emotionale Frage sei. Um das Interview versöhnlich enden zu lassen, lud er Darius und mich zum Mittagessen ein. Ich lehnte dankend ab, da es nur eine einmalige Aufforderung aus Höflichkeit war und er nicht weiter insistierte.¹⁰⁵ Im Interview antwortete mir Juwand, der als Diplomat in einem strategisch wichtigen Land während der Taliban-Herrschaft das Regime repräsentierte, auf die Frage zur Rolle des Islamischen Staates (IS):

„I was a Taliban fighter. I have explained. We are also very patriotic about being Afghans. In the media, they reflect that we are very rigid people and how dark they think about us. They were youth who came from madrassas and had no education, no experience in dealing with foreign countries on international level and with national people. They [Taliban] are more nationalists. One American brought up 600 points and wrote that the Taliban are more nationalists people, the others have more prejudice.“¹⁰⁶

Zunächst ist interessant, dass der ehemalige Taliban-Repräsentant, der sich nun in seiner politischen Rolle um einen Friedensprozess bemüht, während des gesamten In-

105 Dieses kulturelle Konzept der Höflichkeit habe ich in Kapitel 6.2 *Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* näher mit dem persischen Wort *t'ārof* erklärt und im Deutschen mit angemessenem Verhalten übersetzt (LoCastro 2012; Eslami-Rasekh 2005).

106 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul: 213.

interviews zwischen „wir“ und „denen“ schwankte, wenn er von den Taliban sprach. Juwand gab an, nationalistischer als andere afghanische Gruppierungen zu sein. Offiziell besteht für die Taliban nicht die Möglichkeit, die ethnische Problematik auf einer politischen Plattform für sich zu instrumentalisieren, da sie momentan nur durch wenige ehemalige Taliban in der Regierung vertreten sind. Auch die Rekrutierung der Taliban basiert nicht mehr auf ethnischer Zugehörigkeit. Rashid schrieb zu den gescheiterten Verhandlungen zwischen einer Gruppe von Gesandten der Taliban und der afghanischen Regierung in Doha im Jahr 2013:

„Die Mitglieder der Friedenslobby sehen sich selbst eher als afghanische Nationalisten denn als Dschihadisten. Sie haben genug von den Vorwürfen, sie seien Marionetten der Pakistaner. Es sind die Hardliner – überwiegend Feldkommandeure innerhalb der Schura und in Afghanistan –, die Gespräche ablehnen. Da immer weniger junge Afghanen bereit sind, in den Kampf zu ziehen, heizen diese Kommandeure die Sommeroffensive an, indem sie in großer Zahl dschihadistische Pakistaner und zentralasiatische Kämpfer für die Auseinandersetzung in Afghanistan rekrutieren.“ (Rashid 2013: 24)

Die über mehrere Monate angebahnten Gespräche wurden abgebrochen, als die Delegation der Taliban an dem für sie vom katarischen Emirat zur Verfügung gestellten Gebäude die weiße Flagge des Islamischen Emirats Afghanistans mit der Aufschrift „Das politische Büro des Islamischen Emirats Afghanistans“ hissten (Latifi 2013). In Rashids Koordinatensystem der Taliban-Repräsentanten können beide interviewte Taliban, Juwand und Rasul, als Friedenslobbyisten betrachtet werden. Diese Interpretation ihrer Rolle innerhalb der Taliban-Bewegung hängt sowohl mit den Beziehungen zur pakistanischen Regierung und dem ISI als auch der historisch-politischen Bewegung der Taliban zusammen, deren historische Wurzeln auf die frühen 1980er Jahre zurückgehen. Da bereits aus der Beschreibung zur Interviewsituation mit Juwand und dem ersten kurzen Zitat Juwands hervorgeht, dass die Taliban auf eine längere Geschichte im Inland und im Nachbarland Pakistan zurückblicken können, wird im nachfolgenden Teil die politische Dimension der Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen *tanzims* und die Folgen für den Aufstieg der Taliban dargelegt.

6.5.1 Vom internationalen Krieg zum innerstaatlichen Konflikt

In den 1980er Jahren wurden insgesamt sieben *mujaheddin*-Gruppierungen aus den großen afghanischen Flüchtlingslagern in Peschawar mit finanzieller Unterstützung der USA und über die logistische und personelle Infrastruktur des pakistanischen ISIs als Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgebaut (Goodson 2001). Im Jahre 1990 beliefen sich die Flüchtlingszahlen auf 4 Millionen (ebd.: 61). Sie waren bereits damals entlang der ethnischen Zugehörigkeiten und in radikal islamistische bis moderate Lager gespalten, aber bereit, gemeinsam die Rote Armee zu bekämpfen.

Während des Militärregimes von General Mohammad Zia ul-Haq (1977-1988) begannen die Gelder des CIA über den ISI zu fließen. Zia ul-Haq legte Wert darauf, die einzelnen *tanzims* weiterhin in finanzieller Abhängigkeit zu halten und somit zu kontrollieren. Auch die amerikanische Administration und der damals amtierende Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski verfolgten bereits ab dem 3. Juli

1979 – sechs Monate vor dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan, der am 27. Dezember 1979 begann – die Strategie, islamistische Strukturen als Bollwerk gegen die Sowjetunion zu unterstützen. In einem Interview mit *Le Nouvel Observateur* antwortete Brzezinski 1998 auf folgende Frage des Journalisten:

„Q: When the Soviets justified their intervention by asserting that they intended to fight against a secret involvement of the United States in Afghanistan, people didn't believe them. However, there was a basis of truth. You don't regret anything today?

B: Regret what? That secret operation was an excellent idea. It had the effect of drawing the Russians into the Afghan trap and you want me to regret it? The day that the Soviets officially crossed the border, I wrote the President Carter. We now have the opportunity of giving the USSR its Vietnam war. Indeed, for almost 10 years, Moscow had to carry on a war unsupportable by the government, a conflict that brought about the demoralization and finally the breakup of the Soviet empire.“ (Le Nouvel Observateur 1988)

Es war bereits während der Herrschaft der Taliban (1996-2001) kein Geheimnis mehr, dass die USA die *mujaheddin* finanzierten, um in der bipolaren Weltordnung als Sieger hervorzugehen. Pakistans Militärdiktatur beherbergte viele afghanische Flüchtlinge und diente als Transitland für den Stellvertreterkrieg der USA. Rashid beschreibt die damalige Politik des pakistanischen Präsidenten weiter:

„Alle sieben [*mujaheddin*-Gruppierungen] waren religiös geprägt, denn Zia verbot den afghanischen Nationalisten, Demokraten oder säkularen und linksgerichteten Parteien die Betätigung. Er bestand auch darauf, dass die Parteien den Krieg als Dschihad bezeichneten und nicht als nationalen Befreiungskampf. Der ISI benutzte das Geld und die Waffen der CIA zur Bestechung, um die [*mujaheddin*]-Gruppierungen auf Linie zu halten, und sorgte dafür, dass die extremsten Parteien den größten Teil der Hilfe erhielten, allen voran Gulbuddin Hikmetyars Partei *Hizb-e-Islami*.“ (Rashid 2010b: 30f)

Nach dem Abzug der Roten Armee im Jahre 1989 und dem Versiegen der finanziellen Ressourcen begannen die innerstaatlichen Auseinandersetzungen zwischen diesen sieben *tanzims*, die jeweils in unterschiedlichen Konstellationen von 1992 bis 1996 miteinander koalitierten oder gegen einander kämpften.¹⁰⁷ Rashid beschrieb in seinem Buch über die unterschiedlichen Gruppierungen, die eigentlich aus religiösen Führern ohne militärische Erfahrung hervorgegangen sind, bereits im Jahre 2000 folgendes:

107 Goodson beschreibt detailliert und pointiert, wie die unterschiedlichen Gruppierungen nach dem Abzug der sowjetischen Armee und der versiegenden finanziellen Unterstützung der Regierung Najibullahs begannen, sich in unterschiedlichen Koalitionen zu verbünden, bis schließlich die Taliban im September 1996 Kabul einnahmen (Goodson 2001: 73-81). Wichtige geopolitische Einsichten bietet Rashid, der damals bereits die Region bereiste und auch Karzais Perspektive sowie seine Beziehungen zu den Taliban durchleuchtet (Rashid 2010b: 32-47).

„Prior to the war the Islamicists barely had a base in Afghan society, but with money and arms from the CIA pipeline and support from Pakistan, they built one and wielded tremendous clout. The traditionalists and the Islamicists fought each other mercilessly so that by 1994, the traditional leadership in Kandahar had virtually been eliminated, leaving the field free for the new wave of even more extreme Islamicists – The Taliban.“ (Rashid 2000: 19)

Die erste Stadt, die die religiösen Schüler der pakistanischen *madrassas* erfolgreich einnehmen konnten, war im September 1994 Kandahar, gefolgt von Kabul im September 1996, von wo aus sie dann etwa 90 Prozent des Landes bis zum 13. November 2001 beherrschten. Ohne an dieser Stelle detaillierter auf die unterschiedlichen Konstellationen während des Bürgerkrieges von 1992 bis 1996 einzugehen, sei für den vorliegenden Kontext ein kurzer Exkurs über die Rolle Pakistans beim Aufstieg der Taliban und im Bürgerkrieg erlaubt. Es soll auch beschrieben werden, wie es zum Umschwung im geopolitischen Machtspiel zwischen Iran, Pakistan, Usbekistan, Russland und Saudi-Arabien im Sinne der Taliban-Bewegung um 1994 kam.¹⁰⁸

Nachdem Präsident Najibullah am 18. März 1992 seinen Rücktritt an die Bedingung geknüpft hatte, eine Interimsregierung zwischen den sich bekriegenden *mujaheddin*-Gruppierungen müsse ihm folgen, brachen zwischen den alten ethnopolitisch organisierten Parteien und den jeweils assoziierten *mujaheddin*-Gruppierungen erbitterte Kämpfe aus. Die überwiegend paschtunischen *Khalq*-Funktionäre schlossen sich Hekmatyars *Hezb-e Islami* und die tadschikischen *Parcham*-Funktionäre ihren tadschikischen, hasarischen und usbekischen Glaubensbrüdern an (Barfield 2010: 248). Im gesamten Land brachen erneut Kämpfe aus und stark umkämpft war über mehrere Jahre die Hauptstadt Kabul. Von 1992 bis 1993 wurden mindestens 40.000 Menschen¹⁰⁹ getötet, 150.000 verletzt und Hunderttausende verließen die Hauptstadt (Schetter 2004: 119). Bevor Rubin in seinem Buch detailliert auf die Bürgerkriegswirren eingeht, fasst er einleitend zusammen: „The ethnic structure of the conflict changed over time as the domestic and international balance of power shifted, suggesting that the conflict was fundamentally a struggle for power rather than an ethnic war fueled by ‚ancient hatreds‘.“ (Rubin 1995: 129)

In Kabul kontrollierte die *Shura-ye Nazar* unter Rabbanis politischer und Masouds militärischer Führung zusammen mit Dostums *Jonbesch-e Melli*, mit Sayyafs Partei *Ittehad-e Islami* den Nordosten und das Zentrum der Hauptstadt. Die Partei Hekmatyars (*Hezb-e Islami*) beherrschte die höher gelegenen Viertel und die Voror-

108 Es gibt bereits detaillierte Forschungsliteratur zu den Bürgerkriegshandlungen zwischen den *mujaheddin*-Gruppierungen, die die einzelnen Phasen der unterschiedlichen Koalitionen der damaligen *tanzims* beschreiben. Interessant sind auch die Analysen zu den geopolitischen Machtverschiebungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der politische Einfluss der Nachbarstaaten. Hier eine kleine Auswahl an Forschungsliteratur: Saital 2004; Rubin 2002; Goodson 2001; Rashid 2000; Rubin 1993; Roy 1990.

109 Barfield beziffert die zivilen Opfer dieses Krieges um die Hauptstadt Kabul auf 25.000 und wahrscheinlich bezieht er sich auf die Jahre von 1992 bis 1995 (Barfield 2010: 250). Schetter beziffert aufgrund des durchgehenden Bombardements der *Hezb-e Islami* die Opfer auf 40.000, insgesamt kamen seinen Schätzungen nach 60.000 bis 80.000 Menschen ums Leben (Schetter 2004: 119f).

te, von wo aus sie die Stadt unter langandauernden Artilleriebeschuss nahm. Dorronsoro beschreibt die damaligen Kampfhandlungen und die Spaltungen als *Beirutization of Kabul* (Dorronsoro 2005: 75). In einer späteren Forschung führt Dorronsoro weiter aus, warum der afghanische Bürgerkrieg nie zugunsten einer Fraktion entschieden wurde. Erstens sei zwar die Hauptstadt Kabul, wie damals Beirut (1975-1990), zwischen unterschiedlichen Ethnien, Konfessionen, Parteien und verschiedenen regionalen und überregionalen Mächten umkämpft gewesen (Monroe 2016: 36).¹¹⁰ Jedoch sei der Unterschied zum Konflikt im Libanon jener, dass die Stadt niemals nach irgendeiner Vereinbarung offiziell entlang der Fraktionen geteilt werden konnte (Dorronsoro 2007: §16). Die Belagerung des urbanen Raumes hätte erlaubt, ein neues politisches und institutionelles Mächtigkeitsgleichgewicht herzustellen. Dieses Gleichgewicht wurde jedoch wegen der ständigen Kämpfe nicht hergestellt, und auch wenn die Milizen Massouds als Koalitionspartner von Rabbanis Partei der *Jamiat-e Islami* das Regierungsviertel kontrollierten, bestand nicht die Möglichkeit, eine friedliche oder überhaupt eine einheitliche Regierungsführung einzuleiten. Keiner der Hauptakteure – weder Massoud noch Hekmatyar – hat während des Krieges ein urbanes Zentrum von strategischem Ausmaß für sich dauerhaft gewinnen können. Auch wenn Massoud den Nordosten und Dostum ein paar Städte im Norden als Hochburgen halten konnten, blieb die Eroberung der Hauptstadt aus, die zu einem Wendepunkt im Krieg hätte führen können (ebd.: §16).

Die von der VN koordinierten Friedensverhandlungen für eine friedliche Machtübergabe von dem amtierenden Präsidenten Dr. Najib¹¹¹ an eine Interimsregierung stießen auf Unmut bei den sich uneinigen *tanzims*. Nur wenige Wochen nach Najibullahs Rede kam die Hauptstadt Kabul ab April 1992 durch Hekmatyars Truppen aus dem Süden und durch Massouds und Dostums Truppen aus dem Norden unter

110 Monroe kritisiert, dass der Krieg im Libanon als Bürgerkrieg bezeichnet wird und die Teilung der Stadt als Neologismus (*Beirutization*) bereits in die Wissenschaft eingegangen ist. Aufgrund der unterschiedlichen regionalen und überregionalen Mächte verwendet sie in ihrem Buch die Begriffe *Lebanon's war*, *the long war* und *regional war*. Als Begründung gibt Monroe folgendes an: „[...] the war in Lebanon was in fact a multinational one fought by members of Lebanese, Palestinian, Syrian, Israeli, U.S., and other foreign militia groups and state armies.“ (Monroe 2016: 36) In ihrer Analyse geht sie dem Konzept des *spatial conflict* im Libanon auf den Grund.

111 Retrospektiv ist der Präsident Mohammad Najibullah (1986-1992) bei vielen Kabulis weiterhin beliebt und wird mit einer relativ friedlichen Zeit in Verbindung gebracht. Meist gehören diese Nostalgiker*innen einer Gruppe an, die keine mittelbaren oder unmittelbaren Leittragenden seiner Inhaftierungswellen von potenziellen oder tatsächlichen Oppositionellen während seiner Zeit als Leiter des *Khad* (1980-86) waren. Von vielen wird er weiterhin als Dr. Najib bezeichnet. Ihm gelang eine Regierungsführung losgelöst von sowjetkommunistischer Doktrin und sogar Stammeszugehörigkeiten. Najib verzichtete fortan als Präsident auf die Stammesbezeichnung „Ahmadzai“ in seinem Nachnamen. Die Ahmadzai gehören dem Ghilzai-Zweig der Paschtunen an. Diese Politik Najibs weist überraschende Parallelen zu Ashraf Ghani auf, der auch kurz nach seinem Regierungsantritt auf seine Stammesbezeichnung „Ahmadzai“ verzichtete und damit als Repräsentant einer multiethnischen Nation verstanden werden will (Packer 2016).

starken Beschuss. Die schiitische *Hezb-e Wahdat* unter der Führung von Ali Mazari griff vom Westen an. Im *Peshawar Accord* vereinbarten die *tanzims* am 24. April 1992, dass der religiöse Führer Hazrat Sibghatullah Mojaddedi (*Jabha-ye-Nejate Milli-ye-Afghanistan*) zwei Monate lang Vorsitzender des Islamischen Rates werden sollte. Danach sollte ihn Rabbani von der *Jamiat-e Islami* als Interimspräsident für vier Monate ablösen.

Alle beteiligten schiitischen und sunnitischen Gruppierungen erhielten nach diesem Abkommen Posten (Peshawar Accord 1992). Noch während der laufenden Verhandlungen in Peshawar gingen die Kampfhandlungen weiter. Als sich Gerüchte über die Einnahme des Flughafens von Kabul durch Hekmatyar und die *Khalqis* verbreiteten, nahmen Massoud und Dostum mit ihren Milizen den Flughafen am 24. April 1992 ein (Barfield 2010: 248). Dies geschah noch bevor die neue Übergangsregierung am 29. April von Islamabad nach Kabul einflog. Die geplante 18-monatige Übergangsregierung wurde von Hekmatyars Truppen bekämpft, da er sich nicht als zweiter Mann der Regierung unterordnen wollte und in einer starken tadschikischen, hasarischen und usbekischen Front die Gefahr sah, innerhalb der neuen Weltordnung langfristig machtpolitisch zu verlieren.

Der Iran unterstützte von nun an finanziell, logistisch und ideologisch die schiitischen *mujaheddin* und die tadschikischen *Jamiat-e Islami*-Kämpfer, deren kulturelle und sprachliche Verbindung über den Iran bis nach Tadschikistan reichte. Die Usbek*innen wurden weiterhin von Russland und Usbekistan finanziert. Russland finanzierte auch die *Jamiat-e Islami*. Die Verschiebungen während der bipolaren Weltordnung und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fast Giustozzi so zusammen:

„While upto 1991, only four countries were involved – the United States, Saudi Arabia and Pakistan with the mujahidin, and the Soviet Union with the government – siding permanently with the same faction throughout the war, since 1992 external powers have switched from one faction to the other with extreme opportunism. Russia at times supported Jamiat at certain periods, and Dostum at others. Saudi Arabia first supported Jamiat (thanks to the good offices of Ittehad, a small ‚Wahabi‘ party aligned to Rabbani), then the Taliban. Pakistan first sustained Hizb-e Islami, and then the Taliban, with a transitory phase when, owing to rivalries between different services, it supported both of them. Iran helped first Hizb-i Wahdat, then Jamiat and (possibly) Wahdat, and finally Dostum. Only India and Uzbekistan stuck all the time to Jamiat and Dostum respectively.“ (Giustozzi 2000: 245)

In diesem neuen Machtgefüge erreichte der Beschuss der Hauptstadt durch Hekmatyars Truppen von Mai bis August 1992 seinen Höhepunkt, die Kampfhandlungen legten die Wasser- und Stromversorgung der Stadt lahm, so dass die Krankenhäuser nicht mehr funktionsfähig waren (Rubin 1993: 488). Viele diplomatische Vertretungen reduzierten ihr Personal oder zogen es vollkommen aus der Stadt ab, die nun fast vollständig in Schutt und Asche lag. Afghanistan versank in innerstaatlichen Auseinandersetzungen, der Krieg verlor seine weltpolitische Dimension und verschwand vom Bildschirm des internationalen Interesses.

Nachdem Rabbani – wie im Peshawar-Abkommen vorgesehen – am 28. Juni 1992 die Interimspräsidentschaft antrat, rief er nach der sechsmonatigen Frist seine bisherigen Verbündeten am 28. Oktober 1992 zu einer Verlängerung seiner Präsi-

denschaft auf. Aufgrund der andauernden Kampfhandlungen beschloss der Rat widerwillig eine lediglich 45-tägige Verlängerung seines Amtes (Rubin 1995: 134). Rabbani beschloss, für Dezember 1992 eine Versammlung mit seiner eigenen Gefolgschaft der *Jamiat-e Islami* einzuberufen. Alle der anwesenden *Jamiat*-Sympathisanten (1.335 Männer) bestätigten ihn am 29. Dezember für die nächsten 18 Monate in seinem Amt. Wieder war Hekmatyar als Premierminister vorgesehen, aber mit dieser Rolle wollte sich Hekmatyar als paschtunischer Islamist gegenüber einem tadschikischen Islamisten der *Jamiat*-Partei nicht fügen. Dieser Alleingang Rabbanis und seines amtierenden Außenministers Massoud empörte die anderen *mujaheddin*-Gruppierungen auch aufgrund der neuen geopolitischen Gemengelage, es kam zu einer Rotation der Koalitionen. In der afghanischen Öffentlichkeit wird Rabbani im Vergleich zu Hekmatyar als gemäßigter Islamist beschrieben, aber aus der Forschungsliteratur geht hervor, dass auch Rabbani eine rigide Interpretation seines Islamismus in seiner Regierungszeit durchsetzte. Unter ihm wurde der Islamische Staat Afghanistan ausgerufen und auch die Gesetze entsprachen einer *din-wa-dawla*-Interpretation der Regierungsführung, unter der die Frauen bereits angehalten waren, einen *hijab* zu tragen, Kinofilme, in denen sich Mann und Frau unterhielten, wurden zensiert, weibliche Moderatorinnen wurden verbannt und auch die Teilnahme von afghanischen Frauen an der Vierten Weltkonferenz für Frauenrechte der Vereinten Nationen in Peking im Jahre 1995 wurde verboten. Verstöße gegen islamische Verhaltenskodizes wurden bereits unter Rabbanis Zeit mit öffentlichem Erhängen in der Kabuler Innenstadt an Holzpfeilen geahndet (Steele 2011). Rabbani nahm jedoch Kabul nicht mehr unter Dauerbeschuss, da er bereits Präsident war und mit Massoud einen charismatischen Milizenführer und Verteidigungsminister (1992-1996/2001) hatte. Ihm gelang es, sich mit seinen internationalen Unterstützern, wie dem Iran und Russland, in den nördlichen Provinzen Tachar, Badachschan und Parwan gegen die Taliban zu behaupten. Vom 5. September 2010 bis zu seiner Ermordung am 20. September 2011 hatte Rabbani den Vorsitz des *High Peace Councils* (HPC) inne und sollte in dieser Rolle den Friedensprozess mit den Taliban einleiten.

Karzai hatte sicherlich mit der Wahl eines tadschikischen Vorsitzenden versucht, seine Kooptationsstrategie mit einem multi-ethnischen Friedensansatz zu verbinden, so dass auch die tadschikischen Elitenvertreter*innen sich für einen Friedensprozess mit den Taliban aussprechen. Für die afghanische Bevölkerung kam die Besetzung dieses Friedensrates, den Karzai am 18. Oktober 2010 einweihte, einer politischen Farce nahe, da die Mehrheit der 70 Friedensratsmitglieder sich eher durch ihre Kriegs- als durch ihre Friedensfähigkeiten auszeichneten (Ruttig 2010d). Anfangs waren lediglich zwei Frauen Mitglieder des Friedensrates, aber nach Ghanis Machtübernahme und unter dem Druck durch die Zivilgesellschaft sind es nun zumindest neun Frauen (Human Rights Watch 2015; Galvanek 2014).

Im Sommer und Herbst 1993 liefen dann die Fraktionsspaltungen zwischen den schiitischen Hasaras unter der Führung Ali Mazaris der *Hezb-e Wahdat*, unterstützt vom Iran, und den paschtunisch-sunnitischen *Ittehad-e Islami*-Anhänger*innen unter der Riege von Abdurrahman Rasoul Sayyaf, finanziert durch Saudi-Arabien. Auf diese Zeit gehen auch die schlimmsten und bis heute tabuisierten ethnischen Säuberungen zurück. Der Stadtteil Afshar im Westen Kabuls, in dem überwiegend Hasaras wohnten, wurde von den Truppen Massouds am 11. Februar 1993 über neun Stunden beschossen. Danach massakrierten Sayyafs Kämpfer, die Verbündeten von Rabbanis

Jamiat-Partei, die hasarische Bevölkerung über mindestens drei (dokumentierte) Tage. Dorronsoro fasst die damalige Situation in folgenden politischen Kontext:

„For the next three days the victorious troops massacred numerous civilians (probably between 200 and 300). Witness statements confirmed that the mujahaddin entered homes and committed various atrocities (rapes, murders, body mutilation, etc.). The massacre was the reaffirmation of ethnic hierarchies that the Hazaras had challenged by positioning themselves as political forces on the same footing as other groups. In Afghanistan, the coexistence between different communities had been possible because of the implicit recognition that a hierarchy, by definition unequal, existed. This is why ethnic cleansing, which is a specific type of violence that presupposes a will to eliminate another in order to seize a space, was quite rare.“ (Dorronsoro 2007: §33)

Dieses Massaker an den Hasaras lebt weiterhin im kollektiven Gedächtnis der Ethnie fort. Bis heute hat Sayyaf eine politisch prominente Rolle als Mitglied des Unterhauses und als Präsidentschaftskandidat im Jahre 2014 inne, was je nach politischer Überzeugung oder ethnischer Zugehörigkeit Befremden oder Begeisterung hervorruft. Wie aus einem Bericht der *Human Rights Watch* hervorgeht, nahmen die Milizen der hasarischen *Wahdat*-Partei im Gegenzug ein paar Monate später Tadschiken und Paschtunen fest und folterten sie (Human Rights Watch 2005). In der Folge befanden sich die einzelnen Fraktionen in einer Pattsituation, die auch mit der damals herrschenden geopolitischen Situation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Zusammenhang steht. Während die schiitischen Hasara vom Iran, die paschtunischen Sunnit*innen von Saudi-Arabien finanziert wurden, nutzte Islam Karimov, der Präsident Usbekistans, die Milizen Dostums dazu, Massouds Einfluss an der Grenze zu Nordtadschikistan mit finanzieller Unterstützung Russlands einzudämmen.

Zum strategisch entscheidenden Umschwung kam es im Januar 1994, als Hekmatyar beschloss, aufgrund des politischen Stillstandes und der günstigen politischen Lage auf Dostum zu zugehen, um mit ihm eine neue Allianz zu schmieden. Unter der Regie Hekmatyars entstand zwischen seiner Partei, der *Hezb-e Islami*, der Partei des ersten Präsidenten des Islamischen Staates Afghanistans nach dem Rückzug der sowjetischen Armee Sibghatullah Mujaddedi *Jebhe-ye Milli Nejat* (Nationale Befreiungsfront), Mazaris *Hezb-e Wahdat* (Einheitspartei) und Dostums *Junbish-e Milli-ye Islami* der Koordinierungsrat (*Shura-ye Hamaahangi*). Diese neue Koalition kämpfte gegen Massouds Truppen der Nord-Allianz (*Shura-ye Nazar*). Die erneuten internationalen Bemühungen, im Rahmen des *Islamabad Accord* vom 7. März 1993 und unter den diplomatischen Vermittlungen der Vereinten Nationen, geleitet vom VN-Sonderbotschafter Mahmoud Mestiri (1993-1996), eine Einigung zu finden, scheiterten (Rubin 1995: 137f).

Die Hoffnungen Pakistans, mit der *Hezb-e Islami* Hekmatyars Einfluss auf Afghanistan zu sichern – nicht zuletzt für die eigenen geopolitischen Interessen in den paschtunischen Gebieten und wegen des Kaschmir-Konflikts –, scheiterten, als Hekmatyars 1992 offen eine Konföderation aus Pakistan und Afghanistan forderte. Auch Saudi-Arabien stoppte seine Unterstützung Hekmatyars, da dieser im Zuge des Golfkriegs 1991 allzu große Sympathien für Saddam Hussein zeigte (Schetter 2004: 122). In dieser militärischen und politischen Pattsituation und einem moralisch bereits verlorenen Krieg zwischen den einst gefeierten *mujaheddin*-Kämpfern tauchten die Re-

ligionsschüler, die Taliban, als Ordnungshüter und Sicherheitsgaranten Mitte 1994 auf.

Mullah Omar und seiner Gefolgschaft kam dabei zugute, dass sie ethnische Verbindungen zu den mächtigen Durrani-Stämmen in Kandahar und Helmand hatten, auf die Hekmatyar als Ghilzai-Paschtune nicht zurückgreifen konnte. Ohne die innerethnischen Spannungen und ihre Verläufe zu verabsolutieren, sei darauf hingewiesen, dass die Stammesverbände der Paschtun*innen in Helmand und Kandahar bereits damals eher traditionell orientiert waren und sich nicht für die Ziele und Werte der modernen Nationalist*innen oder Islamist*innen instrumentalisieren lassen wollten. Nach den langen Kriegsjahren erschienen die Taliban, die aus dieser Region stammen, als Hoffnungsschimmer für frommere und friedlichere Zeiten. Denn wie bereits Ibn Khaldun feststellte, kann die Blutsverwandtschaft, ein Klientelverhältnis zu regierungsfesten Allianzen führen, die eine Grundlage für einen Staat bilden können (Ibn Khaldun 1967a). Barfield betrachtet Hekmatyars Problem auf einer allgemeineren Eben und begründet seine Belagerung der Hauptstadt Kabul unter anderem mit seiner schwachen ethnischen Gefolgschaft:

„This cut two ways: negatively, he had no immediate ties to the Ghilzais of the east that would have guaranteed him their support in a bid for regional power, but in seeking national power he could not proclaim himself leader of a Pashtun movement clear of the internecine rivalry that doffed local commanders when they moved upward.“ (Barfield 2010: 254)

Die aufgeführte geopolitische Macht- und Interessenverschiebung und zermürbende Pattsituation eines andauernden Bürgerkrieges hatten zur Folge, dass Pakistan sich entschloss, eine neue Gruppe von religiösen Kämpfern verstärkt zu unterstützen. Aus der Perspektive eines ehemaligen Taliban-Kämpfers, wie Juwand einer war, wird die oft kritisierte Beziehung zu Pakistan wie folgt dargestellt:

„Pakistan has a very important role in the Afghanistan crisis. We remained 30 years in this crisis. Pakistan is seeking its own purposes, rather than being sympathetic with the Taliban. Pakistan's objectives and Taliban's structures are totally religious. Pakistan is secular. I have my own experience. ISI has no sympathy with the Taliban. Pakistan is seeking their own purposes in Afghanistan. Taliban has not any kind of sympathy with Pakistan's government. They have a very severe hatred against the Pakistani authority. Taliban were forced to go to Pakistan to seek shelter. And Pakistan found a good way to influence for their Pakistani policy. There are following problems: 1. The Durand-Line, 2. Kunar River be used, 3. The Indian influence in Afghanistan.

The Taliban didn't allow to speak about the Durand-Line. It is an emotional frontline and matter. Taliban have no sympathy but necessity to be in Pakistan. They were forced to leave the country and Pakistan gave them shelter.“¹¹²

Juwand beschreibt die Beziehungen zwischen Pakistan und den Taliban als eine Art Zwangsehe. Als die Taliban mit ihren engen Verbindungen zur *al-Qaida* bereits als eine internationale Gefahr erkannt worden waren, konnte Pakistan seine Unterstüt-

112 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 208f.

zung für die Taliban offen äußern: „Nonetheless, in August 2000 Pakistani leader Gen. Pervaiz Musharraf announced that Pakistan supports the Taliban in part due to the movement’s dominant Pushtun ethnicity, which is shared with the Pushtuns of Pakistan’s NWFP, FATA, and Baluchistan.“ (Dorronsoro 2005: 109)¹¹³ Tatsächlich geht diese Unterstützung bereits auf die 1980er Jahre zurück:

„It is now known that the Taliban received significant Pakistani assistance from the very beginning, including help in recruitment and training, weapons and ammunition, logistical support, financial assistance from and even the direct involvement of Pakistani military intelligence officers and regular forces [...] Pakistani support for the Taliban included direct and indirect military involvement, logistical support, recruitment, financial aid, and diplomatic recognition.“ (Ebd.: 113)

Die drei weiteren politisch sensiblen Punkte (Kunar-Fluss, Durand-Linie, Rolle Indiens) hat Juwand nur kurz benannt und nicht näher ausgeführt, da sie jedoch für ein profunderes Verständnis der momentanen Herausforderung eines angestrebten Friedensprozesses in Afghanistan wichtig sind, werden sie im nächsten Abschnitt analysiert.

6.5.2 Fließende Grenzen und Interessen entlang der Durand-Linie, des Kunar-Flusses und die Rolle Indiens

Die Durand-Linie hat Juwand als ein *emotionales Thema* für die Taliban beschrieben. Die Gründe hierfür könnten insofern nachvollzogen werden, als dass die paschtunischen Stämme entlang der 2.600 Kilometer langen Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan auf der Grundlage eines Vertrages zwischen dem damaligen Emir Abdur Rahman Khan (1880-1901) und Außenminister Britisch-Indiens, Sir Henry Mortimer Durand (1884-1894), am 12. November 1893 voneinander getrennt worden sind. Die Durand-Linie markierte die Grenze zwischen dem damaligen Britisch-Indien und Afghanistan. Nach der Unabhängigkeit und Teilung Indiens im Jahre 1947 wurde sie zur Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Diese südöstliche Grenzziehung entstand unter dem damals herrschenden *great game* zwischen dem russischen Zarenreich und der britischen Kolonialmacht. Denn im Norden hatten die russischen Truppen im Jahre 1884 Merw eingenommen und rückten an die kleine, südlich gelegene Stadt Panj Deh heran, um sie als nächstes einzunehmen. Als Folge der britischen und

113 Dorronsoro bezieht sich bei der Abkürzung NWFP auf *North Western Frontier Province*, die während der britischen Kolonialzeit im Jahre 1901 so benannt wurde und erst im April 2010 in *Khyber Pakhtunwah* umbenannt worden ist, da in dem Gebiet überwiegend Paschtun*innen leben. Die ethnische Minderheit der Hasara reagierte mit Demonstrationen auf diese Umbenennung, es kamen acht Menschen bei diesen gewaltsamen Auseinandersetzungen ums Leben (Ahmed 2010). Andere pakistanische Provinzen, die beispielsweise Punjab, Balochistan oder Sindh heißen, wurden auch nach den ethnischen Mehrheiten benannt. Mehr zu dieser innenpolitischen Debatte kann bei Zulfqar nachgelesen werden (Zulfqar 2012).

russischen Expansionsbestrebungen wurde entlang des Amu-Daryas¹¹⁴ und dem Nordosten Afghanistans im Jahre 1895 die nördliche Grenze gezogen, südlich verlief die Grenze mitten durch das Siedlungsgebiet der paschtunischen Stämme, und war als eine Pufferzone zwischen dem Zarenreich und der Britischen Krone mit dem afghanischen König vereinbart worden. Diese Grenzziehung spaltete auch usbekische, tadschikische, turkmenische Siedlungsgebiete und Teile Badachschan. Schetter beschreibt die damalige Kolonialpolitik so: „Diese Grenzziehung legte ein Territorium fest, das in dieser Form kaum über historische Wurzeln verfügte und ein Konglomerat zahlreicher Gruppen mit unterschiedlichen Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen beherbergte.“ (Schetter 2004: 70)

Bis heute erkennt die afghanische Regierung diese Grenzziehung durch die paschtunischen Stämme hinweg offiziell nicht an. Die heute in Pakistan liegenden Gebiete der *Federally Administred Tribal Areas* (FATA) und die Provinz des Khyber Pakhtunkhwa betrachten viele paschtunische Afghan*innen gemeinsam mit dem südlichen Teil Baluchistans weiterhin als Teil Afghanistans und sprechen meist über die Rückgewinnung von verlorenen Gebieten. Karzai beispielsweise erkannte die Grenzziehung des Durand-Vertrages nicht an und strebt offen die Angliederung der Stammesgebiete an Afghanistan an. Seine Argumentation bezieht sich unter anderen auf die Formulierung einer damals vereinbarten „Einflussosphäre“ und nicht einer Grenzziehung durch Stammesverbände und Gemeinschaften (The Pashtun Times 2016). Auch auf paschtunischen Gebieten in Pakistan gibt es einflussreiche irredentistische Bestrebungen.

Die geopolitische Dimension, die diese panpaschtunische Rhetorik für den Friedensprozess bedeutete, ist in mindestens drei wichtigen Punkten erneut während der Friedensverhandlungen mit den Taliban entflammt: Der Meeres-Zugang über das pakistanische Baluchistan¹¹⁵, die ökonomisch reichen Stammesgebiete und die Kaschmir-Frage. Zum letzteren Punkt sei hier vermerkt, dass Pakistan die afghanischen Paschtun*innen auch für seinen Kampf um Kaschmir nutzte (Wagner/Khan 2013).¹¹⁶ Haqqani beschreibt in seinem Buch diese Rekrutierungen sowohl aus der Perspektive Afghanistans als auch aus der pakistanischen Perspektive – die bereits auf die 1970er Jahren zurückgehen – wie folgt: „Between 1973 and 1977, Afghanistan and Pakistan

114 Auf Farsi bedeutet *darya* Fluss oder Meer und das Wort *rud* bedeutet Fluss.

115 Nun wurde jedoch ein trilaterales Wirtschaftsabkommen zwischen Indien, Afghanistan und Iran für den Hafen Chabahar auf iranischem Territorium im Mai 2016 und ein Kargo-Abkommen im Dezember 2016 bei der *Heart of Asia Conference* in Indien geschlossen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit zu Pakistan für alle beteiligten Länder zu reduzieren. Pakistan wiederum hat engere Wirtschaftsabkommen mit China für den pakistanischen Hafen Gwadar geschlossen, der für die Energierouten und den Handel wichtig ist, aber auch ein geopolitischer Ankerpunkt für China am Persischen Golf und zum Arabischen Meer bedeutet. Beide Häfen sind nur 72 Kilometer voneinander entfernt.

116 Aus diesem Beispiel der Rekrutierung afghanischer *mujaheddin* geht bereits hervor, dass der Kaschmir-Konflikt einer der Kernkonflikte der Region war und weiterhin ist. Er ist aus dem öffentlichen Interesse und internationalen Bewusstsein abgerückt, aber er wird weiterhin eine wichtige Rolle gerade zwischen den zwei regionalen aufstrebenden Großmächten China und Indien spielen.

fought what can best be described as a low-intensity proxy war. Sardar Muhammad Daoud supported Baloch rebels in Pakistan while Pakistan backed the Afghan Islamist insurgents base in Peshawar.“ (Haqqani 2005: 174)

Die militanten Gruppen, die für den afghanischen Krieg gegen die sowjetische Invasion ausgebildet wurden, konnten in den turbulenten politischen Jahren von 1988 bis 1989 in den Kaschmir-Konflikt involviert werden. Der ISI war mit der islamistischen Bewegung der *Jammu and Kashmir Jaamt-e Islami* und der säkular-nationalistischen *Jammu and Kashmir Liberation Front* (JKLF) bereits seit Mitte der 1980er Jahren in Kontakt, und Zia ul-Haq erklärte der Führung beider Parteien, wie er allmählich die indische Vormacht in Kaschmir beenden wolle. Als sich dann jedoch die JKLF auf ihre Unabhängigkeit vor der Teilung Indiens im Jahre 1978 berief, wurden vermehrt ehemalige *mujaheddin*-Kämpfer nach Kaschmir eingeschleust (ebd.: 273).

Nachdem die *mujaheddin* erfolgreich die Rote Armee in Afghanistan besiegt hatten, verfolgte die pakistanische Regierung im Kaschmir-Konflikt eine ähnliche Strategie. In den 1900er Jahren wurden die Kämpfer auf internationaler Ebene für den Heiligen Krieg offen rekrutiert. Zum einen, um für den Konflikt Unterstützung vieler islamischer Länder zu erhalten und zum anderen, weil die internationalen Kämpfer über keine regionalen Verwurzelungen verfügten, die sie zu separatistischen Bewegungen gegen die Interessen Islamabad hätten führen können. Haqqani beschreibt die politische Agenda insofern als zielführend, als dass die Kämpfer nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten (ebd.: 288f) und somit nach meiner Interpretation bereit waren, für einen höheren Sinn zu sterben. Haqqani schreibt über die damalige Propaganda Pakistans:

„Pakistan’s support for insurgents in Indian-controlled Kashmir spiked during Bhutto’s second Jamaat-e-Islami and other organizations were now openly recruiting volunteers for jihad in Kashmir. Pakistani media regularly reported on the ‚martyrdom‘ of Pakistanis fighting in Kashmir even though the government continued to claim that the freedom struggle there was being waged by Kashmiris.“ (Ebd.: 234)

Die Guerilla-Strategie ging zum Teil für die pakistanische Regierung auf, jedoch entstanden terroristische Gruppierungen wie die bis heute aktive *Lashkar-e Taiba* (LeT) und die *Harakat-ul Mujaheddin* (HuM) (Wagner/Khan 2013: 78). Als die afghanischen Taliban 1994 als Hoffnungsträger des Friedens über die *de facto* permeable Grenze nach Afghanistan über Kandahar ihren Siegeszug antraten, hoffte die pakistanische Regierung, einen stabilen Verbündeten an seiner westlichen Grenze und der nördlichen Grenze zu Kaschmir geschaffen zu haben. In der Realität erwies sich die Unterstützung der Taliban nach deren Machtübernahme in Afghanistan 1996 als Fehlstrategie Pakistans. Die Taliban-Regierung wurde mit der Zeit wirtschaftlich und politisch immer unabhängiger vom säkularen Pakistan und verweigerte auch, die Zollabgaben an den pakistanischen Staat auszus zahlen. Der ISI wurde für die politische Regierungsadministration zunehmend zu einem autark agierenden Staat im Staate, der gemeinsam mit dem Innenministerium bis heute islamistische Gruppierungen im Land rekrutiert (Rashid 2008: 10; Rashid 2002b).

Die zwei weiteren Punkte, die Juwand als wichtige Interessen der pakistanischen Regierung ansprach, ist der Zugang zum Wasser des Kunar-Flusses und die damit zusammenhängenden geopolitischen Interessen Indiens in Afghanistan. Gleich zu

Beginn des Wiederaufbaus Afghanistans im Jahre 2002 hat Indien seine diplomatischen, politischen und militärischen Beziehungen zur neuen Regierung intensiviert. Während des Bürgerkriegs hatte Indien nur die *Jamiat-e Islami* finanziell und militärisch unterstützt.¹¹⁷ In Afghanistan hat Indien neben der gängigen Botschaft in der Hauptstadt auch vier konsularische Vertretungen in Jalalabad, Herat, Kandahar und Mazar-e Sharif. Indien vergibt auch jährlich 2.000 Stipendien an afghanische Studierende bis 2020. Diese Entwicklungen werden von Pakistan kritisch verfolgt, insbesondere die militärische Ausbildung sowie das Training afghanischer Polizist*innen durch indische Offiziere betrachtet Pakistan als Bedrohung seiner politischen Interessensphäre (Dalrymple 2013).¹¹⁸

Wasser ist in Afghanistan und in der Region ein knappes Gut und eine der wertvollsten Ressourcen. In Afghanistan gibt es drei größere Flussbecken, die für die Bewässerung der Agrarwirtschaft, die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und die Energiegewinnung unabdingbar sind: Amu Darya, Kabul-Fluss und der Helmand-Fluss. Von den jährlich verfügbaren 57 Milliarden Kubikmeter Wasser aus diesen Flussbecken werden nur 17 Milliarden genutzt (Thomas/Azizi/Behzad 2016; Ahmad/Wasiq 2004: 10).¹¹⁹

Der am 4. Juni 2016 nach zehn Jahren Bauzeit fertiggestellte 20 Kilometer lange und 3 Kilometer breite Salma-Staudamm am Hari-Rud in der Provinz Herat wurde mit 1.500 indischen und afghanischen Ingenieuren und indischen Hilfsgeldern (300 Million US-Dollar) errichtet und reguliert die Wasserversorgung zu den Nachbarländern Turkmenistan und Iran. Der Bau dieses Staudammes wurde durch terroristische Angriffe und Entführungsversuche der Ingenieur*innen und Arbeiter sabotiert, nun aber generiert der Staudamm 43 Megawatt Strom.¹²⁰ Hierdurch werden 40.000 Familien mit Energie versorgt und 80.000 Hektar Land bewässert, das 50.000 Familien gehört (Haidari 2016). Das langfristige Ziel ist, weniger Elektrizität aus den Nachbarländern Iran, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan einzuführen und die Energieabhängigkeit umzukehren. Für das Nachbarland Iran bedeutet der Salma-Stau-

117 Im *Human Rights Report* von 2001 steht, dass Indien die *Jamiat-e Islami* während des Bürgerkrieges mit Landminen versorgt hat. Jedoch gibt es kaum weitere Quellen, die die weitere militärische und logistische Unterstützung der indischen Regierung belegen (Pant 2011; Human Rights Report 2001; Rashid 1999).

118 Einen guten Überblick zu den einzelnen Bereichen, in denen sich Indien in Afghanistan mit Entwicklungshilfegeldern engagiert, findet sich im *Humanitarian Policy Group Report* zu Indien (Price 2005: 8).

119 Die afghanische Regierung hat bereits im Jahre 2008 im Rahmen des ANDS unter der dritten Säule von insgesamt acht Säulen in der Kategorie *Infrastructure and Natural Resources* einen Entwicklungsplan von 2008 bis 2013 erstellt (ANDS 2008).

120 Der *Guardian* berichtete von mindestens zehn erschossenen Dorfbewohner*innen, die entlang des Hari Rud lebten und Trinkwasser entnahmen. Diese Zivilist*innen wurden von iranischen Grenzsoldaten erschossen, wobei die Provinzregierung in Herat bestreitet, von diesen Erschießungen zu wissen. Die Autoren des Artikels zitieren einen *policy-Experten*, der hervorhebt, dass die Provinzregierung politische Konflikte mit dem Nachbarland Iran meidet, da die afghanische Zentralregierung 660 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbausektor aus dem Iran erhalten hat (Karimi/Hulpachova 2015).

damm, auch *Afghanistan-India-Friendship Dam* genannt, dass es 71 Prozent weniger Wasser erhält, die Dürrezeiten länger andauern könnten, was wiederum auf Dauer die Preise für die importierten Lebensmittel aus dem Iran in die Höhe treiben könnte (Dehgan/Palmer-Moloney/Mirzaee 2014).

Nach dem erfolgreichen Bau des Salma-Staudamms befürchtet nun Pakistan, dass auch die Flüsse Kunar und Kabul Staudämme erhalten, die dann die Wassermenge für die Landwirtschaft und das Trinkwasser für die Bevölkerung Pakistans reduzieren könnten. Das pakistanische Forschungsinstitut *Islamabad Institute of Policy Studies* befürchtet, dass nach dem Bau von Staudämmen im Kabul-Fluss die Wasserzufuhr um 15 bis zu 20 Prozent abnimmt. Die Untersuchungen der AREU haben jedoch ergeben, dass anstatt der befürchteten 13 Staudämme¹²¹ entlang des Kabul-Flusses lediglich sechs Dämme geplant sind (Shahtoot, Gulbahar, Baghdara, Gambiri, Kama und Kunar).¹²² Zudem sollen die Staudämme eher zur Energiegewinnung als zur Bewässerung der Landwirtschaft genutzt werden, dieser Mechanismus der Staudämme hat wiederum den positiven Effekt, Überschwemmungen oder Wasserverschwendungen besser kontrollieren und auch mehr Elektrizität nach Pakistan ausführen zu können. Auch aufgrund anderer Flüsse, die aus Afghanistan im pakistanischen Indus münden, haben die Untersuchungen der *Water and Power Development Authority* (WAPDA) ergeben, dass trotz der neu geplanten Staudämme, die Wasserzufuhr nach Pakistan mit 16 bis zu 17 Prozent sicherstellt gestellt ist. Diese Wassermenge liegt über dem unterzeichneten Indus-Vertrag, der eine Wasserzufuhr aus dem Kabul-Fluss nach Pakistan mit mindestens 13 Prozent vorsieht (Thomas/Azizi/Behzad 2016: 34f).

Der Kabul-Fluss wird von den schmelzenden Gletscherzuflüssen entlang des Kabulbeckens gespeist (Media in Cooperation and Transition 2015). Der Chitral-Fluss fließt über 500 Kilometer aus den Bergen des Hindukuschs hinab durch die pakistanische Provinz Khyber Pakhtunkhwa und wird dann zum Kunar-Fluss auf afghanischem Gebiet. Aus der Sicht der afghanischen Taliban – so der reformorientierte *talib* Juwand – und auch einem Teil der paschtunischen Bevölkerung Afghanistans ist der Chitral-Fluss und die gesamte Khyber Pakhtunwah mit der FATA Teil Afghanistans.¹²³ Nun befürchtet hingegen die pakistanische Regierung, dass in den überwiegend von Paschtun*innen besiedelten Regionen im Südosten Afghanistans und Nord-

121 Die AREU hält in einem Aufsatz fest, dass die Wasserzufuhr über den Kabul-Fluss im pakistanischen Nachbarland bereits im Jahre 2011 für Unruhe gesorgt hat (The Express Tribune 2011).

122 Der Bericht bemerkt sogar, dass es zu Schwankungen um nur 2 Prozent für die pakistanischen Gebiete während der Frühjahrsmonate (Januar bis März) und der trockenen Sommermonate (April bis Juni) kommt.

123 Auf meine Frage, wer genau als die reformorientierten Taliban bezeichnet werden können, antwortete Juwand: „We have the youth ones, the zealots ones. They say: You will not succeed in your purposes. We are just counting your last days and weeks, no months not years. They want the government to fall. The struggle is on the senior level with the leading level. But not with me or Mutawakil [damals amtierender Außenminister der Taliban].“ Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 210.

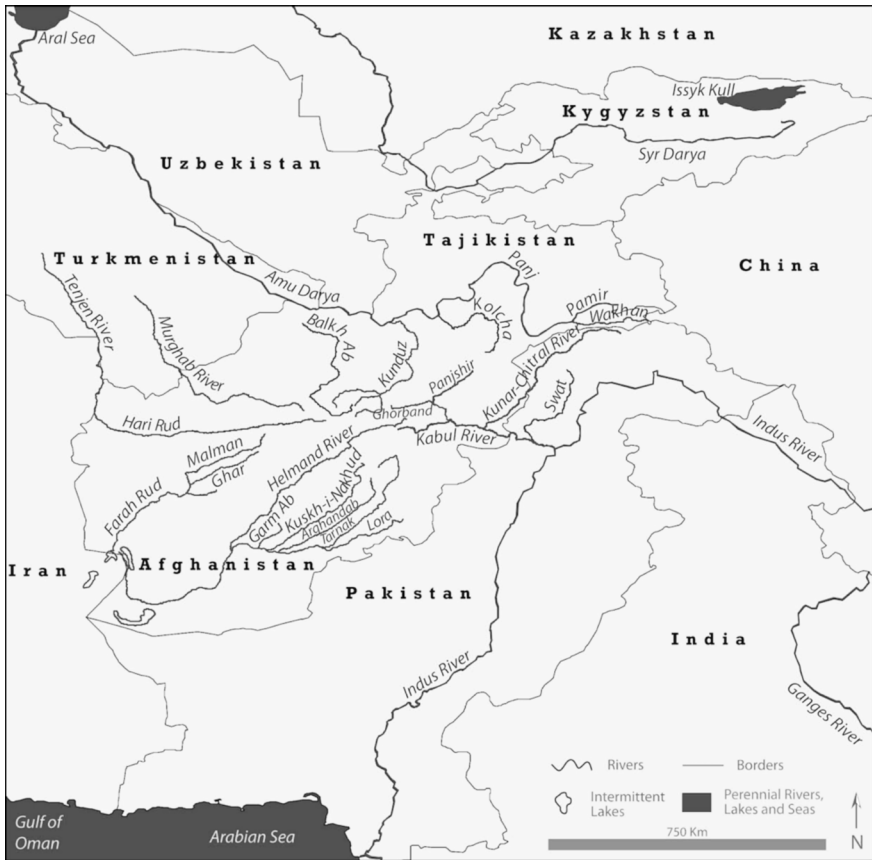
osten Pakistans der politische Einfluss Indiens größer wird und die insgesamt vier geplanten Staudämme Shal, Kunar, Kama und Gambiri entlang des Kunar-Flusses als Vorwand zur politischen Intervention an der Nordwest Grenze Pakistans dient. Neuesten Forschungen zufolge haben jedoch zwei dieser Staudämme keine grenzübergreifenden Auswirkungen auf den Wasserfluss nach Pakistan (Thomas/Azizi/Behzad 2016: 33). Die pakistanische Regierung befürchtet dennoch, dass der Kabul-Fluss nicht genug Wasser für die 100.000 Hektar Land auf dem Weg bis zum Indus in der 140 Kilometer entfernten Stadt Attock haben wird. Die AREU schreibt hingegen, dass 100.000 Hektar Land trotz der geplanten Staudämme auf der pakistanischen Seite weiterhin problemlos bewässert werden könnten (Thomas/Azizi/Behzad 2016: 34).

Würde die afghanische Regierung mit den FATA-Distrikten und der Khyber Pakhtunkhwa Wasserverträge abschließen, käme dies aus der Sicht der Taliban oder zumindest aus der Sicht Juwands einer *de facto* Anerkennung der Durand-Linie als Grenze gleich.

Für die zweiseitige Beziehung des ISIs zu den afghanischen Taliban sind sowohl die hier dargelegte geopolitische Dimension des Einflusses Indiens im Konflikt herd zum weiterhin umkämpften Gebiet Kaschmirs als auch der Kampf um die Naturressourcen, mit den lebensnotwendigen Abhängigkeiten durch Bewässerungswege für die Agrarwirtschaft, Trinkwasser und Stromerzeugung.¹²⁴

124 An dieser Stelle bleiben die grenzübergreifenden Militärschläge von pakistanischem Militär gegen Stellungen der pakistanischen Taliban in der Provinz Kunar und Nangahar im Detail unberücksichtigt. Der Anführer der *Tehrik-e Taliban Pakistan* (TTP), Mullah Fazlullah, lebt nach Angaben der pakistanischen Regierung in Kunar. Regelmäßig nimmt die pakistanische Armee aus diesem Grund Kunar unter Raketenbeschuss. Im Jahre 2009 entschloss sich die pakistanische Regierung auf erhöhten diplomatischen Druck durch die USA und die pakistanische Zivilbevölkerung, die die Leidtragenden der Terroranschläge sind, verschiedene Operationen (z.B. „Operation des rechtgeleiteten Weges“) in den pakistanischen Stammesgebieten gegen die unterschiedlichen islamistischen Fraktionen einzuleiten. Als Folge der großangelegten *zarb-e-azb*-Militäroperation („Scharfer Schlag“) im Juni 2014 in Nord- und Südwestafghanistan, die zwei der insgesamt sieben Provinzen der FATA bilden, mussten 800.000 Menschen fliehen (Media in Cooperation and Transition 2015: 5). Diese militärische Operation wird momentan weitergeführt und richtet sich gegen mehrere pakistanische Terrormilizen, wie die TTP, die *Islamic Movement of Uzbekistan*, *East Turkestan Islamic Movement*, *Lashkar-e Jhangvi*, *al-Qaeda*. Jedoch schreibt Aqil auch, dass die pakistanische Regierung weiterhin eine doppelte Strategie verfolgt, indem sie die afghanischen Taliban und das *Haqqani*-Netzwerk weiterhin unterstützen und vor militärischen Operationen verschonen, um eine politische Einflussosphäre in Afghanistan nicht zu verlieren (Aqil 2014, Kap. 7). Der Bericht der *International Crisis Group* analysiert detailliert die Herausforderungen der Anti-Terrorstrategien, die unter Premierminister Nawaz Sharif nach einem 20-Punkte-Plan als *National Action Plan* (NAP) am 24. Dezember 2014 initiiert worden sind. Der ICG-Report berichtet auch, dass beispielsweise gegen die *Jamaat-ud Dawa* (JuD), die im indisch regierten Jammu und Kaschmir gegen die Regierung vorgeht, keine militärischen Schläge eingeleitet worden sind (International Crisis Group 2015).

Abbildung 4: Karte der größeren Flüsse Südwest Asiens



Quelle: Shroder 2016: 25

6.5.3 Narrative und Dynamiken der Freund-Feind-Rhetorik

Ein enger Vertrauter des verstorbenen Mullah Omar, Rasul, den ich in seiner geheimen Unterkunft in der Türkei interviewen durfte, führt ein ruhiges Leben und versucht, den Weg eines politischen Friedensprozesses mit der afghanischen Administration mitzugehen. Seinen Lebensbereich, der im Schatten eines zuvor hochrangigen und protegierenden Politikers stand, konnte ich nur mit einem engen Freund meines Vaters betreten, der bereits einige Wochen zuvor Vertrauensarbeit geleistet hatte. Bevor wir das Interview begannen, stellte mich der Freund meines Vaters als seine Nichte vor, um zu verdeutlichen, dass die Regeln eingehalten worden sind, nach der eine Frau von einer männlichen Person aus dem familiären Kontext (Arabisch: *mah-ram*) begleitet werden muss. Darüber hinaus war die Information, dass meine Großmutter mütterlicherseits Paschtunin ist und aus Morghaab in der Provinz Badghis stammt, noch vertrauensbildender. Auf diese Weise ergab sich für ihn ein Vertrauensverhältnis über die Blutsverwandtschaft, was er mit der Anrede „meine Nichte“ verdeutlichte. Das war sehr wichtig, da es kein Geheimnis ist, dass mein Vater wäh-

rend seiner Amtszeit als Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater Friedensverhandlungen mit den Taliban unter den damaligen Bedingungen als Illusion betrachtete und nur Verhandlungen aus der Position der Stärke befürwortete.¹²⁵ Diese Skepsis gegenüber der Rolle meines Vaters im Verhandlungsprozess zum Frieden wird später aus Teilen der Interviews mit Juwand hervorgehen.

Trotzdem wirkte Rasul sehr vorsichtig und von der Außenwelt isoliert, nachdem er einem Anschlag durch den pakistanischen ISI entkommen war. Dies geschah bevor er in direkte Friedensverhandlungen mit der afghanischen Regierung eintrat.¹²⁶ Während des Interviews ging es ihm nicht nur um seine eigene Sicherheit, sondern auch um die Sicherheit weiterer Familienmitglieder, die im pakistanischen Exil eine neue Heimat gefunden haben. In diesem Dilemma befinden sich viele reformorientierte Taliban, die aufgrund ihrer Stammeszugehörigkeit und der gemeinsamen Sprache und Kultur im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan gut leben können und in Pakistan eine neue Heimat gefunden haben.

125 Hier ist der damals amtierende Anführer der Taliban, Mullah Omar, auch *amir al-mu'minin* (Anführer der Gläubigen) gemeint. In einer öffentlichen Erklärung bestätigte die Taliban-Führung erst am 31. Juli 2015 den Tod von Mullah Omar, nachdem die pakistanische Regierung ihren Unmut über die für den 7. Juli 2015 in Islamabad geplanten Friedensverhandlungen äußerte. Denn Mullah Akhtar Muhammad Mansur wollte direkte Friedensverhandlungen in Katar anstatt in Pakistan führen. Man ging davon aus, dass Mullah Omar bereits einige Zeit zuvor verstorben war (Ruttig 2015), und zwar aufgrund eines natürlichen Todes oder durch einen Drohnenangriff. Sein Nachfolger, Mullah Mansur, wurde am 21. Mai 2016 in Quetta von einer Drohne getötet. Sein Nachfolger wiederum ist seit dem 24. Mai 2016 Maulawi Haibatullah Akhunzada. Akhunzada sei einstimmig von den anwesenden *shura*-Mitgliedern in der Nähe der pakistanischen Stadt Quetta gewählt worden; jedenfalls von denjenigen, die sich trotz der drohenden Gefahr eines Drohnenschlags zur Versammlung erschienen sind (BBC 2016). Über den Ablauf und die Legitimation von Mullah Mansour hatte sich die Taliban-Bewegung gespalten. Es wird vermutet, dass der ISI Mansour bevorzugte und dem eigentlichen zu Lebzeiten von Mullah Omar ernannten Nachfolger Mullah Baradar aufgrund seiner Bereitschaft zu Verhandlungen mit der afghanischen Regierung nicht traute. Aus diesem Grund entschied sich der ISI für Mansour, um zu vermeiden, dass mit Mullah Baradar nach erfolgreichen Friedensgesprächen der Einfluss der pakistanischen Regierung über die Taliban schwindet (Ruttig 2010c). Ruttig hat diese Abläufe in weiteren Beiträgen auf der Website der AAN detailliert beschrieben (Ruttig 2015).

126 Genauer kann ich hier nicht auf den Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen der geplanten Friedensverhandlungen eingehen, da sich sonst die Identität des Interviewpartners zu leicht eruieren ließe.

Als „reformwillige und reformorientierte Taliban“ bezeichne ich in meiner Arbeit ehemalige Taliban-Kämpfer, welche erstens die Verfassung der Islamischen Republik Afghanistans akzeptieren, sich zweitens von der Idee eines Islamischen Emirats abgewandt haben, drittens den bewaffneten Widerstand ablehnen und somit viertens zu politischen Verhandlungen über Wege zu einer Beteiligung an der Regierung bereit sind.

Trotz seiner sozialen Isolation, in die er sich aus Sicherheitsgründen begeben musste, war er über seinem Laptop und sein Smartphone sehr gut über internationale Ereignisse und aktuelle Entwicklungen informiert. Auf seiner Visitenkarte waren mehrere Kontaktmöglichkeiten angegeben; u.a. bietet er auch religiöse Beratungsgespräche über Skype an. Da er nach dem Interview insgesamt dreimal insistierte, dass wir gemeinsam mit ihm Mittag essen, nahmen wir seine Einladung an. In dieser Atmosphäre ergaben sich – wie auch mit den anderen Interviewpartner*innen – die interessantesten Gespräche.

Das Essen war spartanisch, aber außerordentlich lecker und wurde mit selbstgebackenen Brot aus Kandahar gereicht. Zum Nachtsch wurden uns bereits entkernte Granatapfel aus Kandahar geboten. Er hatte sehr zurückhaltende Hausangestellte, die sich aufgrund meiner Anwesenheit schämten, das Esszimmer zu betreten. Sie sprachen mit Rasul Paschto im weichen Kandahari-Dialekt, von dem viele sagen, dass er durch das Exil in Pakistan verloren gegangen sei. Rasul hat sich anschließend für das bescheidene Essen entschuldigt. Er betonte zweimal, dass es ein bescheidenes Essen eines einfachen *mullahs* sei.

Im Vergleich zu anderen Einladungen bei afghanischen Elitenvertreter*innen war es tatsächlich bescheiden. In Afghanistan besteht die Tendenz, möglichst viele Variationen in großen Mengen zu kochen und seinen Gästen zu reichen. Auf diese Weise bleibt nicht nur ein Anstandsrest, wie in den Vorkriegszeiten üblich, übrig, sondern große Mengen, die dann an die Entourage der Gäste, bestehend aus Soldaten, Fahrern und dem persönlichen Sicherheitspersonal, ausgeteilt werden. Dies ist ein Nachkriegsphänomen, das nun ein eskapistisches Ausmaß angenommen hat. Es ist ein neuer Lebensstil insbesondere bei politischen Elitenvertreter*innen und Wirtschaftseliten entstanden, denn es müssen weitere finanzielle Mittel für die bereits kulturell sehr stark ausgeprägte Gastfreundschaft akquiriert werden, um den eigenen ethnopolitischen Zirkel und die politische Klientel zu versorgen.

Zum Bereich der Bildung sagte Rasul, dass die Kinder des Anführers der Gläubigen (Mullah Omar) unabhängig ihres Geschlechtes die Ausbildung sogar bis zum universitären Niveau fördern und gutheißen. Denn besonders im medizinischen Bereich könne eine Frau nur von einer Ärztin untersucht werden und in Schulen sei es für Mädchen oftmals besser, von einer Frau unterrichtet zu werden.¹²⁷ Diese Ansicht ist für reformorientierte Taliban ein Fortschritt und Teil eines neuen Wertesystems zu betrachten. Rasul hat sowohl für seine Söhne als auch für seine Töchter – aufgrund

127 Diese Ansichten hat Rasul beim anschließenden gemeinsamen Mittagessen formuliert, sie stammen aus dem Gedächtnisprotokoll.

seiner Abstammung vom Propheten Mohammad (über dessen Tochter Fatima und ihrem Mann Ali ibn Abi Talib, Arabisch: *sayyid*) – eine religiöse Ausbildung als obligatorisches Fundament und Prämisse für die nachfolgende weltliche Ausbildung im pakistanischen Exil erklärt. Rasul versuchte während des Interviews die Dämonisierung der Taliban, die insbesondere auf die Unterdrückung der Frauen und Mädchen referiere, zurückzuweisen und die Reformwilligkeit der Taliban zu unterstreichen und anhand der Erziehung seiner eigenen Kinder glaubhaft zu machen. Innerhalb einer islamischen Wertevorstellung wirkt Rasuls Reformwille legitim und die Dämonisierung der Taliban als ungerechte Diffamierung. Zudem lassen sich diese Ansichten mit dem 1. Kapitel des 3. Artikels der Verfassung, dass „kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen“ darf, legitimieren (Verfassung Afghanistans 2004: 4).

Rasul und Juwand haben mehrere Punkte von besonderer Relevanz hervorgehoben, die fast in ihrer Gänze hier wiedergegeben werden, da sie helfen, Lehren aus dem afghanischen Staatsbildungsprozess zu ziehen und eine islamische Lebenswelt aus ihrer Perspektive verstehen zu können. Rasul sagte beispielsweise rückblickend auf die Bonn-Konferenz:

„Ich bin mit der Nicht-Teilhabe der Taliban an der Bonn-Konferenz nicht einverstanden. Was am 11. September passiert ist, war eine Katastrophe. Ich hatte den Amerikanern damals vorgeschlagen, dass wir sie verstehen und wirklich Verständnis haben und durch Gespräche zu einer Lösung kommen können. Aber sie haben durch Macht und Druck unser Land zerstört und unschuldige Menschen getötet. Als unser Land dann zerstört war, als unsere Herkunft zerstört worden ist, gab es auch kein Interesse mehr für Verhandlungen. Manche Taliban waren gezwungen, ihr Land zu verlassen.“¹²⁸

Rasul bezieht sich hier auf die Vorschläge des Taliban-Regimes, nach den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA eine Auslieferung des *al-Qaida*-Chefs Osama bin Laden auszuhandeln. Tatsächlich hat Abdul Salam Zaeef, der von 2000 bis 2001 Botschafter der Taliban in Pakistan war, in seinem Buch beschrieben, unter welchen Bedingungen die Taliban bereit waren, der Forderung der US-Administration nach Auslieferung Osama bin Ladens nachzukommen. Zaeef war einer der Taliban-Repräsentanten, die mit der amerikanischen Botschaft in Islamabad Verhandlungen führte, denn nach den VN-Resolutionen nach dem 11. September 2001 wurde das Taliban-Regime in Kabul international abgesichert (Council on Foreign Relations 2008). Mullah Omar spielte die Wahrscheinlichkeit, dass die USA Afghanistan angreifen auf weniger als 10 Prozent herunter (Rashid 2010a). Zaeef beschreibt in seinem Buch drei miteinander verwobene Lösungsvorschläge, auf die die US-Administration in Islamabad nicht eingegangen sei.

Erstens habe es zwischen dem Islamischen Emirat Afghanistan und den USA kein Auslieferungsabkommen gegeben. Nach den Gesetzen eines souveränen Emirats, wie Afghanistan es nun einmal aus der Sicht Zaeefs war, wollte das Emirat ein Gerichtsverfahren gegen bin Laden einleiten. Die USA hätten jedoch weiterhin auf der Auslieferung bin Ladens bestanden und auch den Vorschlag, den international

128 Vgl. Interview Nr. 16, mit Rasul Interview am 28. November 2014 in der Türkei: 259.

gesuchten *al-Qaida*-Führer dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu übergeben, abgelehnt. Weiter schreibt Zaef:

„The Islamic Emirate had two principal objections to America’s demand that we hand over Osama bin Laden. Firstly, if every country were to hand over any person deemed a criminal by America, America would *de facto* control the world. This would in turn threaten the independence and sovereignty of all countries. Secondly, America’s demands, and its rejection of all suggestions offered by the Emirate, imply that there is no justice in the Islamic world, and with it no legal authority of Islam to implement justice and law among the people. This stands in direct opposition to Islam itself and its system to protect the rights of the people and to punish criminals. This problem remained unresolved till the very end.“ (Zaef 2010: 137)

Die Beziehungen zu den Taliban hatten sich bereits unter Bill Clintons Administration verschlechtert. Schon Anfang der 1990er Jahre gab es in Somalia, Jemen und Saudi-Arabien Anschläge auf US-Soldaten, zu denen sich das islamistische Netzwerk *al-Qaida* unter der Führung bin Ladens bekannte. Den ersten terroristischen Höhepunkt erreichte *al-Qaida* mit zwei fast zeitgleichen Bombenanschlägen am 7. August 1998 auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania), bei denen 224 Menschen ums Leben kamen und 5.000 verletzt wurden. Die US-Administration war bis zu diesen Anschlägen Verhandlungen zwischen der amerikanischen Firma *Unocal* und den Taliban aufgeschlossen. Denn die geplante Gas- und Ölpipeline von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan schien ein lukratives Geschäft zu werden. Für die Verhandlungen wurden die Taliban nach Texas zu den Firmenchefs eingeladen.¹²⁹ Nach diesen Anschlägen verschlechterten sich die Beziehungen zum Taliban-Regime und die Verhandlungen über eine Gas- und Ölpipeline wurde von *Unocal* aufgegeben. International wurde das Islamische Emirat Afghanistan nicht anerkannt, obwohl die Taliban im Herbst 1998 bereits 90 Prozent des afghanischen Territoriums unter ihre Herrschaft gebracht hatten (Esposito 2002: 16). Lediglich drei Länder haben die Regierung der Taliban nach der Einnahme Kabuls im Jahr 1996 anerkannt: Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Vereinten Nationen erkannten über die Bürgerkriegsjahre hinweg weiterhin den Islamischen Staat Afghanistan unter Präsident Rabbani an.

Auch Rasul äußerte seinen Unmut darüber, dass die Taliban bei der Bonn-Konferenz im Dezember 2001 ausgeschlossen und mehrere Jahre nicht in die Interimsregierung eingebunden waren:

„Es gab keine Taliban in der ersten und auch nicht in der zweiten Runde.

Aber in der zweiten Runde der Wahl gab es den Willen für Verhandlungen. Leider gab es in der zweiten Runde der Wahlen das Problem zwischen den Ausländern um Karzai. Hamid Kar-

129 Eine Dokumentation bei *Al-Jazeera* hat die Verhandlungen mit Repräsentanten der Taliban und *Unocal* durchleuchtet und mit der amerikanischen Administration unter Präsident Bill Clinton in Verbindung gebracht (Al-Jazeera 2016). Rashid datiert jedoch das Umschwenken der US-Strategie bereits auf die Einnahme Kabuls im Jahre 1996, „als die amerikanischen Medien das brutale Vorgehen der Taliban gegenüber Frauen beleuchteten und Osama bin Laden im Land eintraf“ (Rashid 2010b: 37).

zai und die Amerikaner gemeinsam mit den Engländern hatten Probleme. Aber als es dann nicht geklappt hat, so wie die Taliban es wollten, ist dieser Prozess mit den Taliban gescheitert.“¹³⁰

Hier bezieht sich Rasul auf die zweiten Präsidentschaftswahlen von August 2009, bei denen Karzais Verhältnis sowohl zur amerikanischen als auch zur britischen Administration sehr zerrüttet und von Misstrauen geprägt war. Es stimmt durchaus, dass die internationale Gemeinschaft nach dem 11. September 2001 und nachdem am 7. Oktober 2001 die Kampfhandlungen der OEF mit der Nord-Allianz begannen, nicht darauf bedacht waren, den politischen Feind – die Taliban – im politischen Prozess für die Zukunft Afghanistans mit einzubinden. Ihre Vertreibung aus den Städten hinter die pakistanische Grenze wurde als Sieg gegen den internationalen Terrorismus und als Befreiung der afghanischen Frau gefeiert. Hunt bezeichnet in ihrer Analyse die Propaganda während des militärischen Einsatzes in Afghanistan nach dem 11. September 2001 bereits als Teil eines *embedded feminism* (Hunt 2016).¹³¹ Der Inbegriff des Bösen waren die Taliban, unter deren Herrschaft die Frauen und Mädchen weder am öffentlichen Leben teilnehmen noch in die Schule gehen oder arbeiten durften. Symbol für die Unterdrückung der Frau unter den Taliban wurde die blaue Burka.

Die Taliban wurden zum gemeinsamen Feind der bis dahin untereinander verfeindeten afghanischen Gruppierungen. Eine der wichtigsten Kontrahenten der Taliban waren die Mitglieder der Nord-Allianz. Marshall Fahim, der Anführer der Nord-Allianz, dem 15.000 Kämpfer unterstanden, wurde zu einem der Nutznießer des Machtvakuum, das in Kabul nach den Kampfhandlungen mit der OEF entstand (Partlow 2016: 61). Rashid beschrieb das damalige Sicherheitsdilemma und das von den Vereinten Nationen initiierte Programm *Disarmement, Demobilisation and Reintegration* (DDR) im Juli 2004 bereits so:

„Complicating the DDR process, there is still no agreement on how many militia fighters are currently under arms. The UN has reduced its original estimate of fighters needing to go through DDR from 100,000 to 60,000, arguing that many commanders on the MOD payroll have been in charge of phantom units. However, the Afghan army’s chief of army, Gen. Bismillah Khan, insists that the figure of 100,000 men is still correct. (Khan is a close Fahim ally). Meanwhile, Karzai says the real threat comes from only about 20,000 men.“ (Rashid 2004)

Diese Entwaffnungsstrategie der VN lief nur schleppend an, denn in den ersten Jahren waren es die Milizen des Verteidigungsministers und gleichzeitig amtierenden Vizepräsidenten Marshall Fahim, der als wichtiger Partner der USA im Kampf gegen die Taliban und die *al-Qaida* kämpfte. Die USA brauchte das Netzwerk der Warlords weiterhin für den Kampf gegen *al-Qaida*: „The US Defense Department has long considered warlord militias to be strategic assets.“ (Rashid 2004) Die Zahlen der

130 Vgl. Interview Nr. 36, mit Rasul am 28. November 2014 in der Türkei: 259.

131 Diese *embedded feminism*-Thematik wurde bereits in der Einleitung in Bezug auf die Ansprache der damaligen Präsidentengattin Laura Bush vom 17. November 2001 im *Weekly Radio Address* erwähnt und als postkolonialistischer Feminismus interpretiert.

Soldaten wurden vom Verteidigungsministerium, höher angegeben, um weiterhin finanzielle Mittel für sich selbst und den Sold der bewaffneten Truppen zu erhalten. Hinzu kam, dass Karzai am 26. Juli 2004 verkündete, dass er Fahim nicht mehr als politischen Partner für seine nächste Präsidentschaftskandidatur berücksichtigen werde. In diesem Klima war es aus Fahims Sicht machtpolitisch wichtig, seine bewaffneten Milizen zu behalten, weshalb er mit seinen Anhänger*innen das DDR-Programm der VN blockierte.

Karzai hatte das notwendige Dekret für das DDR-Programm kurz zuvor am 14. Juli 2004 unterschrieben. Karzais Plan war es, für die bevorstehende erste Präsidentschaftswahl am 9. Oktober 2004 und vor den Parlaments- und Provinzwahlen am 18. September 2005, die bewaffneten Milizen zu entwaffnen und zu rehabilitieren. Seine Strategie war es, sowohl für die Wahlen mehr Sicherheit zu schaffen und auf diese Weise die Grundlage für freie, geheime, universelle und direkte Stimmabgaben vorzubereiten, als auch seine Wahl als Präsident zu sichern. Denn das damalige Post-Taliban Klima war von den alten Fehden und bewaffneten Fraktionen gezeichnet, die nun auch öffentliche Ämter bekleideten.

Mit Abdullah Abdullah als Außenminister (2001-2006), Marshall Fahim als Verteidigungsminister (2001-2004) und Yunus Qanuni als Innen- und dann als Bildungsminister (2001-2002, 2002-2004) bildete sich eine kritisierte tadschikische Troika innerhalb der afghanischen Administration. Dazu kam der Tadschike Muhammad Arif Sawari, der das NDS von 2001 bis 2004 leitete. Der unter dem Namen „Ingenieur Arif“ besser bekannte Mann war bereits für die Nord-Allianz unter Ahmad Schah Massoud Beauftragter für geheimdienstliche Aufgaben gewesen (Gall 2004a). Die bereits zitierte Interviewpartnerin Tamanaa unterteilte die Auswirkungen der damaligen Politik in drei Konfliktherde:

„Es gab einen Konflikt zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung, bei dem sie [die neuen afghanischen Regierungsmitglieder] dachten, dass die Taliban gescheitert und gegangen sind. Sie waren nicht in der Lage zu kämpfen. Sie hatten ihre Waffen in Afghanistan oder aus Afghanistan nach Pakistan mitgenommen. Sie waren die Personen, die kein Interesse daran hatten, dass die Lage sich beruhigt. Dieser Konflikt hat wieder begonnen. Sie haben sich in Pakistan wieder gesammelt und organisiert.

Ein weiterer Konflikt, der nicht besonders offensichtlich war, waren die bewaffneten Truppen von Qanuni, die Parteien der *mujaheddin*. Ein Teil von ihnen sind mit den Taliban erledigt worden, aber sie hatten weiterhin einen großen Einfluss. Sie hatten einerseits den Weg für Verhandlungen mit der afghanischen Regierung bereitet, aber andererseits auch für weitere Konflikte. Zur dritten Gruppe gehören die Drogenhändler, die auch ihre bewaffneten Truppen hatten und ihren finanziellen Nutzen in Regionen mit schwacher Regierungsführung einfach nehmen. Auch weiterhin sorgen diese Truppen für die Unsicherheit.“¹³²

Tamanaa benennt die drei Konfliktherde: Das Wiedererstarken der Taliban (Crews/Tarzi 2008; Giustozzi 2007), die Machtdominanz der tadschikischen *mujaheddin* und die organisierte Kriminalität. Die US-Administration verfolgte anfangs die Strategie,

132 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa in Kabul im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 11.

diese einflussreichen Kriegsherren an der Macht zu beteiligen. In den ersten ein- und einhalb Jahren nach 2002 verfolgte die US-Regierung noch einen *light-footprint*-Ansatz, der nur eine kurze militärische Präsenz in Afghanistan vorsah. Aus diesem Grund legte die Bush-Administration Karzai nahe, sich der Patronage-Klientel-Netzwerke zu bedienen. Wie Donald Rumsfeld der Verteidigungsminister der USA (2001-2006) in seinen Memoiren schreibt: „My point was that instead of giving Karzai the freedom to throw around the weight of the U.S. military, he should learn to use patronage and political incentives and disincentives to get the warlords, governors and cabinet officials into line.“ (Rumsfeld 2011: 408) Wegen der vielen Millionen US-Dollar, die ins Land flossen und teils direkt und bar an die regionalen Kriegsherren ausgezahlt wurden, waren Karzai die Hände gebunden, wenn er versuchte, ehemalige Kriegsherren und ihre Netzwerke zu entmachten (Rosenberg 2014; Rashid 2010b: 80-104). Karzai hat den Bericht der *New York Times* über die Auszahlung von CIA-Geld an sein Büro öffentlich bestätigt und auch eingeräumt, dass diese Gelder an das Büro für Nationale Sicherheit weitergeleitet wurden. Nach Karzais Aussagen seien die Summen gering gewesen, mit dem Geld seien unter anderem auch Verletzte behandelt und Studierende und Märtyrerfamilien finanziell unterstützt worden (Tolo News 2013b; Rosenberg 2013).

Die sicherheitspolitische Idee bestand darin, die Kriegsherren in ihren Einfluss-sphären regieren und gewähren zu lassen, gleichzeitig Karzai mit seiner kompromissbereiten Kooptionspolitik zu kontrollieren und schnellstmöglich die Truppen zu reduzieren. Diese „Warlord-Strategie“ sei vom Pentagon unter Verteidigungsminister Rumsfeld bis Ende 2003, also insgesamt 18 Monate, fortgeführt worden (Rashid 2010b: 90). Nach 18 Monaten hatte sich jedoch die Klientelpolitik etabliert. Aus der Dynamik der Gewaltmärkte haben sich die Warlords ein neopatrimoniales Netzwerk gesponnen, dass als eine liberale Oligarchie bezeichnet werden kann. Diese weiter zu analysierende Hypothese einer liberalen Oligarchie in einer *post-bellum* Situation mit Intervenierten, Intervenierenden sowie innerstaatlichen und nachbarstaatlichen *spoilers* können zu einer optimistischen Hypothese verleiten: *Die durch die einflussreichen Oligarch*innen und Narko-Eliten¹³³ innerhalb des Elitenklientelis-*

133 Da hier der Begriff der Narko-Eliten als zentraler Begriff zum ersten Mal erscheint, sei eine kurze Definition gegeben. Als afghanische Narko-Eliten werden hier politische Eliten bezeichnet, die eng mit der Wirtschaft verflochten sind (Maass 2011; Weiner 2004). In drei Bereichen zeichnen sich diese Narko-Eliten darüber aus, dass sie Teil einer Schattenwirtschaft sind, die neben dem illegalen Opiumhandel, Schmuggel von unterschiedlichen Waren, Edelsteinen, Holz bis zum Menschenhandel lukrative Geschäfte treiben. Diese neue Wirtschaftselite ist Teil der organisierten Kriminalität (Entführungen, Landraub, Vergabe von öffentlichen Positionen). Diese Akteure machen, besonders in unsicheren Regionen Afghanistans, aber auch in urbanen Zentren, dem Staat das Gewaltmonopol streitig. Ein scharfer Kritiker der Bezeichnung Afghanistans als Narko-Staat ist Chouvy, weil die zwei Faktoren (eine *top-down* organisierte Drogenindustrie ausgehend vom Staat und das relative Verhältnis der Einnahmen aus dem Drogenanbau und -verkauf zum gesamten Bruttoinlandsprodukt) im Falle von Afghanistan zu niedrig sei (Chouvy 2016). Die Anbaufläche in Afghanistan sei zu klein, als dass von einem Narko-Staat die Rede sein könnte. Im Bericht der UNODC wurde der Anteil des Opiumhandels am Brut-

mus erreichte wirtschaftliche und politische Stabilität kann in einer konsensualen Elitenkonstellation mit einer liberalen Demokratie münden. Denn die empirischen Untersuchungen von positiv verlaufenden Friedensverhandlungen und die Transformationen von uneinigen zu konsensual vereinten Eliten haben bereits nach Higley und Burton gezeigt, dass sie nur unter bestimmten Bedingungen und somit äußerst selten glücken, aber eine Möglichkeit stellt der politische Transformationsprozess über eine liberale Oligarchie dar (Higley/Burton 2006: 188).

Der andere beachtenswerte Faktor, auf den sich Rasul bezieht, sind die diplomatischen Beziehungen Karzais zur US-Administration und zu Großbritannien, die sich ab 2006 rapide verschlechterten. Die Verschlechterung hing mit den hohen Opferzahlen aufseiten der afghanischen Zivilbevölkerung zusammen.¹³⁴ 2005 und 2006 begann eine Offensive der gut ausgerüsteten Taliban in den Provinzen Zabul, Kandahar, Helmand und Uruzgan, die Anschläge waren gegen US-Soldaten und die Zivilbevölkerung gerichtet. Die Taktik und die Durchschlagskraft der Anschläge hatte nach dem Erstschatz im Oktober/November 2001 eine neue technische Höchstform und größere Brutalität erreicht (Crews/Tarzi 2008: 69; Giustozzi 2007: 347-349). Eine Strategie der Taliban-Kämpfer war es, sich bei der zivilen Bevölkerung zu verstecken.

Das amerikanische Militär verzeichnete einen sprunghaften Anstieg von 52 gefallenen Soldaten innerhalb des gesamten Jahres 2004 zu 54 verstorbenen Soldaten allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 (Rashid 2008: 222). Die militärische Reaktion auf die islamistischen Anschläge ließ nicht lange auf sich warten (*Operation Mountain Lion* in der Provinz Kunar und *Operation Mountain Thrust* in den Provinzen Helmand, Uruzgan und Kandahar) (Kumar 2013: 59). Die US-Truppen verfolgten einen *light-footprint*-Ansatz auf feindlichem Terrain, dafür aber

toinlandsprodukt im Jahre 2016 auf 16 Prozent geschätzt und auf 2/3 der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche wird Opium angebaut (UNODC 2017). Aus diesem Grund halte ich den Terminus der Narko-Eliten im bisher dargestellten Kontext dieser Doktorarbeit für treffend und legitim.

- 134 Der *Human Rights Reports* „Troops in Contact“ von 2008 geht detailliert auf die Strategiewechsel und Dilemmata während der ISAF- und OEF-Operation ein und deckt auf, dass durch schnelle und strategisch nicht geplante Luftwaffeneinsätze zur Befreiung von Soldaten aus Kampfsituationen mit den Taliban ungewöhnlich viele Zivilist*innen ums Leben kamen. Diese Situationen werden als *troops in contact* (TIC) bezeichnet und haben im Vergleich zu den geplanten Operationen gegen die Taliban und *al-Qaida* mehr zivile Opfer zur Folge gehabt (Human Rights Report 2008: 32f). Die UNAMA begann erst im Jahre 2008, die Opferzahlen der zivilen Bevölkerung zu berücksichtigen und zu dokumentieren. Da die UNAMA in der afghanischen Öffentlichkeit als eine neutrale internationale Organisation anerkannt ist, begann die kriegsmüde Bevölkerung und die afghanische Administration die eigentlichen Opferzahlen nach militärischen Operationen von der UNAMA im Vergleich zur ISAF als glaubwürdiger anzunehmen. Einem Bericht der *Brown University* zufolge, in dem Zahlen aus unterschiedlichen Quellen über mehrere Jahre zusammengetragen und ausgewertet wurden, lagen die Opferzahlen im Jahre 2005 bei 413, im Jahre 2006 bei 929 und dann im Jahre 2007 bei 1582 (Crawford 2011; Crawford 2015: 2).

stärkere und vermehrte Luftschläge, um die Opfer bei den amerikanischen Truppen niedrig zu halten. Ein weiteres Problem bestand darin, dass die ISAF von 2001 bis zum Ende ihres Einsatzes im Jahre 2014 kein koordinierendes Kommando über die OEF hatten, aber im Oktober 2008 wurde der Versuch unternommen dies zu ändern. Ein kritischer Wendepunkt kam am 22. August 2008, als bei einem Luftschlag auf das Dorf Azizabad im Bezirk Schindand in der Provinz Herat insgesamt 90 Zivilist*innen (60 Kinder und 15 Frauen) ums Leben kamen und Karzais bereits zerrüttetes Verhältnis zur US-Administration verschlechterte sich. Seine Hilfslosigkeit, die afghanische Bevölkerung zu schützen, spielte den Taliban in die Hände, die ihn als Marionette des Westens darstellten. Die hohe Zahl an zivilen Opfern war Teil der terroristischen Strategie der Taliban, die darin bestand, sich unter die Zivilbevölkerung zu mischen.

Karzai drängte bereits Anfang 2008 – nach dem Anstieg dieser Angriffe durch das amerikanische Militär, nach nächtlichen Hausdurchsuchungen, Inhaftierungen von Verdächtigen und Folterungen von Gefangenen – auf ein Abkommen, um Aktivitäten der amerikanischen Armee auf afghanischem Terrain, eines *de jure* souveränen Staates, untersuchen oder zumindest mit der afghanischen Armee und dem Verteidigungsministerium koordinieren zu können. Den Bedenken der afghanischen Administration kam General McKiernan in einem Abkommen, welches der afghanische Verteidigungsminister Rahim Wardak am 13. Februar 2009 mitunterzeichnete, entgegen. Das Abkommen sah eine bessere Koordination zwischen afghanischen und amerikanischen Truppen vor. Ziel war es, den afghanischen Partner vorab über geplante Operationen, Hausdurchsuchungen und Inhaftierungen zu informieren und dann gemeinsam zu koordinieren (UN General Assembly Security Council 2009: 7).

General McKiernan verfolgte nun als erster Kommandeur der ISAF und der amerikanischen Truppen in Afghanistan die Strategie, während der militärischen Operationen die afghanische Kultur und Religion zu achten und die militärischen Operationen zu diesen Werten und Traditionen ins Verhältnis zu setzen (Eide 2012: 69). Aus der Perspektive der afghanischen Administration war es kein guter Zeitpunkt, mit den Taliban Friedensverhandlungen zu beginnen, denn die militärischen und politischen Verbünde zu den USA schienen nicht sicher und ohne Vertrauensbasis. Die afghanische Administration hätte aus der Position der Schwäche mit den Taliban verhandeln müssen und ihnen weitgehende politische Zugeständnisse machen müssen.

Nicht nur sicherheitspolitische Faktoren gestalteten das Verhältnis zwischen der US-Regierung und der afghanischen Administration schwierig.¹³⁵ In der Forschungsliteratur wird oft die angebliche Hitzköpfigkeit und Unberechenbarkeit Karzais und seine hiermit einhergehende Paranoia innerhalb eines modernen Präsidialsystems mit

135 In vielen Büchern, Aufsätzen und Biographien von Journalist*innen oder ehemaligen Diplomaten*innen finden sich detaillierte Beschreibungen von Karzais schwierigen Charakterzügen, so wie bei Woodward (2010), Dobbins (2008) und Partlow (2016) nachzulesen. Eine gewisse Einseitigkeit ist diesen Analysen aber nicht abzusprechen und die politischen Absichten manch eines US-Diplomaten, der in neokolonialistischer Manier ein *Greater-Middle-East-Projekt* verfolgte, werden nicht näher untersucht. Ich halte die Beschreibungen für essenziellierend und tiefere Einsichten sind diesen einseitigen Analysen nicht zu entnehmen.

traditionellen Entscheidungsfindungsprozessen einer Stammesgesellschaft beschrieben. In einem in diplomatischen Kreisen bereits vielzitierten Buch schreibt der Journalist der *Washington Post* Partlow:

„The way President Karzai did business – long phone calls about tiny matters, endless rambling chats with whatever bumpkin wandered into the palace, meetings unshackled by agendas or decisions – did not seem to them very efficient or presidential. Karzai’s political style was adopted from Afghan customs and the tribal conventions learned at the foot of his father, but it looked to the United States a lot like dysfunction. Karzai’s National Security Council, an institution created with coalition funding to mimic its White House counterpart as a coordinating body for wartime decision making, never seemed to coordinate anything.“ (Partlow 2016: 213)

Dieser kurze Abschnitt zeigt die diametralen Unterschiede in der Regierungsführung und auch die diplomatischen Herausforderungen, mit denen sich die beiden ungleichen Partner – Afghanistan und USA – konfrontiert sahen. Hinzu kamen die ersten veröffentlichten WikiLeaks-Dokumente, die Einblicke in die Korrespondenz des amerikanischen Außenministers über Karzai boten (Boone 2010). Der Journalist der *Washington Post* und Pulitzer-Preisträger Woodward hat in seinem 2010 veröffentlichten Buch über ein gemeinsames Treffen mit dem damals amtierenden Nationalen Sicherheitsberater, General James L. Jones, berichtet: „The next day, Tuesday, June 23 [2009], I attended the last 15 minutes of Jones’s meeting with President Karzai. Sensitive intelligence reports on Karzai claimed he was erratic and even ‚delusional‘. ‚Off his meds‘ was a common description, while high on ‚weed‘ was a description by others.“ (Woodward 2010: 128) Karzai wusste also bereits zwei Monate vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 20. August 2009, was die amerikanische Administration über ihn dachte, und als ihn der neue US-Botschafter in Afghanistan, General Karl Eikenberry, vor der zweiten WikiLeaks Veröffentlichung warnte, habe Karzai gefragt, ob es wieder um seinen Drogenkonsum ginge (Partlow 2016: 222).

Vor dem hier beschriebenen sicherheitspolitischen und diplomatischen Hintergrund, dürfte hervorgegangen sein, dass Karzai der US-Administration als Partner*in für seine Wiederwahl nicht mehr traute. Nachdem er also das Vertrauen in die US-Administration verloren hatte, konnte er auch nicht mehr den Friedensprozess mit den Taliban einleiten. Auch die Taliban-Kämpfer waren nun Teil eines undurchsichtigen Netzwerkes bestehend aus dem *Haqqani*-Netzwerk, der *Hezb-e Islami* und weiteren arabischsprachigen *mujaheddin*. Beide Voraussetzungen hätten ihm nicht erlaubt, aus einer souveränen Position der Stärke heraus über einen Frieden zu verhandeln. Erst nachdem Karzai Ende 2009 wiedergewählt worden war, berief er Ende Mai 2010 eine *Peace Loya Jirga* zusammen, um mit 1.600 Stammesführern, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und 300 Frauen über einen gemeinsamen Friedensprozess zu verhandeln. Aus der Perspektive Juwands waren die Taliban bereits 2004 zu einem politischen Friedensprozess bereit:

„In 2010, we had been consulted to the council of the *loya jirga*.

We were 1,600 participants. Hamid Karzai pointed at Rais Abdul Wahid: ‚We will accept your government. Will you accept our human rights, social rights?‘ But Hamid Karzai himself did not ensure that the Taliban members live in their own provinces and villages. In 2004, we deci-

ded to join the leadership, we started the ideas. We went over to political reconciliation. All Taliban said that we want political reconciliation. In 2005 and end of 2004 we had a joined and shared idea of the Taliban as a political group. Hamid Karzai denied to continue the negotiations. The Taliban could not be considered to be protected. They fought and they were rival with the Northern Alliance. The government was not able to recognize the political will for reconciliation anymore.“¹³⁶

Der hier von Juwand erwähnte Taliban-Repräsentant, Rais Abdul Wahid, war bereits in den 1980ern ein bekannter Kommandeur in Baghran, einem Bezirk in der Provinz Helmand. Dorronsoro beschreibt sein Rekrutierungssystem für die öffentlichen Ämter als klerikal und straff hierarchisch: „All the officials were taliban from his madrasa. The mujahidin, who were closely controlled and professional, wore uniform and observed strict discipline, while authorisation from the commander was required for population movements.“ (Dorronsoro 2005: 126) Im Vergleich hierzu weist Dorronsoro darauf hin, dass es in der Provinz Ghazni ein Rätssystem gab, das von geistlichen Mitgliedern besetzt war, aber konsensorientiert Entscheidungen traf und weniger hierarchisch organisiert war. Während der Taliban-Herrschaft hat sich dann dieses konsensorientierte *shura*-Prinzip in den Provinzen mit einem Vorsitzenden durchgesetzt (ebd.: 126).

Juwands Aussage, die Taliban seien bereits 2004 zu einem Friedensprozess bereit gewesen, gewinnt an Glaubwürdigkeit, wenn man die Anzahl der Anschläge im Jahre 2004 (drei Selbstmordanschläge) mit denen von 2005 (17 Selbstmordanschläge und 123 weitere Anschläge) vergleicht (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 279). Einige Analysten*innen beschreiben jedoch diese Phase nach dem Zusammenbruch der Taliban bis zum erneuten Auftauchen der Taliban als politische Bewegung als eine Zeit der Re-Rekrutierung und Formierung (Giustozzi 2007) und keineswegs als Zeit des Versuches zur Versöhnung.

Im Folgenden sind zwei neue politische Fakten und ein dritter bereits formulierter Aspekt im Zusammenhang mit der fragilen politischen Lage der afghanischen Administration zu Juwands Aussage hinzuzufügen. Die Rhetorik Mullah Omars war in den Anfangsjahren nach 2001 darauf ausgerichtet, dass die ausländischen Truppen Afghanistan verlassen müssen: „We will not accept a government of wrong-doers. We prefer death than to be a part of an evil government.“ (BBC 2001) Nicht nur rhetorisch, sondern auch militärisch gab es Operationen gegen die US-Armee, die von Linschoten und Kuehn im Abschnitt 2003-2009 detaillierter in den militärstrategischen und geopolitischen Kontext setzen. Wie bereits erwähnt, war die afghanische Administration von der Nord-Allianz dominiert, so dass sich die paschtunischen Stämme in den südlichen und östlichen Provinzen nicht an den politischen Entscheidungen beteiligt und vom politischen Prozess marginalisiert fühlten. „Local perceptions had started to shift in late 2003. While the majority of the population had been supportive early on, by 2003 communities in southern and eastern Afghanistan had found themselves sidelined and at times openly targeted by the new authorities.“ (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 262)

136 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 209.

Hinzu kam, dass die militärischen Operationen und die willkürlichen Verhaftungen von Dorfbewohnern dazu führten, dass sich die Menschen von der neuen Regierung und ihren Verbündeten noch mehr entfremdet fühlten und den Taliban zuwandten. Die USA hatten bereits Ende 2002 und Anfang 2003 die *special forces* in Afghanistan reduziert und an die zweite amerikanisch-britische Front in den Irak entsandt. Die US-Administration setzen die Priorität nun auf den *War on Terror* im Irak, sie sahen keine Gefahr mehr von den Taliban ausgehen (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 265). Unter Mullah Dadullah¹³⁷ nahmen dann die Taliban im Sommer 2003 den Bezirk Dai Chopan in Zabul und einen Großteil der Provinz Paktia ein.

„2004 saw an activity in Uruzgan and Kandahar provinces, and 2005-2006 saw Helmand come into focus for the Taliban along with Ghazni, Paktya, Khost, Lowgar and Farah. Suicide operations, moreover, had grown as a prominent tactic in mid-to-late 2005 in the south and south-east.“ (Ebd.: 263)

Zur bisher dargelegten diplomatischen und (sicherheits-)politischen Situation kommen noch weitere wichtige Aspekte hinzu. Aus den nachfolgenden Abschnitten wird hervorgehen, warum der Friedensprozess aus außenpolitischer und innenpolitischer Perspektive mit den Taliban immer wieder ins Stocken geriet. Auch die politischen Forderungen der Taliban werden im Kontext der sicherheitspolitischen Situation der afghanischen Regierung betrachtet, die im engen Zusammenhang mit der frühen Ankündigung des US-Truppenabzugs steht.

In den Anfangsjahren der Machtkonsolidierung Karzais – das ISAF-Mandat war zunächst auf Kabul beschränkt und wurde erst im März 2003 auf das ganze Land ausgeweitet – war es aus Sicht der afghanischen Regierung nicht möglich, über Frieden zu verhandeln. Nachdem Stanley McChrystal im Sommer 2009 vom neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama mit dem Oberkommando der amerikanischen Soldaten und der ISAF-Truppen betraut worden war, hat er die *population-centric counterinsurgency strategy* weiterentwickelt. Im Dezember 2009 wurden weitere 35.000 Truppen nach Afghanistan entsandt (Woodward 2010: 277).

137 Einen ausführlichen Abschnitt über die Rolle des Taliban-Kämpfers Mullah Dadullah haben Strick van Linschoten und Kuehn verfasst und auf seinen Einfluss auf das Wiedererstarken der Taliban seit 2003 hingewiesen (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 275-278). Aufgrund seiner Erfahrungen als Kämpfer seit den 1990er Jahren im Süden, Westen und Norden Afghanistans (Kandahar, Helmand, Herat, Kunduz, Mazar-e Sharif) hat er ein vertrauensvolles Verhältnis zu Mullah Omar gehabt (Mapping Militant Organizations 2016). Mullah Omar hat ihn im Juni 2003 in seinen zehnköpfigen Rat aufgenommen. Als erbarmungsloser Kämpfer galt er bereits im Januar 2001, als er 300 unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder in Yakawlang in der Provinz Bamayan massakrieren ließ. Bei den Opfern handelte es sich um die schiitische Minderheit der Hasara (UN General Assembly 2001: 10-12). Mehr Informationen zum Massaker an den Hasara im Mai 2000 und Januar 2001 hat der *Human Rights Report* zusammengetragen (Human Rights Watch 2001). Auch die Zerstörung der Buddha-Statuen im März 2001 soll Mullah Dadullah angeleitet haben (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 276). Am 12. Mai 2007 starb er im Kampf gegen von der ISAF unterstützte afghanische Soldaten (BBC 2007).

Zu ersten wirklichen Friedensverhandlungen kam es erst in Paris vom 20. bis zum 21. Dezember 2012. Juwand beschreibt die damaligen Verhandlungen als Chance:

„The Taliban were more religious and rigid in their demands. Forces have to leave first and then there will be a productive dialogue. For the first time, there were negotiations with the Taliban at the third conference. I took part, the Taliban said that we want reconciliation with Afghanistan. But first the forces have to leave because Afghanistan is occupied by them. A constitution on which all ethnicities have to agree upon. Third, a broad-based government will be established. Taliban, we do not want any party to manipulate the government. The Human Rights will be guaranteed and the Islamic cultures and the Afghan culture, the right of women for education, working in the government. Women rights and doing business in the society, their free will of choosing their husbands. They were also against forced marriages, and that there will be no peacebuilding without women and that their heredity rights have to be protected too.“¹³⁸

Alle drei Forderungen – Truppenabzug, Verfassungsreform, Regierung auf breiter Basis – waren für die damalige afghanische Regierung inakzeptabel und sind natürlich in einem multikausaleren Kontext zu analysieren. Ein Truppenabzug der international zusammengesetzten ISAF-Truppen war für die afghanische Regierung keine Option, da die afghanische Armee und Polizei zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen mit 350.000 Personen zwar ihr quantitatives Ziel erreicht hatte, jedoch weiterhin auf die logistische, kommunikative, geheimdienstliche und militärische Unterstützung insbesondere der amerikanischen Luftwaffe angewiesen war (Bumiller 2012).

Bei den Verhandlungen in Paris handelte es sich nicht um Friedensgespräche, sondern um eine Neuauflage der Gespräche zwischen Vertreter*innen von unterschiedlichen ethnopolitischen Gruppen. Dieser „Innerafghanische Dialog“ war federführend von den USA (dem amerikanischen Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher) und vom ISI initiiert worden, die damit die Legitimität der Regierung und der Regierungsinstitutionen infrage zu stellen versuchten; so jedenfalls sah es die afghanische Regierung. Die drei ISI-nahen Vertreter der Taliban waren nicht durch die *shura* bevollmächtigt worden, an diesem sogenannten innerafghanischen Dialog teilzunehmen und die afghanische Regierung war mit ein paar Gesandten anwesend.

Der Truppenabzug der insgesamt 68.000 amerikanischen Soldaten war für Ende 2014 geplant, aber bereits am 23. Juni 2011 legte Barack Obama gemäß seinem Wahlversprechen erste konkrete Zahlen und Daten zum Truppenabzug vor. 10.000 Sturmtruppen (*surge forces*) sollten Ende 2011 abgezogen werden, 23.000 im September 2012 Afghanistan verlassen. Frankreich hatte bereits einen Monat vor dem ersten Treffen in Paris seine Truppen aus den Provinzen Sarobi, Kapisa und Kabul abgezogen (Department of Defense USA 2012: 14; Reuters 2012). Für die anderen insgesamt 49 Nationen stand ein Truppenabzug aufgrund der angespannten Sicherheitslage aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht zur Diskussion und war auch logistisch so kurzfristig nicht durchführbar.

Der zweiten Forderung nach einer Verfassungsreform stand die Regierung entgegen. Die Verfassung war 2003 von 502 Volksvertreter*innen in der *loya jirga* verab-

138 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 208.

schiedet worden und besaß dadurch eine große Legitimität, weshalb die Taliban die Verfassung anerkennen sollten. Die dritte Forderung, dass eine breit gefächerte ethnische Beteiligung an der Regierung gegeben sein muss, stieß bei den anwesenden Vertretern der Nord-Allianz in der Kombination mit den ersten beiden Forderungen auf Misstrauen und somit letztendlich auf Ablehnung. Auf meine Nachfrage nach den alten und neuen Konflikten, die zwischen den Eliten existieren, betonte Juwand direkter die damaligen Versäumnisse:

„After the conference in Paris what has happened was that there were no meetings outside the country allowed anymore. Taliban had concrete points. We did not know if it was Hamid Karzai or his close advisors, may be your father, to stop the negotiations. We lost that opportunity for continuing these negotiations; the face to face negotiations were successful. And the Taliban spoke very frankly to the government. After that no meetings were allowed anymore in the country.“¹³⁹

Bevor sich die Taliban mit den Vertretern der Nord-Allianz in Paris im Dezember 2012 getroffen hatten, hatten im März 2012 Verhandlungen über den Austausch von fünf hohen Taliban-Funktionären für einen US-Soldaten, Sgt. Bowe Bergdahl, der seit dem 30. Juni 2009 in den Händen der Taliban begonnen. Jedoch fand der Austausch der fünf Taliban-Funktionäre, Mullah Norullah Noori, Mohammed Nabi, Khairullah Khairkhwa, Abdul Haq Wasiq und Mohamad Fazl erst am 31. Mai 2014 statt.¹⁴⁰ In diese Verhandlungen über den Gefangenenaustausch der Gefangenen und über Friedensverhandlungen waren weder Karzai noch seine Regierungsmitglieder eingebunden. Ein hoher Regierungsangestellter, Karim, sagte mir auf die Frage zu den Konfliktpunkten in der Regierung:

139 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 208.

140 *WikiLeaks* hat Dokumente zu allen hier aufgeführten Guantanamo-Gefangenen online zur Verfügung gestellt. Mullah Norullah Noori war während der Kämpfe zwischen OEF und den Taliban im Oktober 2001 militärischer Kommandeur in Mazar-e Sharif und er war auch Gouverneur in Balch und Laghman (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008a). Mohammad Nabi wird als führender Kämpfer mit Verbindungen zu *al-Qaida*, den Taliban, dem *Haqqani*-Netzwerk und der *Hezb-e Islami* beschrieben, der Anschläge gegen amerikanische und andere Koalitionseinheiten besonders in Khost geplant und ausgeführt haben soll (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008b). Khairullah Khairkhwa war Innenminister, Gouverneur von Herat und Militärkommandeur und wird als direkte Verbindungsperson zu Osama bin Laden und Mullah Omar beschrieben (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008c). Abdul Haq Wasiq war stellvertretender Minister des Geheimdienstministeriums (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008d). Mohammad Fazl war stellvertretender Verteidigungsminister und mit Verbindungen zur *al-Qaida*, der *Islamic Movement of Uzbekistan* (IMU), *Hezb-e Islami*, *Harakt-e Inqelab-e Islami* (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008e).

„They were all in Paris talking to the Taliban. (...) Abdullah was as a representative there, Mo-haqeq was there himself, Dostum was a representative, Ahmad Zia Massoud was there. So we-re others, so they are talking.

FDS: But in public they say they are not willing to negotiate on the constitution or even not, //they don't (...)-//

//Karim: BUT that, // that is definition too, they don't want talk to them but they don't want to give up the gains they've made. That's right. They say: We don't want a constitution to be reformed. All the gains that were made in Afghanistan to be extorted. They are right about that but they are talking. So, there is no dispute on the peace itself. It's a dispute on the process for peace because they want to be part of that. In a different way. ... So, the ethnical thing the opposition is ostentatious, ostentatiously they want to be part of that but you can be part of it through the peace council. But if you all:: go individually and talk about peace to the Taliban you will weaken Afghanistan and the gains we have made.“¹⁴¹

Die afghanische Regierung sprach diesen Verhandlungen jede Legitimität ab und verbot sie. Die Verhandlungen liefen zwischen der Nord-Allianz und den Taliban unter Vermittlung der USA, die aufgrund des Abzuges von weiteren 9.800 Soldaten Ende 2014 die Vorbereitungen für eine politische Versöhnung trafen. Es gab Gerüchte, dass auch Vertraute von Karzai an den Friedensverhandlungen teilgenommen haben (Bowley/Rosenberg 2012; Adeel 2012), obwohl sich die Regierung offiziell gegen diese Form von Verhandlungen aussprach und tatsächlich weder offizielle noch inoffizielle Regierungsvertreter*innen an den Verhandlungen teilgenommen haben. Im Vorfeld und hinter den Kulissen und auch nach der Konferenz brach eine neue heftige Auseinandersetzung zwischen den USA und der Regierung Afghanistans aus. Die amerikanischen Diplomaten*innen in Kabul haben abgestritten, an der Vorbereitung und Durchführung dieser Friedenskonferenz beteiligt gewesen zu sein. Aber trotz aller Dementis seitens der USA fühlte sich die afghanische Regierung von den forcierten Friedensverhandlungen durch die USA aufgrund des bevorstehenden Truppenabzugs unter Druck gesetzt. Ein von mir interviewter ehemaliger Analyst des Außenministeriums, Mortazah, dem ich sagte, dass es bereits Verhandlungen zwischen den Vertretern der Nord-Allianz und den Taliban gebe, erklärte die damalige Situation so:

„Yes, and that is actually dangerous because if they negotiate as state to state with each other and they don't come to an agreement. They would start fighting with each other as a fact. So, as a matter of fact they made a lot of various negotiations. But when they didn't agree they start fighting each other. Now, we should stop various negotiations between Taliban and Northern Alliance. Let the Afghan government be the mediator.“¹⁴²

Der afghanischen Regierung unter Karzais war es wichtig, die Friedensgespräche selbst zu koordinieren und zu gestalten. Darüber hinaus bewertete die Regierung Afghanistans solche Konferenzen ohne die Teilnahme der Regierung als Repräsen-

141 Vgl. Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 137f.

142 Vgl. Interview Nr. 12, mit Mortazah in seinem Büro am 8. April 2013 in Kabul: 167f.

tant*innen des Volkes als eine Art der De-Legitimierung des Post-Bonn-Prozesses und als einen Versuch, Afghanistan wieder zu entstaatlichen.

Ein weiterer Punkt, den Juwand ansprach, bezieht sich auf das bilaterale Sicherheitsabkommen¹⁴³ zwischen Afghanistan und den USA, das Karzai für die Stationierung der US-Truppen mit seinen sieben militärischen Luftwaffenbasen (Kabul, Bagram, Herat, Mazar-e Sharif, Schindand, Kandahar und Shorab in Helmand) über das Jahr 2014 hinaus nicht verlängerte (USA and Islamic Republic of Afghanistan 2013). Das Abkommen wurde erst von Ghani als eine seiner ersten Amtshandlungen am 30. September 2014 unterzeichnet. Es verlängerte die Truppenpräsenz von 12.000 US-Soldaten für die militärische Ausbildung und Unterstützung auf afghanischem Territorium bis Ende 2024 (USA and Islamic Republic of Afghanistan 2014). Karzai rief eine beratende *loya jirga* vom 22. bis 24. November 2013 ein, um über die Unterzeichnung des Abkommens zu diskutieren. Im Vorfeld dieser großen Versammlung lud er etwa 13 Teilnehmer in den Regierungspalast. Juwand nahm an dieser Sitzung teil und äußerte folgende Meinung zur Stationierung der US-Truppen:

„I have expressed my views on the negotiations to Hamid Karzai and Dr. Spanta. We have been invited to the presidential palace. 13 people were invited from the *loya jirga*. I was the first to speak.

I told them that they are liars and that they are not capable of taking care of their people. I spoke about the first draft of the Bilateral Security Agreement. It is against the first and second Article of the UN-Charta. Also against the 2nd, the 8th and 10th article of the Universal Declaration of the Human Rights Declaration. This is against Mohammad and the Koran and our national proud. This is a very long discussion: I will quote article 2. It says: Everyone has the right to be beneficial without any distinction from colour, religion and gender etc. There should be no differences and distinction; no discrimination is made from the other side. No self-governing and there is no sovereignty, it is limited. There is still immunity for the American soldiers but there is a jurisdiction here. They say that it is immunity for them because there in the US we have a jurisdiction.

Article 8 says that in cases of conflict and war tribunals should be established for violation of the fundamental rights by the laws or the constitutions. We have our own local laws and Islamic laws. We will be provided laws by the US-government?

Karzai's answer was: You made our laws going to fail (...).

I answered: The Americans are lying to you. US soldiers are not taken to trial. In Japan two girls have been raped by US-soldiers, they were jailed in prison for 13 years.“^{144 145}

143 Der gesamte Titel dieses Abkommens lautet nun *Security and Defense Cooperation Agreement between the United States of America and the Islamic Republic of Afghanistan*.

144 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 212.

145 *Al-Jazeera* berichtete über die Inhaftierung von zwei amerikanischen Soldaten auf japanischem Territorium, nachdem sie eine japanische Frau vergewaltigt hatten. Das japanische Gericht hat zudem über amerikanische Soldaten eine nächtliche Ausgangssperre (23:00-5:00 Uhr) und ein Alkoholverbot außerhalb der Militärbasis verhängt (*Al-Jazeera* 2013; Quigley 2013). In Okinawa sind 30.000 US-Soldaten stationiert und es gab bereits mehrere derartige Fälle (Vergewaltigung und Mord), die zu Demonstrationen der Bevölkerung gegen die US-Stationierung führte (McKirdy 2016).

Tatsächlich war die damalige Situation, zu der auch mein Vater in seiner damaligen Funktion als Nationaler Sicherheitsberater gemeinsam mit dem General der Afghanischen National Armee (ANA), Sher Mohammad Karimi, am 16. November 2013 vor dem afghanischen Parlament Rede und Antwort standen, äußerst angespannt und die Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsabkommens (BSA) unklar. Zu den meist debattierten Punkten gehörte, dass Kriegsverbrechen von US-Soldat*innen nach amerikanischer Jurisdiktion in den USA entschieden werden sollten, die Achtung der islamischen Werte und hiermit im Zusammenhang stehende Hausdurchsuchungen.¹⁴⁶

Da bis zu diesem Datum über Artikel 3 (Hausdurchsuchungen) keine Einigung erzielt worden war, blieb er in der Sitzung unveröffentlicht (verborgen), jedoch lag er der *loya jirga* zur Abstimmung vor (Clark 2013a). Bei der unterschriebenen Ausgabe von September 2014 wurde ausgeführt, unter welchen Umständen die US-Soldaten in afghanische Häuser eindringen können:

„United States forces shall not enter Afghan homes for the purpose of military operations and searches except under extraordinary circumstances involving the urgent risk to life and limb of U.S. nationals. United States forces shall not arrest or imprison Afghan nationals, nor maintain or operate detention facilities in Afghanistan.“ (United States of America and Islamic Republic of Afghanistan 2014: 7)

Die afghanischen Repräsentant*innen waren sich mit Blick auf die unsichere Lage nach dem Abzug der US-Soldaten und dem Erstarken des Islamischen Staates (IS) im Zweitstromland sowie auf die sich bereits verschlechternde Wirtschaft darüber im Klaren, dass sie das Abkommen zur Ratifizierung an den Präsidenten freigeben müssen. Obwohl die *loya jirga* dem Sicherheitsabkommen zugestimmt hatte, weigerte sich Karzai weiterhin, es zu unterzeichnen und legitimierte seine Entscheidung mit der neokolonialen Sendungspolitik der USA. In seiner einstündigen Pressekonferenz zog er historische Parallelen zur Unterzeichnung des Durand-Vertrages durch Abdul Rahman Khan und das britisch-indische Empire im Jahre 1893 und ließ sich auch nach dem ersten Telefongespräch mit Obama nach sieben Monaten über eine *zero option*, wie sie im Irak eintrat, nicht einschüchtern (Ackerman/Roberts 2014; Tolo News 2014a). In einem Interview mit *Le Monde* sagte er zur Ankündigung eines kompletten Abzugs der US-Armee:

„Even if they are real, even it's not a bluff we are not to be pressured into signing the BSA without our conditions being met. Even if they are serious, the Americans can't push us into a cor-

146 Auch im Irak führte letztendlich die amerikanische Forderung nach Immunität der US-Soldaten zum Truppenabzug. Nachdem sich das irakische Parlament nach mehreren Monaten im Jahre 2011 unter dem damals regierenden Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki weigerte, dem bilateralen Abkommen seine Zustimmung zu erteilen, kündigte Obama am 21. Oktober 2011 den Abzug von 41.000 US-Soldaten für Ende 2011 an und kam seiner Drohung dieser *zero-option* nach, d.h. er zog die amerikanischen Soldaten aus dem Irak ab. Jedoch vereinbarten die US-Regierung und die irakische Regierung, dass 300 US-Soldaten in beratender Funktion wieder im Irak stationiert werden und ihre Immunität vor irakischer Jurisdiktion aufgehoben wird (Baker 2014).

ner. If the USA wants to be our ally, they have to be a respectful ally. They can't exploit us. What I hear these days, and what I've heard before, sounds like classic colonial exploitation. The Afghan's don't bow down, they have defeated in the past colonial powers. They'll accept a respectful relationship, they are [an] honourable people and will treat friends honourably.“ (Bobin 2013)

Nachdem in einem ersten Bericht an den US-Senat im Dezember 2012 der Vorwurf der Folterungen an Inhaftierten im amerikanisch geführten Gefängnis in Bagram erhoben wurde, erfolgte im Dezember 2014 eine weitreichendere de-klassifizierte Version dieses Berichts, der noch mehr Informationen über die Verhörmethoden offenlegte (United States Senate 2014). Karzai nannte die Militärbasis von Bagram aufgrund dieser Zustände „Taliban-making-factory“ (BBC 2014). Rückblickend war es ein politisch gut überlegter Schachzug, dieses Sicherheitsabkommen nicht zu unterzeichnen, da Karzai nach zwei Amtsperioden verfassungsrechtlich nicht zum dritten Mal antreten durfte und die Ratifizierung über die umstrittene Stationierung der US-Truppen seinem Nachfolger überlassen werden konnte. Sein Ziel war es, als standhafter und unbeugsamer politischer Präsident in die Geschichte Afghanistans einzugehen.

Im Interview sah der jüngere und auch reformorientierte *talib* Rasul die neuen Verhandlungen zwischen Afghanistan, Saudi-Arabien, China und Pakistan als positive Entwicklung:

„Mit dem neuen Präsidenten gibt es einen neuen Prozess mit Pakistan, China, Saudi-Arabien. Es ist ein Prozess in den Anfängen, mal sehen, wo es hinführen wird.

Wir wollen, dass es funktioniert und die Afghanen gemeinsam entscheiden. Die Menschen, die außerhalb der Ordnung sind, sollen entscheiden, wie sie gemeinsam leben können. Sie möchten auch ein ruhiges Leben haben.

Ein wichtiger Punkt ist wirklich für mich: Die Taliban sollen den Prozess erlauben. Ich sage das als Vorschlag. Es sollte auch nicht über Vermittler gehen. Es gibt immer zu viele Vermittler, dann dauert es zu lange. Diese Beziehungen sollten enger werden, es sollten auch direkte Verbindungen geben. Die Vermittlungen sollten nicht lang und kompliziert sein.“¹⁴⁷

Um Friedensverhandlungen im Gang zu bringen und Spannungen zwischen Afghanistan und Pakistan abzubauen, gab es auch eine Reihe von kleineren Treffen. So trafen sich der damalige Nationaler Sicherheitsberater Afghanistans, Rangin Dadfar Spanta, und der pakistanische Geheimdienstchef General Ahmed Schuja Pasha unter Vermittlung Chinas in Beijing im Juni 2011, aber ohne nennenswerte Ergebnisse. Ein zweites Treffen mit dem Nachfolger Pashas, General Zaheer-ul-Islam, erfolgte im Juni 2012, welches wiederum ohne relevante Ergebnisse auseinander ging. Hierbei stellte die pakistanische Regierung ihre strategischen Rahmenbedingungen als politische Voraussetzung für die Friedensverhandlungen mit den Taliban vor. Sie forderte, dass die Beziehungen zwischen Indien und Afghanistan, die sich auf diplomatischer, politischer und militärischer Ebene vertieft hatten sowie in wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Projekten weiterentwickelten, eingestellt werden. Nur dann wä-

147 Vgl. Interview Nr. 36, mit Rasul Interview am 28. November 2014 in der Türkei: 260.

re Pakistan bereit gewesen, die Verhandlungen über die Friedensgespräche mit den Taliban zu unterstützen. Es war ein offenes Geheimnis, dass ein Mittel, um für Pakistan „strategische Tiefe“ zu erzielen, die Taliban waren. Ruttig beschreibt in einem Aufsatz die Inhaftierung mehrerer verhandlungsbereiter Taliban, unter ihnen auch der Taliban-Führer, Mullah Abdul Ghani Baradar und weiterer führender Taliban-Kämpfer zu Anfang des Jahres 2010:

„Although Pakistan has officially dropped its ‚strategic depth‘ policy, a future conflict with India remains its number one security concern. As a result, establishing a friendly or even clientelle government in Kabul still ranks high on Pakistan’s agenda, and the Afghan Taliban are considered a core element of this strategy.“ (Ruttig 2010c: 6)

Die afghanische Regierung hatte bereits in Konsultationen mit Großbritannien am Rande der trilateralen Gespräche (Afghanistan, Pakistan und Großbritannien) im Februar 2013 erklärt, dass die Regierung Afghanistans mit der Beteiligung der Taliban an der Macht einverstanden sei. Taliban können, wenn sie die Verfassung Afghanistans akzeptieren, das Amt des Obersten Richters, Ministerien und Gouverneursposten übernehmen. Wenn sie die Verfassung Afghanistans ändern wollten, sollten sie die in der Verfassung festgelegten Mechanismen und Prozesse friedlich durchlaufen. Die afghanische Verfassung hätte ihnen Spielraum für islamische Rechtsprechung gegeben. Im folgenden Abschnitt ist der verfassungsrechtliche Rahmen im Zusammenspiel mit dem Islam gut zusammengefasst:

„Islamic law is an important source of contract law in Afghanistan. In keeping with Article Three of the Constitution, prior to the adoption of commercial laws in Afghanistan, all laws are vetted for compliance with the principles of Islam. Generally, Islamic law asks that valid contracts between parties be enforced and as a result, gives great deference to the right to contract freely, unless Islam specifically prohibits a contract [...].“ (Sugarman et al.: 2011: 148)

Die Taliban ließen sich wegen der ursprünglich bereits für das Frühjahr 2014 geplanten Präsidentschaftswahlen für Friedensverhandlungen mit der Karzai-Regierung Zeit. Die afghanische Regierung entschloss sich jedenfalls, wie bereits an anderer Stelle beschrieben, die Verhandlungen im Juni 2013 abubrechen, nachdem die Taliban-Delegation die Flagge des afghanischen Emirats in Katar gehisst hatte. Nachdem jedoch die geheimen Verhandlungen mit dem ISI einen Stillstand erreicht hatten, und die Anschläge auf afghanischem Gebiet fortgeführt wurden, entschloss sich die afghanische Regierung, die chinesischen Interessen in der Region für den Friedensprozess zu nutzen. Denn China hatte wegen der Anschläge, bewaffneter Aufstände uigurischer Islamisten und *al-Qaida*-Kämpfer in der Provinz Xinjiang an seiner Grenze zu Afghanistan und Pakistan ein zunehmendes politisches Interesse an einem Frieden in Afghanistan. Hinzu kam der blühende Opiumhandel über die afghanisch-pakistanischen Stammesgebiete nach China, die eine schwer zu kontrollierbare Schmuggelroute sind (UNODC 2016: xii, 149). Auch die wirtschaftlichen Interessen Chinas wurden nun von Präsident Xi Jinping betont und seit Herbst 2013 mit dem Slogan *one belt, one road* der Aufbau eines Infrastruktur-Netzwerkes mit sechs Haupttrouten vorangetrieben (National Development and Reform Commission/Ministry of Foreign Affairs/Ministry of Commerce of the People’s Republic of China 2015). Rashid be-

schreibt die Interessen Chinas im Zusammenhang mit dem afghanischen Versöhnungsprozess folgenderweise: „More than \$100bn [...] will be involved in building the Afghan and Pakistani spurs of the Silk Route. China wants to exploit the mineral deposits of Afghanistan and is prepared to build a railway from Kabul to Xinjiang in China, while similar mammoth schemes are being prepared for Pakistan.“ (Rashid 2014)

Die Überlegung der afghanischen Regierung war, mithilfe des chinesischen Einflusses auf Pakistan die Friedensverhandlungen losgelöst von vorformulierten strategischen Rahmenbedingungen, die nicht im Interesse Afghanistans standen, weiterzuführen. Im Mai 2015 haben sich dann schließlich drei ranghohe und ISI-nahe Taliban-Vertreter, Mullah Abdul Jalil (ehemaliger stellvertretender Außenminister), Mullah Abdul Razaq (*shura*-Vertreter aus Quetta) und Mullah Hassan Rahmani (ehemaliger Gouverneur von Kandahar) mit der afghanischen Friedensdelegation und Vertretern des ISIs in Ürümqi getroffen.

Diese ersten diplomatischen und direkten Verhandlungen wurden jedoch nach einem verheerenden Anschlag am 7. August 2015 in Kabul vor einer leerstehenden Militäarakademie in Shah Shahid mit 15 ausschließlich zivilen Opfern und 240 Verwundeten beendet (Shakib/Nordland 2015). Ein mit Sprengstoff geladener Lastwagen fuhr zu der militärischen Einrichtung und explodierte, die Druckwelle war in weiten Teilen der Stadt zu spüren, die Detonation hinterließ einen Krater von zehn Meter Tiefe. Am selben Tag folgten zwei weitere Anschläge, ein Selbstmordattentat vor einer Polizeiakademie und ein Anschlag auf *Camp Integrity*, wo amerikanische *special operation forces* und afghanische Söldner für *private security companies* arbeiteten. Insgesamt kamen an diesem Tag 52 Menschen ums Leben und 316 Menschen wurden verletzt. Die höchsten zivilen Opferzahlen hat der Anschlag auf die Militäarakademie verursacht, zu dem sich die Taliban nicht bekannten. Das könnte ein Grund dafür sein, warum sich die Taliban nicht zu diesem Anschlag bekannten (Clark 2015). Am 3. August 2015, also nur vier Tage vor den Anschlägen, wurde der Tod Mullah Omars offiziell bestätigt, und sein Nachfolger, Mullah Akhtar Mohammad Mansour, verkündete in einer Radioansprache:

„They have tried a lot through money, through media, through false and corrupt ulama (ullam-e-y su) and other means to weaken the course of jihad and destroy (our) unity. We should not believe in (rumours) of peace talks. ... This jihad will continue for advancing the word of Allah and until there is an Islamic system in the country. ... If there is any fundamental process taking place, it should follow Sharia, and all actions will be taken under Sharia. Whether that is a jihad by sword, or if it (aim of the jihad) could be achieved through talks or through dawah (invitation), all our actions will be in the light of Sharia.“ (Ebd.)

Nach dieser Anschlagsserie kündigte Ghani am 10. August 2015 die Friedensgespräche mit den Taliban und Pakistan auf, plädierte für direkte Angriffe gegen die islamistischen Rückzugsorte in Pakistan und brach auch die Vermittlungsstrategien über die pakistanische Regierung ab (van Bijlert 2016a). Erst bei der fünften *Heart of Asia Conference* im Dezember 2015 in Islamabad wurden die diplomatischen Gespräche mit Pakistan wiederaufgenommen. Daraufhin folgte das erste Treffen der *Quadrilateral Coordination Group* (QCG) am 11. Januar 2016 in Islamabad, wonach abwechselnd in den beiden Hauptstädten weitere Gesprächsrunden folgten am 18. Januar

2016 in Kabul (Embassy of the United States in Kabul 2016), am 6. Februar 2016 in Islamabad und am 23. Februar 2016 wieder in Kabul. Nach der ersten Zusammenkunft gab es folgende gemeinsam von den vier Ländern formulierte optimistische Presseerklärung des *State Departments*:

„All four countries underscored the importance of bringing an end to the conflict in Afghanistan that continues to inflict senseless violence on the Afghan people and also breeds insecurity throughout the region. The participants emphasized the immediate need for direct talks between representatives of the Government of Afghanistan and representatives from Taliban groups in a peace process that aims to preserve Afghanistan’s unity, sovereignty and territorial integrity.“ (U.S. Department of State 2016)

Als Reaktion auf die vierte Runde der Friedensverhandlungen zwischen Afghanistan, Pakistan, China und den USA hat die Taliban über ihren Sprecher, Mohammad Naim, von ihrem offiziellen Büro von Katar aus verkünden lassen, dass sie von keinen Friedensverhandlungen wisse. Naim verwies auf die bereits in Doha im Pugwasch-Forschungszentrum vom 23. bis zum 25. Januar 2016 festgelegten Voraussetzungen für Eintrittsverhandlungen zum Frieden.

Das Konferenzdokument beinhaltet 18 Punkte, wovon hier nur kurz die wichtigsten genannt werden: der Abzug der internationalen Truppen, die von den USA in Afghanistan angeführt werden; das politische Büro der Taliban in Katar soll von der afghanischen Regierung als Vertretung des Islamischen Emirats Afghanistans anerkannt werden; die Taliban sollen nicht mehr auf der schwarzen Liste für Terroristen der Vereinten Nationen aufgeführt werden; die Inhaftierung und Vernichtung der Taliban-Kämpfer soll gestoppt und inhaftierte Taliban sollen freigelassen werden; die vergiftende Anti-Taliban-Propaganda solle beendet werden (RFE/RL’s Radio Free Afghanistan 2016; Cotta-Ramusion 2016).

Die afghanische Regierung ging auf diese Forderungen nicht ein und forderte die Taliban auf, zunächst ohne weitere politische Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zu treten. Als Antwort der Taliban folgte die harsche Frühjahrsoffensive *omari operations* zu Ehren des verstorbenen Mullah Omars, die eine Welle von Anschlägen nach sich zog und laut UNAMA 600 zivile Opfer und 1.343 Verletzte zur Folge hatte (UNAMA 2016b). Die USA setzten die pakistanische Regierung zunehmend unter Druck, das terroristische Netzwerk der afghanischen Taliban zu zerstören und ihre Anführer zu verfolgen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, töteten sie am 21. Mai 2016 mit einer Drohne Mullah Mansour, um den Weg zu politischen Friedensverhandlungen – so paradox es erscheinen mag – wieder zu öffnen. Die Taliban veröffentlichten zu Mansours Ermordung folgende Position: „He did not accept anyone’s offers of imposed and fraudulent processes; neither was he scared by threats; his determination remained unshaken by internal and external conspiracies and pressures.“ (Osman 2016) Der Analyst Osman beschreibt Mansour als hervorragend organisierten strategischen Kommandeur, dem es auch gelang, durch eine ethnisch gemischtere Führungsriege aus dem Norden Afghanistans Kunduz im September 2016 für zwei Wochen einzunehmen und in Badachschan für Unruhe zu sorgen (ebd.).

Im Juni 2016 haben die USA die finanzielle Unterstützung für die amerikanischen F-16 Kampffjets in Höhe von 270 Millionen US-Dollar mit der pakistanischen

Regierung aufgekündigt. Nachdem sich Verteidigungsminister Ashton Carter weigerte, dem Kongress zu bestätigen, dass die pakistanische Regierung Schritte eingeleitet hat, um das *Haqqani*-Netzwerk zu bekämpfen, wurden die Hilfgelder in Höhe von 300 Millionen US-Dollar aus dem *coalition support fund* auch gestrichen (Snow 2016). Zum fünften QCG am 18. Mai 2016 erschien von afghanischer Seite keine offizielle Delegation zum Treffen in Islamabad. Seit August 2016 wurden keine Friedensverhandlungen mehr geführt. Eine Beendigung der Gewalt und die Fortführung der Friedensgespräche ist in weite Ferne gerückt.

*Zusammenfassend kann hier gerade aufgrund der Komplexität der dargestellten Faktoren eines Friedensprozesses festgehalten werden, dass die Taliban weiterhin ein festes ideologisches Rahmenprogramm und eine eigene staatliche Struktur haben, die ihre religiös-orthodoxe Weltanschauung reflektiert und in sich kohärent ist.*¹⁴⁸

Zwei abschließende Interviewzitate sollen das bisher diskutierte politische Spektrum noch einmal verdeutlichen und für sich sprechen lassen. Juwand beispielsweise beantwortete die Frage nach der Reformierung des bestehenden staatlichen Systems in Afghanistan wie folgt:

„But what does real democracy mean? Abraham Lincoln said: The government by the people for the people. People are not abstract and people have their religion, their economic perception. Forgetting their culture and religion. (...) They came on power through their money. In Afghanistan, they took an example from the West. Democracy which was initiated by Zaher Shah failed. They were adopting democracy from the West. It was a western type of democracy. They failed because they did not consider Afghan's religion and culture. Several prime ministers through different constitutions tried to westernize the country. Then the communist regimes were against any kind of authority. They also failed because they ignored people's culture and religion. The media is adopting western culture. The Government of Muslim people for Muslim people.“¹⁴⁹

Diese Aussage verdeutlicht, dass für die Taliban der Islam mit dem Staat untrennbar verbunden ist. Aus der Perspektive der Taliban versuchen der Staat und die Medien, das Land zu verwestlichen, was der afghanischen Kultur, Religion und Lebensweise widerspreche. Rasul wies bereits in politischer Voraussicht auf Folgendes hin:

„Wenn wir sagen, dass der Friedensprozess begonnen hat – der Präsident nach Saudi-Arabien und nach Pakistan reist – diese Verhandlungen können wir nicht innerhalb eines Monats führen. Bis die Regierung ihre Ordnung umgesetzt hat, kann es dauern. Die Menschen sollten nicht enttäuscht sein. Es ist auch ein Prozess der Vertrauensbildung notwendig. Die erste Phase besteht aus Verhandlungen, die zweite aus Vertrauensbildung, die dritte aus regelmäßigen Treffen, die vierte aus politischen Verhandlungen, in der fünften Phase muss gewählt werden. Der

148 Die bisher drei erschienenen Handbücher der Taliban aus den Jahren 2006, 2009 und 2010 setzen zwar unterschiedliche Schwerpunkte für die Taliban-Kämpfer. Jedoch sind sie eine gute Möglichkeit, sich über die Struktur und die terroristische Strategie der Taliban einen Überblick zu verschaffen. Einen guten Überblick bietet der Aufsatz von Johnson und DuPee (2012).

149 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 210f.

Frieden ist ein Prozess. Die Erwartungen der Menschen sind bereits in der letzten Phase. Die Menschen erwarten ja auch, dass der Frieden andauert. Wenn wir ein Haus zerstören, geht das sehr schnell, aber es wieder aufzubauen ist schwierig. Wir wollen auch einen Fortschritt für unsere Menschen. Wir wollen keinen Frieden, der durch Vermittler geschieht. Dieser Frieden bringt nichts. Unsere Menschen brauchen ein ruhiges Leben etc. dies bedeutet Frieden.“¹⁵⁰

Da Frieden ein Prozess ist und die in Afghanistan agierenden internen und externen Exponenten des Konfliktes immerwährend auf den eigenen Sieg setzen, die exogenen Kräfte auch ihre strategischen Interessen durch militärische Operationen für durchsetzbar halten, ist der Beginn der Versöhnung und der Vertrauensbildung ein schwieriger und langer Weg. Hinzu kommt die Tatsache, dass es weitere augenscheinlich unüberwindbare ideologische Differenzen zwischen den etablierten Eliten der Nord-Allianz, den aus dem Westen zurückgekehrten Elitenvertreter*innen, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen gibt.

Nach der Transformationstheorie nach Higley und Burton gibt es drei mögliche Wege zur Versöhnung: Erstens zeitnah nach einem Krieg oder länger anhaltenden innerstaatlichen Auseinandersetzungen direkt in Friedensverhandlungen zu treten (*settlement*). Diese Chance wurde nach der Bonn-Konferenz im Dezember 2001 verpasst (Burton/Gunther/Higley 1992: 13-24). Die zweite Option besteht darin, nach einer kolonialen Herrschaft (*colonial opportunities*) über Elitenverbände erfolgreiche Interessenpolitik für die Dekolonialisierung und Unabhängigkeit zu realisieren und durch eine stabile konsensuale Elite einen neuen regierungsfähigen Staat zu erschaffen. Diese zwei Voraussetzungen kann Afghanistan nicht erfüllen, weil das Land unter keiner kolonialen Herrschaft gestanden hat und die Eliten fragmentiert sind.

Die dritte Transformationsform verläuft in einer Konvergenz (*convergences*) zwischen den uneinigen Eliten, die die Prinzipien der *electoral democracy* akzeptieren und innerhalb dieser Institutionen um die Gunst ihrer Wähler*innen mit politisch friedlichen Mitteln werben. Auch diese letztere Variante ist aufgrund der dargelegten Realitäten zumindest von einer der Eliten, den Taliban, nicht zu erwarten. In ihrer orthodox-islamischen Weltanschauung, die sie in ihren politischen Voraussetzungen für den Versöhnungs- und Friedensprozess formulieren, sind sie im Vergleich zu den anderen Elitefraktionen Afghanistans konsequent und zugleich dogmatisch. Komplizierter wird die Situation dadurch, dass die ehemals in Pakistan ansässigen afghanischen Taliban nun in Doha ihren Lebensmittelpunkt aufbauen, von wo aus sie autark ihre politischen Forderungen stellen können. Auch das geopolitische Interesse Pakistans, über die Taliban weiterhin für ihre strategische Tiefe auf politische Entscheidungen, Strategien und regionale Vernetzungen der afghanischen Regierung regulierend Einfluss zu nehmen, ist ein friedenshemmender Grund. Ohne erste Schritte unabhängig von nachbarstaatlichen oder hegemonialen Interessen, kann die Vertrauensbildung zu den Taliban nur unter schlechten Bedingungen und somit auf einem bröckligen Fundament eingeleitet werden.

150 Vgl. Interview Nr. 36, mit Rasul Interview am 28. November 2014 in der Türkei: 261.

